Dienstag, 3. September 1985 - D ***

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64; 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 204 - 36.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Arbeitskampfrecht: Auf scharfen Widerspruch der Metallarbeitgeber ist die Äußerung des früheren Präsidenten des Bundessozialgerichts, Wannagat, gestoßen, daß eine gesetzliche Neuregelung des umstrittenen Paragraphen 116 des Arbeitsförderungsgesetzes über die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar vom Streik betroffene Arbeitnehmer nicht erforderlich sei. (S. 4)

Verteidigung: Für den Einstieg in eine eigenständige Europäische Verteidigungsinitiative plädiert die CDU-Arbeitsgruppe Verteidigung. Sie will bei den Beratungen des Wehretats im Bundestag auf die Bereitstellung von Mitteln für Forschung und Entwicklung von Abwehrwaffen dringen.

Zurückweisungen: Seit Freitag sind an den „DDR"-Grenzübergängen 63 Reisende abgewiesen worden, die die Leipziger Messe besuchen wollten.

Abschied: Nach mehr als 25 Jahren parlamentarischer Tätigkeit will der Präsident der Hamburger Bürgerschaft und ehemalige Erste Bürgermeister der Hansestadt, Peter Schulz (SPD), aus der Landespolitik ausscheiden. (S. 4)

Ariane: Der nächste Start der Europarakete ist für den 13. September geplant. Sie soll einen amerikanischen und den europäischen Kommunikationssatelliten ECS 3 in den Weltraum bringen.

Rebellion? Einheiten der libyschen Streitkräfte sollen nach einem Bericht der halbamtlichen Kairoer Zeitung „Al Ahram" gemeutert haben, nachdem sie Befehl für einen Angriff auf das Nachbarland Tunesien erhalten hätten. Die Truppen hätten versucht, Revolutionsführer Khadhafi zu stürzen. Die Rebellion sei niedergeschlagen worden.

Indochina: Der frühere kambodschanische Ministerpräsident Pol Pot ist als Oberkommandierender der gegen das provietnamesische Regime in Pnom Penh kämpfenden Roten Khmer abgelöst worden. Nachfolger wurde der „Verteidigungsminister" der Roten Khmer, Son Sen. (S. 7)

Apel: Der frühere Bundeskanzler Schmidt hat die Hoffnung geäußert, daß der stellvertretende Fraktionschef Apel auch 1987 von der Hamburger SPD für den Bundestag aufgestellt werde. Zum Streit um Apels Mandat sagte Schmidt, er wolle der Hamburger SPD nur „den allgemeinen Rat geben, die alten sozialdemokratischen Tugenden Solidarität und Toleranz zu beachten".

Empfang im Kreml: Der sowjetische Parteichef Gorbatschow hat gestern den französischen KP-Chef Marchais empfangen. Ein wichtiges Thema der Unterredung dürfte der für Oktober geplante Gorbatschow-Besuch in Paris gewesen sein.

ZITAT DES TAGES



» Auf dem Weg zur Ökumene bedarf es allseits beharrlicher Schritte aufeinander zu, ohne Sieg und Unterwerfung, in Treue zum eigenen Fundament und doch ohne Selbstbehauptung um jeden Preis «

Bundespräsident Richard von Weizsäcker bei einem Festakt zur 750. Wiederkehr der Domweihe in Limburg
FOTO: WERNER SCHÜRING

WIRTSCHAFT

Leipziger Messe: Rege Anfragetätigkeit und großes Interesse bei den „DDR"-Handelspartnern registrieren die 550 Aussteller aus der Bundesrepublik. Das Volumen der Aufträge, über die verhandelt werde, sei erheblich größer als in früheren Jahren. Besonders zuversichtlich gibt sich die chemische Industrie. (S. 9)

Europa: Die Belastung der Deutschen für die Finanzierung der EG ist auch 1984 erheblich gestiegen. Bonn zahlte an die EG-Kasse pro Kopf der Bevölkerung 269,49 DM – 12,2 Prozent mehr als 1983 und 44 Prozent mehr als 1980.

Eigenkapital: Verbesserungen des Gesellschaftsrechts hat Bundesjustizminister Engelhard angekündigt, um der drastischen Verschlechterung der Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen entgegenzuwirken. (S. 9)

Börse: Der Monat begann mit einem ruhigen Geschäftsverlauf und nachgebenden Kursen. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 205,97 (207,56). BHF-Rentenindex 105,334 (105,417). Performance Index 107,463 (107,517). Dollarmittelkurs 2,8281 (2,7818) Mark. Goldpreis 334,65 (333,25) Dollar.

KULTUR

Historikerkongreß: Rund 2100 Historiker aus 59 Ländern waren in Stuttgart zusammengekommen, um sich mit neuen Forschungsergebnissen bekannt zu machen. Streit entbrannte jedoch nicht um wissenschaftliche Thesen, sondern um Versuche, das Treffen zu politisieren. (S. 19)

Caldwell: Die amerikanische Schriftstellerin Taylor Caldwell, Autorin von mehr als 30 Bestseller-Romanen, von denen zahlreiche auch in deutscher Übersetzung vorliegen, ist kurz vor Vollendung ihres 85. Lebensjahres in Greenwich (US-Bundesstaat Connecticut) gestorben. (S. 19)

SPORT

Tennis: Die 16 Jahre alte Steffi Graf aus Heidelberg hat bei den US-Open in Flushing Meadow die Runde der letzten 16 erreicht. Sie besiegte die Kalifornierin Anne White leicht mit 6:4, 6:2. (S. 18)

Fußball: Beckenbauer hat mit Funkel (Uerdingen), Roth (Schalke) und Kohler (Mannheim) drei Neulinge zu einem Lehrgang der Nationalmannschaft nach Herzogenaurach eingeladen. (S. 18)

AUS ALLER WELT

Verkehrssünder: Zwei Jahre nach der Reform der Flensburger Verkehrssünderkartei, bei der die Eintragungsgrenze für Bußgeldbescheide auf 80 Mark heraufgesetzt wurde, hat sich der Bestand an Verkehrssündern auf 3,9 Millionen eingependelt. Mitte 1983 waren es 4,3 Millionen. (S. 20)

„Titanic": Nachdem sich Berichte über die Ortung des Wracks der „Titanic" offenbar bestätigt haben, beginnt nun die Diskussion über die Eigentumsrechte an dem Luxusliner. (S. 20)

Wetter: Stark bewölkt, zeitweise Regen. 16 bis 21 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Zimmermann nicht gefährdet. Tiedge hat sich gemeldet

Heute Sondersitzung des Bundestages / Dienstaufsicht soll verbessert werden

hey./gba. **Bonn**

Der in die „DDR" übergetretene frühere Regierungsdirektor Hans Joachim Tiedge hat sich erstmals seit seinem „Abtauchen" gemeldet. In einer handschriftlichen Mitteilung an die zuständigen Behörden in Bonn gibt Tiedge an, er sei „freiwillig" nach Ost-Berlin gegangen. Die Nachricht vom Brief Tiedges wurde bekannt, als Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann auf einer Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses über die Verantwortlichkeiten im Fall Tiedge und über den Stand der jüngsten Spionage-Ermittlungen berichtete. Heute befaßt sich das Bundestags-Plenum mit der Forderung der Opposition, Zimmermann wegen des Übertritts Tiedges zu entlassen. Während die SPD gestern nach der Sitzung des Ausschusses sich in ihrer Rücktrittsforderung bestätigt sah, erklärte der innenpolitische Experte der CDU/CSU, Paul Laufs, der Minister könne „für die Verratsfälle politisch nicht verantwortlich gemacht werden.

Wie aus Regierungskreisen verlautete, ging die handschriftliche Mitteilung Tiedges am Wochenende ein. Ihr teilt der Geflohene sinngemäß mit: Ich, Hans Joachim Tiedge, früher Regierungsdirektor im Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln, erkläre hiermit, daß ich am 19. August 1985 aus freien Stücken in die DDR gekommen bin. Weiter gibt er an, er wünsche kein Gespräch mit Vertretern der Bundesrepublik. Seinen Schritt begründet er damit, daß er *sich in einer „ausweglosen Lage"* befunden habe.

Dazu meinte der Sprecher des Bundesinnenministeriums, Wighard Härdtl, familiäre Schwierigkeiten und die finanzielle Lage „würden für eine Kurzschlußhandlung sprechen". Er fügte hinzu, es gebe „bisher keine schlüssigen Beweise" dafür, daß der Überläufer „längere Zeit" für den Nachrichtendienst Ost-Berlins gearbeitet hat. Ähnliches gelte auch für die hohen Schulden des bisherigen BfV-Mitarbeiters: Es sei noch nicht klar festgestellt worden, wie dieser „sein Gehalt durchgebracht hat".

Die Bemühungen der Bundesregierung bei den „DDR"-Behörden einen Termin mit Tiedge zu erreichen, wurden mit dem Hinweis auf die „Fürsorgepflicht" gegenüber dem bisherigen Beamten begründet. Regierungssprecher Friedhelm Ost bestätigte, daß man „im Gespräch mit der anderen Seite" gewesen war. Auf die Frage, ob Ost-Berlin bereit gewesen sei, eine solche Begegnung zuzulassen, beschränkte sich Ost allerdings auf den Satz: „Ich nehme das an."

Wie der Regierungssprecher weiter mitteilte, hat Ost-Berlin inzwischen versucht, mit dem ehemaligen „DDR"-Diplomaten Martin Winkler, der vor seiner Reise aus Lateinamerika in die Bundesrepublik Deutschland bei den Amerikanern um Asyl gebeten hat, in Kontakt zu treten. Dessen Haltung dazu wollte Ost jedoch nicht mitteilen. Allerdings könne Winkler „dies tun", wenn er es wolle.

Vor dem Innenausschuß des Bundestages hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann gestern in einer dreistündigen Sitzung erklärt, in der „Fach- und Dienstaufsicht" seines Ministeriums gegenüber dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sei nach seiner Überzeugung „ordnungsgemäß verfahren worden". Für die Fehleinschätzungen im Fall des in die „DDR" übergetretenen früheren Gruppenleiters der Spionageabwehr, Tiedge, habe der ehemalige Präsident des BfV, Heribert Hellenbroich, die Verantwortung übernommen.

■ Fortsetzung Seite 8

DER KOMMENTAR

Fragwürdige Gesten

JÜRGEN LIMINSKI

Die Machiavellis in Damaskus dürften überrascht gewesen sein. Einen so aufgeknöpften deutschen Außenminister hatten sie bei allem Wohlwollen, das Genscher über europäische Kanäle in Nahost verbreitet, wohl nicht erwartet. Immerhin hatte dessen Amtsvorgänger und Parteigenosse Scheel *als Bundespräsident* den syrischen Diktator Assad auf die Meinungsunterschiede zwischen Bonn und Damaskus bezüglich der Politik Israels hingewiesen und sich außerdem verbale Ausfälle gegenüber befreundeten Länder verbeten. Das war im September 1978 beim Staatsbesuch Assads in Bonn. Jetzt konnten die Syrer, ohne das Risiko eines öffentlichen Eklats einzugehen, Israel „aggressive Absichten" und Vertragsuntreue unterstellen.

Inzwischen hat sich die Lage in der Krisenregion im Vergleich zu 1978 nur insoweit geändert, als Syrien mit sowjetischer Hilfe zur größten arabischen Militärmacht aufrüstete. Parallel rutschte das Land in seine bisher tiefste wirtschaftliche Talsohle. Die Devisenkasse in Damaskus ist leer. Die Schulden allein gegenüber Moskau belaufen sich auf rund 30 Milliarden Mark, die Auslastung der nationalen Industriekapazität liegt bei einem Drittel. Nur der Schwarzmarkt blüht. Moskau lehnt eine Stundung ab, und Washington glaubt nach zwölf Jahren Hoffen auf einen syrischen Positionswechsel den Sirenenklängen aus Damaskus nicht mehr. Zwar ist die politische Übereinstimmung mit Paris groß, aber das französische Portemonnaie ist leer. Da wäre deutsche *Hilfe sehr willkommen.*

Es ist aber unerfindlich, warum im Falle eines prosowjetischen Regimes, das außerdem Konkurs anmelden müßte, plötzlich für Bonn die Annäherung das Gebot der Stunde sein sollte. Assad würde, so heißt es in diversen diplomatischen Kreisen, die Deutschen gerne als „Ersatz-Amerikaner" benutzen. In Außenminister Genscher hat er für dieses Vorhaben offenbar einen interessierten und geduldigen Gesprächspartner gefunden.

Die den Deutschen zugedachte Ersatzfunktion bezieht sich jedoch nur vordergründig auf die politischen Einwirkungsmöglichkeiten Bonns in Nahost. Diese nähern sich, wie die zahlreichen EG-Erklärungen, dem Grenzwert Null und sind allenfalls komplementär zur amerikanischen Orient-Diplomatie von einigem Nutzen. Der arabische Bismarck, wie Assad sich auch gerne nennen läßt, denkt weniger an das deutsche Wort als an die Deutsche Mark. Und die ist ihm einige freundliche Gesten schon wert.

„Zone ohne C-Waffen ist Humbug"

WELT-Interview mit NATO-Oberbefehlshaber Bernard Rogers / Warnung vor Illusionen

CAY GRAF BROCKDORFF, **Mons**

NATO-Oberbefehlshaber General Bernard Rogers hat Forderungen nach Zonen ohne chemische Waffen als „Humbug" verworfen. „Es ist wie bei den atomwaffenfreien Zonen. Sie schaffen die Illusion von Sicherheit ohne Substanz", sagte Rogers in einem Interview, das die WELT mit ihm im NATO-Hauptquartier bei Mons (Belgien) führte. Zugleich charakterisierte der amerikanische General chemische Waffen als Massenvernichtungswaffen, die wie Atomwaffen unter die Kontrolle politischer Instanzen gestellt werden müßten.

Rogers machte klar, daß der Bestand der USA an chemischen Kampfstoffen nicht ausreiche, um die Sowjetunion erfolgreich von dem Gebrauch derartiger Kampfstoffe abzuschrecken. Mehr noch, sagte Rogers, die Doktrin der sowjetischen Streitkräfte sehe die Nutzung chemischer Kampfstoffe vor, um im Kriegsfall das gesteckte operative Ziel zu erreichen.

Die NATO-Staaten hätten ihrem Oberbefehlshaber den politischen Auftrag erteilt, einen Angriff mit den gleichen Mitteln beantworten zu können. Rogers gab zu verstehen, daß er nach Erteilung dieses Auftrags praktisch allein gelassen worden wäre. Er beschuldigte die politischen Führer in den NATO-Staaten, das Thema der chemischen Waffen zu verdrängen *und den Kopf in den Sand zu* stecken. Das Problem sei in dem Korb gelandet mit der Aufschrift: „Zu heiß zum Anfassen".

Rogers: „Unsere augenblickliche Lage spielt der sowjetischen Doktrin in die Hand. Danach werden sie (die Sowjets) chemische Waffen einsetzen, wenn es erforderlich ist, um ihr Ziel zu erreichen. Sie wissen, daß es für uns sehr schwierig ist, auf die gleiche Art zu antworten. Das verringert ihre Bedenken gegen den Einsatz von chemischen Waffen."

Der General stellte sich selbst die Frage, warum er glaube, daß die Sowjets chemische Waffen einsetzen könnten. Er beantwortete sie: „Unsere Streitkräfte sind gut, unsere Ausrüstung ist gut, unsere Doktrin ist gesund, und wir werden bei Beginn eines Krieges sehr gut kämpfen – das tun wir, wenn wir angegriffen werden. Solange wir kämpfen können, werden wir ihnen Zunder geben. Aber wenn sie dann nicht das Ziel erreichen, das sie sich selbst gesetzt haben, weil wir sie daran hindern, werden sie zu chemischen Waffen greifen. Ich denke, das könnte bald nach ihrem ersten Angriff der Fall sein."

Auf die Frage, wie ein Angriff der Sowjets mit chemischen Waffen aussehen könnte, erwiderte Rogers: „Wenn ich der Oberbefehlshaber des Warschauer Pakts wäre, würde ich jeweils nur einen Schuß chemischer Munition in jede der NATO-Divisionen im europäischen Mittelabschnitt abfeuern lassen. Als Resultat würden einige unserer Soldaten getötet werden, und jeder unserer Kommandeure würde seinen Soldaten befehlen, ihre Schutzanzüge anzulegen, weil sie befürchten müssen, daß weitere chemische Waffen auf uns abgeschossen werden."

Rogers fuhr fort: „Durch das Abfeuern weniger chemischer Waffen hätten die Sowjets den Kampfstoff würden wir in die Schutzanzüge ge-

● Fortsetzung Seite 8

Frau Thatcher begnügt sich mit kleinem Revirement

Wird Industrieminister Tebbit nun Parteivorsitzender?

REINER GATERMANN, **London**

In der seit Monaten diskutierten und nun unmittelbar bevorstehenden Umbildung der britischen Regierung schien gestern nachmittag nur eines sicher: Premierministerin Margaret Thatcher hat sich schweren Herzens entschieden, auf eine Wiederberufung Cecil Parkinsons zu verzichten. Der von ihr hochgeschätzte frühere Parteivorsitzende und Industrieminister mußte vor fast genau zwei Jahren seinen Kabinettsstuhl räumen, als seine Sekretärin Sarah Keays öffentlich von der gemeinsamen Liebesaffäre berichtete, aus der ein Kind stammt.

Ein starker Flügel innerhalb der Konservativen Partei ist der Auffassung, „zwei Jahre Verbannung" reichten als Strafe aus, die Partei könne nicht länger auf das politische Talent Parkinsons und seine Attraktivität als Stimmenfänger verzichten. Frau Thatcher hat nie ein Hehl daraus gemacht, daß sie den „ausgerutschten" Selfmade-Millionär so bald wie möglich wieder in ihrem engsten Kreis sehen möchte. Nun scheint sie sich jedoch den Argumenten derjenigen gebeugt zu haben, die Parkinsons Wiederkehr zum jetzigen Zeitpunkt als Belastung für die Partei sehen.

Zu den „sicheren" Spekulationen zählt, daß Industrie- und Handelsminister Norman Tebbit das Kabinett verläßt, um den farblosen John Gummer als Parteivorsitzenden abzulösen. Davon verspricht sich Margaret Thatcher eine Aktivierung und Konzentration der Parteiarbeit, in der Wirtschaft würde ein solcher Wechsel jedoch bedauert. Dort genießt Tebbit hohes Ansehen, im Gegensatz zu Finanzminister Nigel Lawson. Obwohl dieser auch im Kabinett vieles von seinem früheren Renommee eingebüßt hat, wird er vermutlich seinen Platz behalten. Seine Abberufung könnte nämlich als Eingeständnis einer verfehlten Finanzpolitik gedeutet werden, und das wäre überhaupt nicht im Sinn der Premierministerin. Statt dessen wird allerdings der erste Staatssekretär im Finanzministerium, Peter Rees, seinen Hut nehmen müssen.

Margaret Thatcher hat nach längerem Zögern offenbar von einem größeren Revirement ihres Kabinetts abgesehen. Dies bedauern viele Parteistrategen angesichts des schlechten Abschneidens der Regierung in den Meinungsumfragen, die deutlich die Labour-Partei begünstigen. Zwei Jahre vor den nächsten Wahlen hätten sich die Strategen ein drastisches Revirement gewünscht, um mit frischem Blut und neuen Ideen in den Wahlkampf gehen zu können.

Wie verlautet, wird die Regierungschefin vor allem bemüht sein, die Kompetenzreibereien im Arbeitsmarktbereich zu beseitigen. Hier agieren bisher Arbeitsminister Tom King und der Minister ohne Portefeuille Lord Young. Fraglich ist, ob nach der Regierungsumbildung Umweltschutz-Minister Patrick Jenkin und Landwirtschaftsminister Michael Joplin noch dem Kabinett angehören werden. Sie wären mögliche Opfer des Revirements wie zu dem Erziehungsminister Sir Keith Joseph und Transportminister Nicholas Ridley genannt.

FDP legt Kurs für Dreiergespräch fest

DW. **Stuttgart**

In der Bonner Regierungskoalition zeichnet sich eine Annäherung in der Frage der Verwendung der Milliardenüberschüsse der Bundesanstalt für Arbeit (BA) ab. Drei Tage vor dem Treffen der Regierung mit Arbeitgebern und Gewerkschaften signalisierte die FDP, die die Überschüsse bislang nur für eine Beitragssenkung nutzen wollte, am Montag Bereitschaft zum Einlenken.

Bangemann erklärte nach einer Sitzung des FDP-Präsidiums in Stuttgart, die auf etwa fünf Milliarden Mark aufgelaufenen Überschüsse sollten im Schwerpunkt für die Qualifizierung von Arbeitslosen und ferner zur Senkung der Beiträge eingesetzt werden. Eine Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitslose würde die FDP aber „mittragen". Am Abend wollte die Koalition ihre Marschroute für das Treffen festlegen.

Bonn begrüßt Honecker-Worte

hey, **Bonn**

Bonn hat die Ankündigung von SED-Chef Erich Honecker begrüßt, daß Ost-Berlin die Kontaktverbote einschränken will. Mit Genugtuung kommentierte Regierungssprecher Ost auch die Erklärung, daß „in diesem Monat die Minenfelder vollständig beseitigt werden sollen". Gestern bekräftigte der CSU-Vorsitzende Strauß, Honecker habe ihm „mitgeteilt, daß bei der Familienzusammenführung und in humanitären Härtefragen großzügiger verfahren werde". Es werde, so Strauß weiter zur „Bild"-Zeitung, auch „mehr Ausreisegenehmigungen geben". Der Minister für innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen (CDU), erklärte am selben Tag, die West-Kontaktverbote seien erheblich ausgeweitet worden. Wenn dafür untergeordnete Stellen zuständig seien, müsse das durch klare Weisungen eingestellt werden.

Seite 3: Strauß in Leipzig

Anschlag auf Computerfirma

DW. **Dortmund/Hamburg**

Unbekannte Täter haben in der Nacht zum vergangenen Montag auf Computer- und Unternehmensberatungsfirmen in Hamburg und Dortmund Sprengstoffanschläge verübt.

Die Explosion bei der Dortmunder Hoesch-Tochtergesellschaft „mbp", Mathematischer Beratungs- und Programmierdienst, verursachte nach Schätzungen der Polizei einen Sachschaden von annähernd einer Million Mark.

Das Ausmaß des Schadens beim Anschlag auf das Gebäude der SCS Scientific Control Sytems GmbH und SCS Organisationsberatung und Informationstechnik GmbH in Hamburg ist nach Angaben der Behörden noch nicht abzusehen.

Hinweise auf Täter lagen gestern weder in Dortmund noch in Hamburg vor. Ungeklärt war auch, ob zwischen beiden Anschlägen eine Verbindung besteht.

Pretoria greift zum geteilten Rand

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Ohne Überraschung oder Bestürzung ist in Bankkreisen gestern die Entscheidung Pretorias aufgenommen worden, die Tilgung gewisser Teile der fälligen Auslandsschulden bis zum Jahresende auszusetzen und mit einer Spaltung der Währung in einen „Handelsrand" und einen „Finanzrand" die Devisenbewirtschaftung wieder einzuführen. Dem Land sei keine andere Wahl geblieben, als diese Notmaßnahmen zu ergreifen. Denn der Abzug von Kapital und die Weigerung internationaler, vor allem amerikanischer Banken, Kredite wie üblich zu verlängern, hatte Liquiditätsschwierigkeiten heraufbeschworen.

Nicht betroffen von der Aussetzung der Schuldentilgung sind vom südafrikanischen Staat verbürgte Schulden wie Anleihen und Verbindlichkeiten, die von ausländischen öffentlichen Stellen, wie zum Beispiel von der deutschen Hermes Kreditversicherung, garantiert sind, sowie Verpflichtungen der südafrikanischen Notenbank. Die Zinsen für Auslandsschulden sollen weiterhin pünktlich bezahlt werden.

Mit der Spaltung des Devisenmarktes kehrt Pretoria zu dem bis vor zwei Jahren geltenden Zustand zurück. Zahlungen für südafrikanische Importe werden ebenso wie Zinsen und Gewinne ausländischer Unternehmen in Südafrika zum Kurs des Handelsrand abgerechnet, der von der Notenbank gesteuert wird. Gestern schwankte der Kurs zwischen 41 und 47 amerikanischen Cents je Rand. Wertpapiergeschäfte an der Johannesburger Börse werden in freien Finanzrand getätigt, deren Kurs gestern zwischen 36 und 38 Cents lag.

Mit den Sonntagabend beschlossenen Maßnahmen will Südafrika, wie Finanzminister du Plessis sagte, eine „Stillstandsperiode" schaffen, in der eine ordnungsgemäße Rückzahlung der Schulden vereinbart werden könne. Die südafrikanischen Auslandsschulden werden offiziell auf 17 Milliarden Dollar (48 Milliarden Mark) beziffert, von Bankexperten sogar auf etwa 22 bis 23 Milliarden Milliarden. Rund zwölf Milliarden Dollar werden innerhalb der nächsten zwölf Monate fällig. Das ungesicherte Engagement deutscher Banken, das sich auf die größten Institute konzentriert, machte Ende März dieses Jahres rund vier Milliarden Mark aus.

Eine Streckung der kurzfristigen Schulden dürfte nach Meinung von Bankfachleuten keine Schwierigkeiten bereiten, wenn sich die politische Situation in Südafrika konsolidiert. Die wirtschaftliche Lage sei trotz aktueller Probleme weitaus besser als die Lateinamerikas, so daß zu ähnlichen Sorgen wie dort kein Anlaß bestehe. Die Liquiditätsklemme wäre nicht entstanden, wenn nicht eine politische Vertrauenskrise ausländische Gelder aus dem Land getrieben hätte.

Seite 7: Fall de Jonge

Über Genscher sucht Kuwait die Rückendeckung der EG

Im Golfkrieg steht der Ölstaat zwischen den Fronten

BERNT CONRAD, **Kairo**

Kuwait und die Bundesregierung wollen sich für eine engere Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den arabischen Golfstaaten einsetzen. Darüber waren sich Bundesaußenminister Genscher und der Emir von Kuwait, Sheik Jaber Al-Sabah, gestern zum Abschluß eines eineinhalbtägigen Genscher-Besuches in dem Ölscheichtum einig. Der Emir will die Kooperation nicht auf die Wirtschaft beschränken, sondern auch die Politik einbeziehen.

Für den geographisch zwischen den Fronten des irakisch-iranischen Konfliktes gelegenen Ölstaat Kuwait kann die Anlehnung an die Europäische Gemeinschaft ein Stück mehr Sicherheit bedeuten. Wie sehr die Stabilität am Golf durch den irakisch-irakischen Krieg und ebenso durch revolutionäre Einflüsse aus Teheran gefährdet ist, konnte Genscher in Kuwait anschaulich studieren.

Als unmittelbarer Nachbar und quasi Verbündeter Iraks sieht sich das Ölscheichtum einer ständigen Bedrohung von der iranischen Seite des Golfs ausgesetzt. Kürzlich kam aus Teheran die Warnung, Kuwait werde die Folgen zu tragen haben, falls es irakischen Flugzeugen weiter gestatte, von kuwaitischen Flugplätzen aus die iranische Ölinsel Kharg zu bombardieren. Obwohl die Beschuldigung offensichtlich nicht der Wahrheit entspricht ist man in Kuwait besorgt.

Deutlich spürbar war das Bestreben der außenpolitisch neutralen Scheichs, bei der EG Rückendeckung für ihre Position zu suchen und die Großmächte zu verstärkten Bemühungen für eine Beilegung des Golfkrieges zu bewegen.

Auch Syrien hatte gegenüber Genscher Interesse an einer Wiederbelebung der deutsch-syrischen Beziehungen signalisiert. Damaskus wollte damit offensichtlich die einseitigen Bindungen an seinen Hauptwaffenlieferanten Moskau verschleiern und seine weitgehende Isolation im arabischen Lager auflockern.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Wer die Wahl hat

Von Günter Zehm

Der von Kanzler Kohl in einer Rede in Bochum bekundete Wille, das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes zum Thema des nächsten Bundestagswahlkampfs zu machen, ist löblich und bestens geeignet, gewisse Mißverständnisse über den Kurs der Bonner Koalition auszuräumen. Nicht nur Jürgen Schmude von der Opposition mit seinem Ruf nach Verfassungsänderung sorgt hier ja für Irritationen, sondern auch so mancher Koalitionspolitiker, der immer, wenn die Rede auf das Wiedervereinigungsgebot kommt, mit Kautelen anrückt und so viele Wenns und Abers aufpflanzt, daß man bald den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sieht.

Da wird über das „Ende des Nationalstaats in unserer Zeit" gemutmaßt, die angestrebte europäische Union gegen die deutsche Wiedervereinigung ausgespielt oder das angeblich „allzu große politische Gewicht" eines einigen Deutschlands gruselig beschworen. Mit Vorliebe versteckt man sich auch hinter den westlichen Verbündeten, die so wenig wie das gegenwärtige Moskau an einer Wiedervereinigung interessiert seien.

Angesichts solcher Spekulationen wirkt es geradezu erfrischend, wenn der Kanzler das Thema nun einmal gewissermaßen von „unten" angeht und das Verfassungsgebot zur Wiedervereinigung dem Wahlvolk zum Test überantwortet. Man kann es gar nicht oft genug sagen: Die freie Selbstbestimmung aller deutschen Stämme über die wünschenswerte Form ihres Zusammenlebens ist nicht in erster Linie eine Frage von internationalen Kabinettsbeschlüssen im Stile der Metternichzeit, sondern eine Frage der demokratischen Entscheidung und der politischen Moral.

Es ist keine Freiheit für Ostmitteleuropa denkbar ohne gleichzeitige Freiheit für die Deutschen, und es wird keine funktionierende europäische Union geben, in der man den Deutschen (und nur den Deutschen) die nationale Selbstbestimmung vorenthält. Dies in einem Wahlkampf herauszustellen, auch wenn kleinere Fragen des Alltags im Vordergrund des Interesses stehen mögen, ist nützlich. Es verleiht dem Wahlkampf Tiefendimension, macht seine Rhetorik weniger kleinkariert und kann einen nicht unbeträchtlichen erzieherischen Effekt vor allem auf Jung- und Erstwähler ausüben.

Madrids Schritt zur NATO

Von Rüdiger Moniac

In Spanien gewinnen die Kräfte an Einfluß, die die Politik des Landes nach jahrzehntelanger Isolation (und einigen Bindungen an Arabien und Südamerika) auf Europa hin konzentrieren. Die Anzeichen dafür sind zahlreich; zu ihnen gehört die Ankündigung des Ministerpräsidenten Gonzalez, Spanien werde sich an der Entwicklung und am Bau des westeuropäischen Jagdflugzeuges Jäger 90 beteiligen. Frankreich wertet das allerdings für sich als einen Rückschlag. Denn nun steht Paris allein gegen vier Länder. Zur Bundesrepublik, Großbritannien und Italien tritt Spanien als zwar industriell nicht bedeutender, in seiner politischen Wichtigkeit aber kaum zu unterschätzender Partner in das als europäisches NATO-Projekt zu kennzeichnende Militärflugzeug-Geschäft ein.

Madrids Bereitschaft, der guten Nachbarschaft zu Paris auf diese Weise einen Stoß zu versetzen, nährt sich aus den guten Erfahrungen der spanischen Flugzeugindustrie beim Bau des Airbus, an dem im übrigen auch die Franzosen zu erheblichen Teilen partizipieren. Gleichzeitig aber zeigt die spanische Wahl zugunsten des Jägers 90 und zuungunsten einer Beteiligung am französischen Kampfflugzeug-Projekt Rafale, wie wichtig man in Madrid die industriell-militärische Koperation mit den Deutschen, Briten und Italienern nimmt.

Von den Industrien dieser Länder und vom Fachwissen ihrer Streitkräfte erwarten die Spanier offenbar mehr Know-how als von Frankreich. Für das Projekt Jäger 90 selbst wird mit dem Eintreten Madrids kaum zu fürchten sein, was bei einer französischen Mitarbeit kaum zu verhindern gewesen wäre, nämlich eine Verwässerung der Forderungen der drei Luftwaffen nach Entwurf und Bau eines reinrassigen Jägers für die Abfangjagd.

Für die spanische Beteiligung müssen die Absprachen zwischen den drei Ländern kaum geändert werden. Denn das Kooperationskonzept war von vorneherein darauf angelegt, einen vierten, wenn nicht sogar einen fünften Partner hineinzunehmen. Mit der größeren Bauserie werden die Projektkosten steigen, aber das einzelne Flugzeug billiger werden.

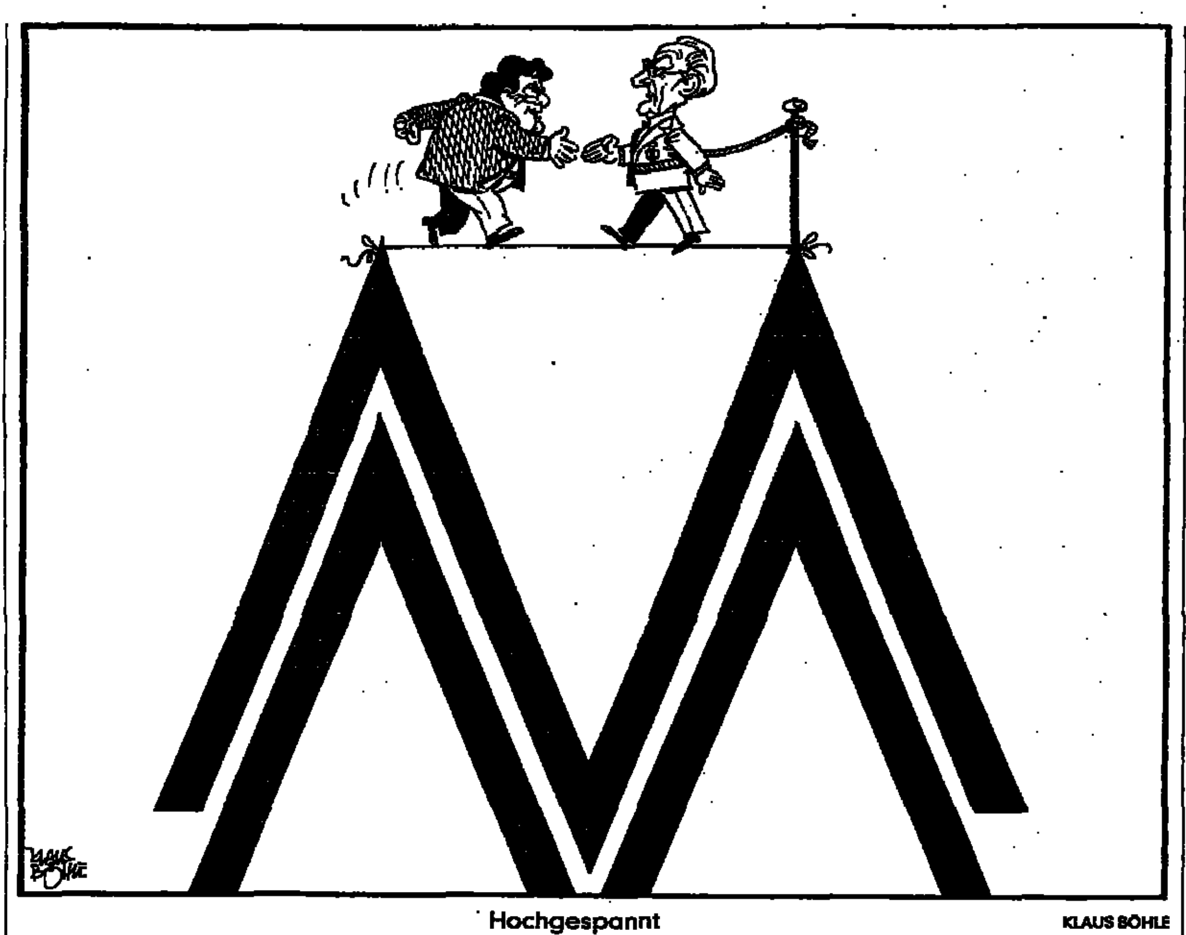
Zweite Schach-Dame

Von Klaus Blume

Pünktlich um siebzehn Uhr, wenn auf dem Roten Platz die Wache wechselt, wird Herr Maltschew aus Sofia heute im Tschaikowsky-Saal am lärmerfüllten Gorki-Prospekt auf eine Schach-Uhr drücken – oder vielleicht Herr Mikenas aus der Sowjetunion. So klar ist das nicht. Wer von den beiden Oberschiedsrichtern heute die Schach-Weltmeisterschaft zwischen dem russischen Kommunisten Anatolij Karpow und seinem armenisch-jüdischen Widerpart Garri Kasparow eröffnet, ist noch zu klären; wie so vieles bei der Neuauflage dieses Titelkampfes. Fest steht nur, daß es diesmal über vierundzwanzig Partien geht. Steht es am Ende dennoch unentschieden, behält Karpow den Titel.

Weihnachten ist also alles vorbei – vorausgesetzt, Schach-Präsident Florencio Campomanes ändert nicht wieder die Regeln und läßt das im nachhinein vom Kampfrichter als regelgerecht auslegen. So hat es der Karpow-Freund beim Abbruch im Februar gehalten und sich dann mit Händen und Füßen dagegen gewehrt, den Bamberger Großmeister und Karl-May-Verleger Lothar Schmid zum Richter des zweiten Kampfes zu berufen. Dabei hatten sich Karpow und Kasparow ihn in seltener Harmonie gewünscht. Campomanes aber hielt erst einmal an dem Jugoslawen Gligoric fest (als der schon längst verabschiedet war), bestellte dann – als Novum in der WM-Geschichte – gleich zwei Kampfrichter und zwei Ersatzleute, von denen allerdings kein Mensch weiß, ob sie heute auch pünktlich in Moskau sein können.

Von dort hört man, Karpow habe zur Campomanes-Wahl gnädig mit dem Kopf genickt, was die Stimmung des Präsidenten erheblich verbessert habe. Was von Kasparow nicht zu berichten ist. Der schickte ein Telegramm an den Verband: „Campo-madness." Man wird sehen, ob's zum Schachspielen kommt. Und wenn, kann es ganz schön langweilig werden. Denn die neue Regel kommt Karpow entgegen. Immer schön remis spielen – das genügt, Karpow ist ein Meister darin. Aber selbst, wenn Karpow unter Druck gerät – Campomanes wird zur Stelle sein, gewissermaßen als zweite Dame.



Hochgespannt KLAUS BÖHLE

Sorge um das Vertrauen

Von Heinz Barth

Unbehagen kennzeichnet die Stimmung, in der Bonn der Bundestagsdebatte über den Fall Tiedge und seine Folgen entgegensieht. Schon im voraus steht fest, daß sie eher den Parteienstreit über die politische Verantwortung für die Affäre anheizen als der Bereitschaft dienen wird, den Schaden zu begrenzen, den er angerichtet hat. Damit ist weniger der Schaden gemeint, den die Abwehrdienste erlitten haben. Bedeutsamer wäre es, sich über die Ursachen des Mißtrauens zu verständigen, das bei den westlichen Verbündeten die Anfälligkeit der Bundesrepublik für die östlichen „Kundschafter des Friedens" hinterließ.

Doch dies dürfte die Opposition nicht interessieren, die darauf umgeschaltet hat, die Spionageaffäre Tiedge in einen Fall Zimmermann umzubiegen. In einer Krisensituation, die ernst genug, aber bei weitem nicht so dramatisch ist wie der Guillaume-Skandal, wäre es Pflicht der verantwortlichen Politiker, im Geist der Solidarität die Verunsicherung gemeinsam zu bekämpfen, von der die Republik in periodischen Abständen befallen wird. Was jetzt wieder geschah, eignet sich nicht zu einem neuen Versuch der SPD-Spitze, nach den Attacken auf die Minister Wörner und Schwarz-Schilling ein Kabinettsmitglied aus der Regierungskoalition herauszuschießen.

Die Frage scheint eindeutig geklärt, daß die Verantwortung für den Problemfall Tiedge beim Expräsidenten des Verfassungsschutzes lag. Nachdem Heribert Hellenbroich offen zugegeben hat, er hätte selbst beim Vorliegen von erheblichen Verdachtsmomenten Friedrich Zimmermann nicht unterrichtet, ist es abwegig, ja geradezu ein Akt innenpolitischer Willkür, daraus eine Verletzung der Dienstaufsicht des Innnenministers zu konstruieren.

Der Sozialdemokratie wäre mehr kühle Überlegung bei der Auswahl der Anlässe anzuraten, die sie bevorzugt, um Kabinettskrisen herbeizureden. Ein wenig Rücksichtnahme auf die Vertrauenskrisen, die diese Prozeduren bei den westlichen Verbündeten auslösen müssen, wäre nicht zuviel verlangt. Das Verständnis, das sie der „gesteigerten Gefahrenlage" der Bundesrepublik immer entgegenbrachten und, wie Staatssekretär Schreckenberger der WELT versicherte, auch jetzt wieder entgegenbringen, ist beträchtlich, aber nicht unbegrenzt. Wir sind ohnehin dem Risiko nähergekommen, daß die Kooperation westlicher Dienste mit denen der Bundesrepublik durch die jüngsten Ereignisse gelitten hat. Kann man uns noch Geheimnisse anvertrauen?

Gewiß braucht weder der Öffentlichkeit noch den Geheimdiensten der NATO-Alliierten erklärt zu werden, daß es im geteilten Deutschland unendlich viel schwieriger ist, Ostspione zu kontrollieren, als in anderen westlichen Ländern. Doch eine andere Einsicht scheint sich im Bewußtsein unserer Bundesgenossen im Lauf der Jahrzehnte abgenützt zu haben. Es ist die Erkenntnis, daß sie es waren, die durch die Teilung Deutschlands dieses Problem schufen. Auch durch die ideologische Schulung, Reeducation genannt, in die sie die Deutschen nahmen.

Die Demontage des überspitzten Nationalismus, der durch eine überspitzte Liberalisierung des Staatsbegriffs verdrängt wurde, konnte in Zusammenwirkung mit dem Grundgesetz, wonach alle Deutschen Mitglieder der gleichen Nation sind, leicht das Gespür für die permanente Bedrohung der Republik verwischen. Es ist keine Entschuldigung, aber eine Erklärung dieser unaufhaltsamen Entwicklung, die seit dem Zweiten Weltkrieg immer weiter von der staatsbürgerlichen Verantwortung weggeführt hat, daß die persönlichen Vorrechte mehr gelten als das Recht der Nation.



Der Verräter gibt es viele FOTO: SVEN SIMON

Den Parteien, die sich für diese Entwicklung engagiert haben, steht es nicht zu, die Schuld am jüngsten Versagen des Sicherheitssystems der Bundesregierung anzulasten, die ein undankbares Erbe zu tragen hat. Vergleiche mit der Situation, in der sich Georg Leber befand, als er freiwillig das Bundesverteidigungsministerium räumte, sind ebensowenig angebracht. Seine honorige Demission wurde nicht durch einen einzelnen Vorgang, sondern durch eine Häufung von Pannen verursacht. Nicht nur das unterscheidet ihn von Zimmermann.

Der Bundeskanzler steht mit seinem Entschluß nicht allein, die Auswirkungen des Skandals auf die deutsch-deutschen Beziehungen, die seit dem Machtwechsel im Kreml einige positive Aspekte aufwiesen, nicht unnötig zu dramatisieren. Er ist sich in dieser Hinsicht mit Franz Josef Strauß einig. Schließlich sind es keine neuen Geschwüre, die mit dem Tiedge-Skandal aufbrachen. Das wissen auch die Amerikaner, die eben erst mit ihrem Fall von Marinespionage ein in seinen praktischen Folgen schwerer wiegendes Versagen ihrer Abwehrdienste erlebt haben. Offene Gesellschaften werden für die Spionage immer durchlässiger bleiben als sozialistische Regime.

Die Bundesrepublik befindet sich in einer Situation, die mit keiner anderen zu vergleichen ist. Sie wird darum Angriffen von zahlenmäßig vielfach überlegenen Diensten des Ostens auch in Zukunft ausgesetzt bleiben. Dies ist der Augenblick, die Abwehr zu verstärken, nicht aber parteitaktische Operationen mit einer Krise zu verbinden, die nicht schlimmer ist als die Krisen, die wir seit den Tagen von Otto John durchgemacht haben.

IM GESPRÄCH Ibrahim Babangida

Herr des Hauses in Nigeria

Von Bernd Rütten

Staatsstreiche kommen selten aus heiterem Himmel; die Umstände erfordern sie manchmal geradezu. Aber es braucht einen Täter, der kein Risiko scheut. Alles steht auf dem Spiel, nicht nur die Macht, sondern im Prinzip noch immer – trotz einer Tendenz zur Schonung – das Leben.

Ibrahim Babangida ist ein solcher Täter. Die Liste der Politiker und Militärs, die, einander abwechselnd, die Geschicke Nigerias seit der Unabhängigkeit 1960 bestimmten, ist klein. Als 1976 ein Leutnant Dimka in einem Putschversuch Staatschef General Murtale Muhammad nach nur hundert Tagen im Amt erschoß, war es Babangida, der in einer mutigen Aktion den Streich niederschlug. Der 1941 geborene Soldat saß dann im obersten Gremium der Regierung des Generals Obasanjo, der 1979 freiwillig die Macht dem Zivilpräsidenten Shagari übergab, und war der Architekt des Coups, der sie Shagari 1983 wieder nahm.



Routinier im Putschen: Präsident Babangida FOTO: DPA

Warum er damals als Armeechef ins Glied zurücktrat und die Führung dem scheuen Buhari überließ, kann man nur vermuten. Der Coup von 1983 war ebenso wie der von 1985 meisterhaft vorbereitet. Ging Babangida davon aus, daß ein guter Putschist nicht unbedingt ein guter Regierungschef ist?

Dann muß sich seine Ansicht im Laufe der nicht einmal zwei Jahre der Regierung Buharis geändert haben. In dieser Zeit entstand eine Polarisierung im regierenden Obersten Militärrat. Babangida und mit ihm Generalmajor Sani Abacha distanzierten sich von Buhari, der die Schraube der Repression anzog und dabei vom Stabschef General Tunde Idiagbon und dem Geheimdienstchef Rafindadi, früher einmal Botschafter in Bonn, bestärkt wurde.

Sani Abacha nimmt jetzt Babangidas frühere Position als Armeechef ein. Buhari steht unter Hausarrest, Rafindadi ist verhaftet worden. Idiagbon war während des Staatsstreichs auf Pilgerfahrt nach Mekka. Der Oberste Militärrat ist auf achtundzwanzig Personen erweitert worden und heißt AFRC (Armed Forces Ruling Council – Regierender Armeerat); beziehungsreich, weil im benachbarten Ghana während der ersten Phase der Radikalherrschaft des Fliegerleutnants Jerry Rawlings das oberste Gremium auch AFRC hieß. Doch das stand für „Armed Forces Revolutionary Council" – „Revolutionärer Armeerat". Einen Hauch vom Populismus des Jerry Rawlings hat Babangidas Regime schon, doch revolutionär will es nicht sein.

Die ausgeprägt nördlich-islamische Komponente der Regierung Buhari ist im AFRC verschwunden. Babangida trägt zwar einen Haussa-Namen („Herr des Hauses"), doch sein Vater, der Oberhaupt der Yoruba-Gemeinschaft in Minna im Bundesstaat Niger war, hatte diesen Namen nur angenommen. Er hieß ursprünglich Gbadamoshi und war ein Yoruba aus Oshogbo im Südwesten Nigerias. Sani Abacha gehört dem Minderheitsstamm der Ibariba an. Babangidas zweiter Mann ist der frühere Marinekommandeur Ebitu Ukiwe, ein Ibo. So hat kein Volk Nigerias Anlaß, sich diskriminiert zu fühlen.

Die Militärregierungen von 1976 bis '79 gehören zu den glücklichsten Jahren Nigerias. Es gibt keinen Zweifel, daß Babangida sie mit seinem Coup zurückholen und ein Regime restaurieren will, dessen Kurs er mitbestimmt hat. Aber die Rahmenbedingungen haben sich verändert: Der Fluß der Öleinnahmen Nigerias ist zu einem Bächlein geworden.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

NEUES DEUTSCHLAND

Das SED-Zentralorgan meldet das Treffen Honecker–Strauß ohne Hinweis auf eine mögliche Lockerung der Familienzusammenführung:

Während des Gesprächs wurde ein Meinungsaustausch über die weltpolitische Lage geführt, wobei Fragen der Verhinderung des Wettrüstens im Weltraum und der Reduzierung der Rüstungen in Europa im Mittelpunkt standen. Ein weiteres Thema der Unterredung waren Fragen der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, darunter auf ökonomischem Gebiet. Erich Honecker betonte im Verlauf der Aussprache, daß alles getan werden müsse, um das Wettrüsten auf der Erde zu stoppen und seine Ausdehnung auf den Weltraum zu verhindern.

Frankfurter Rundschau

Sie schreibt über Afghanistan:

Je länger sich der Krieg ohne entscheidende Siege der einen oder der anderen Seite hinzieht, um so deutlicher wird, wie fest die Sowjetunion in der Falle sitzt ... Die USA bestimmen durch dosierte militärische Unterstützung der Widerstandsbewegungen, ob und wann die Sowjets ihre Truppen herausholen können. Die Sowjetunion ist in Afghanistan Gefangener der Amerikaner geworden. Für Washington muß verlockend scheinen, die Sowjets im eigenen Saft schmoren zu lassen und die Militärintervention propagandistisch auszunutzen. Eine solche Politik bietet aber keine Perspektive. Das afghanische Volk ginge daran zugrunde, Pakistan würde durch den Flüchtlingsstrom destabilisiert. Eine Machtübernahme der islamischen Fundamentalisten liegt noch weniger im amerikanischen Interesse als ein kommunistisch angehauchtes System ... Im Juni begannen vertrauliche Gespräche zwischen den Supermächten über eine von ihnen aufgestülpte Afghanistan-Lösung, die den früheren Status wiederherstellt: Moskau zieht seine Truppen ab und garantiert zusammen mit den Truppen der USA die Blockfreiheit des südlichen Nachbarlandes. Pakistan macht ... seine Grenze zu Afghanistan dicht. Der von seinen Basen abgeschnittene Widerstand trocknet langsam aus.

Frankfurter Allgemeine

Sie kommentiert den „Antikriegstag":

Der erste September ist für die Gewerkschaften und die ihnen demonstrativ verbundenen politischen Parteien der „Antikriegstag". Er bietet Gelegenheit, das, was alle denken, so auszusprechen, daß der Eindruck entsteht, es sei eben doch nur ein Teil des Volkes, der Krieg und Kriegsvorbereitung verabscheue, ein anderer, unseliger Teil jedoch sei nicht willens oder nicht in der Lage, die notwendigen Konsequenzen aus der Erfahrung der Kriege und der Gegenwart der atomaren Bedrohung zu ziehen. So ist der Antikriegstag eine Gelegenheit für manche, einen für die Bundesrepublik Deutschland lebenswichtigen Konsens Zweifeln auszusetzen.

Jugoslawischer Nord-Süd-Konflikt um West-Devisen

Legalisierter Schwarzmarkt / Von Carl Gustaf Ströhm

Mit einer Inflationsrate von achtzig Prozent für den Dinar hat Jugoslawien einen europäischen Rekord erreicht und nähert sich lateinamerikanischen Zuständen. Die Wirtschaftskrise verursacht unter den einzelnen Republiken und Nationen dieses Bundesstaates Interessengegensätze, die zu einer Beeinträchtigung der zentralen Belgrader Regierungsgewalt geführt haben.

Nach dem Motto „Das eigene Hemd ist mir näher als der gesamtjugoslawische Rock" ist unter den Republiken – vergleichbar etwa den deutschen Ländern – ein Verteilungskampf um die heißbegehrten Devisen, also um die Einnahmen an westlicher Währung, ausgebrochen.

Den Löwenanteil an westlichen Devisen – mehr als fünfzig Prozent – verdienen die beiden Republiken Slowenien und Kroatien. Sie haben den stärksten Ausländer-Tourismus – fast die gesamte Adriaküste mit Ausnahme eines kleinen Streifens an der albanischen Grenze ist in kroatischer und zu einem geringen Teil in slowenischer Hand. Die Slowenen haben auf ihrem Adriastreifen, der nicht einmal vierzig Kilometer lang ist, eine perfekte Tourismus-Industrie aufgebaut und zusätzlich die jugoslawischen Alpen. Zugleich sind Slowenien und Kroatien am stärksten am jugoslawischen West-Export beteiligt – und beide stellen auch einen hohen Anteil an Gastarbeitern, deren Überweisungen der heimischen Devisenkasse zugute kommen.

Nun hat die Bundesregierung den Versuch unternommen, an die Devisen der Teilrepubliken heranzukommen – was angesichts der geschrumpften Devisenreserven der Nationalbank und der gewaltigen Auslandsschulden sowie des Zinsendienstes dafür verständlich ist. Dazu bedarf es aber eines neuen Devisengesetzes, das die bisher den Republiken zufließenden harten Währungen nach Belgrad weiterleitet.

Die devisenschwachen und unterentwickelten Republiken – Mazedonien, Bosnien-Herzegowina, Montenegro, aber auch Serbien – könnten dann hoffen, aus dem zentralen Belgrader Topf auch etwas vom Dollar- und D-Mark-Segen abzubekommen. Slowenien und Kroatien denken aber gar nicht daran, mit ihren ärmeren Brüdern zu teilen.

Hier entsteht also innerhalb des Landes ein klassischer Nord-Süd-Konflikt zwischen (relativ) Wohlhabenden und Habenichtsen. Das Argument der Slowenen und Kroaten ist, sie könnten ihre Wirtschaft und ihren Tourismus nicht mehr so in Schuß halten, wenn sie ihre Devisen hergäben; wichtige Investitionen müßten unterbleiben. Folglich würde man das Huhn, das die goldenen Eier legt, schlachten – ohne daß den südlichen Republiken damit geholfen wäre. Es ist interessant, daß eine solche Diskussion nicht unter Kapitalisten, sondern unter Kommunisten geführt wird.

Die Lage gleicht einer Groteske: Zum Beispiel zerfallen die jugoslawischen Betriebe in zwei Kategorien – in solche, die nach Westen exportieren und harte Währung (Mark, Dollar, Schweizer Franken) verdienen – und solche, die „nur" auf dem Inlandsmarkt verkaufen und folglich nur Dinare erwirtschaften. Ein Devisen-Betrieb darf etwa vierzig Prozent seiner harten Währung behalten und auf einem Konto anlegen.

Wenn nun ein Inlandsbetrieb – etwa eine Waschmittelfabrik – Rohstoffe oder Ersatzteile im Westen kaufen muß und die Nationalbank (wie es oft der Fall ist) keine Devisen hergibt, dann bahnt sich zwischen „Devisenbesitzern" und „Habenichtsen" ein interessantes Geschäft an: Die Devisen-Firma verkauft ihre Mark oder Dollar zu einem Preis, der um ein Vielfaches über dem amtlichen Kurs liegt, an die Inlandsfirma. Diese kauft dafür die Rohstoffe und Ersatzteile im Westen – es handelt sich also um einen legalisierten Schwarzmarkt.

Der Versuch, das Problem durch das neue Devisengesetz zu lösen, ist einstweilen gescheitert – denn Finanz- und Wirtschaftsgesetze bedürfen der Zustimmung des „Rats der Republiken und Provinzen" im jugoslawischen Parlament, also der Länderkammer. Diese Zustimmung aber kann nur erteilt werden, wenn jeweils eine Mehrheit innerhalb sämtlicher Delegationen, die aus den Republiken entstandt werden, für diese Vorlage stimmt.

Es genügt also, daß eine Mehrheit der Abgeordneten aus Slowenien oder Kroatien „nein" sagt – und das Projekt ist gestorben. Das föderalistische System hat also auch im Kommunismus seine Tükken.

In Leipzig sah Strauß – fast – nur freundliche Gesichter

Besuch in Leipzig, Treffen mit Erich Honecker, Besichtigungen und Führungen – für den Messe-Besucher Franz Josef Strauß ist das fast alles schon Routine.

Von DIETER DOSE

Erich Honecker gab sich ganz locker. „Ihr seid ja ganz schön zahlreich gekommen", begrüßte er das Großaufgebot an Pressevertretern im Gästehaus des „DDR"-Ministerrates. Dann schritt er auf Franz Josef Strauß zu. „Herzlich willkommen, Herr Ministerpräsident", begrüßte er den prominentesten Gast aus der Bundesrepublik, der anläßlich der Herbstmesse in Leipzig der „DDR" seine Aufwartung macht. Händedrücke, Blitzlichtfeuerwerk, dann verschwanden Strauß und Honecker im Fahrstuhl.

Rund 90 Minuten dauerte das Gespräch der beiden Politiker. Länger als geplant. Die Mitarbeiter des Protokolls blickten schon besorgt zur Uhr, denn der Abflug war für Sonntag, 18.30 Uhr, angesetzt. Zu diesem Zeitpunkt war eine „Luftstraße" in Richtung Bundesrepublik für den Privatjet des bayerischen Ministerpräsidenten freigehalten.

Aber ehe Strauß sich wieder an den Steuerknüppel setzte, stand noch ein Abstecher in seine „Residenz" auf dem Programm. Ihm und seiner Begleitung war das Gästehaus des Rates des Bezirks Leipzig für die kurzen Pausen in dem vollbeladenen, neunstündigen Besuch zur Verfügung gestellt worden. Hier stellte sich Strauß dann den Fragen der Pressevertreter.

Als er ein Bündel Notizzettel aus der Tasche zog, war klar, warum die Gesprächspartner den vorgesehenen Zeitplan nicht eingehalten hatten. Ein Katalog von Fragen und Problemen lag auf dem Konferenztisch, an dem auch noch Politbüro-Mitglied Günter Mittag, ein guter Bekannter vieler Bonner Politiker, und Staatssekretär Frank-Joachim Herrmann, ebenfalls ein „Westexperte" der „DDR"-Staatsführung, saßen.

Die Leser der „DDR"-Zeitungen erfuhren am Montag in der Frühe allerdings nur einen Bruchteil dessen, was ihr Staatsratsvorsitzender mit Strauß besprochen hat. Banal wurde berichtet, daß „Fragen der Entwicklung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD, darunter auf ökonomischem Gebiet" erörtert worden seien.

Dabei würde Millionen in der „DDR" interessieren, was Honecker zum Beispiel über Kontaktverbote zu Strauß gesagt und wie er dieses Problem verniedlicht hat. Denn der SED-Generalsekretär zeigte sich baß erstaunt, daß, wie kürzlich aus einem Bericht des innerdeutschen Ministeriums hervorging, die Kontaktverbote für „DDR"-Bürger verschärft worden sind. Dabei habe er, so Honecker zu Strauß, doch Anweisung gegeben, daß sogar für Angehörige der Armee, der Polizei und des auch in Leipzig allgegenwärtigen Staatssicherheitsdienstes die Kontaktverbote gelokkert würden.

Davon aber, glaubt man dem Staatsratsvorsitzenden, scheinen die untergeordneten Organe nichts zu wissen. Brutal wurden auf dem Messegelände zwei junge Leute daran gehindert, Kontakt mit Strauß aufzunehmen. Ein dunkler Schatten, der auf diesen Besuch fiel.

Verheimlichen ließ sich die Anwesenheit des in der „DDR" sehr populären bayerischen Regierungschefs zwar nicht, aber sie wurde vorher auch kaum publik gemacht. „Hier ist ein Messerundgang", erfuhren Schaulustige, als sie sich bei Sicherheitsbeamten danach erkundigten, warum denn der Eingang zu einem Messehaus abgesperrt sei.

Dort bewunderte Strauß gerade die Produkte der volkseigenen Manufakturen, die auf dem Weltmarkt den bayerischen Produzenten harte Konkurrenz machen. „Mehr Sorge als der Wettbewerb mit den DDR-Betrieben machen uns aber die ostasiatischen Billigländer", betonte Strauß. Zustimmendes Kopfnicken bei seinen sächsischen und thüringischen Gesprächspartnern.

Einigkeit und Harmonie besonders aber beim Besuch im berühmten Gewandhaus. „Herzlichen Dank für künstlerischen Speis und Trank. Mit den besten Wünschen für eine friedliche Zukunft, in der die Musen und nicht der Markt herrschen", schrieb Strauß in das Gästebuch. Von Gewandhauschef Kurt Masur verabschiedete er sich mit den Worten: „Die Darbietungen in diesem schönen Haus waren für mich eine Freude und für ihre Republik eine Ehre."

So etwas hört man in der „DDR" gern. Viel lieber als Fragen nach der Familienzusammenführung, die Strauß an Honecker stellte. Aber auch auf diesem Gebiet versprach der SED-Chef weitere Fortschritte. Nicht ohne den Hinweis, daß er (Honecker) ja seine Zusage über den Abbau der Selbstschußautomaten an der innerdeutschen Grenze gehalten und sogar die Minenfelder beseitigen lassen habe ...

Leipzig war für Strauß auch noch einmal Gelegenheit, sich zum Fall des Verfassungsschützers Tiedge („Wer ist das?"), der sich in die „DDR" abgesetzt hat, zu äußern. „90 Prozent dessen, was von Geheimdiensten ermittelt wird, halte ich sowieso für Unsinn", meinte Strauß – aber er ließ offen, ob er das auch zu Honecker gesagt und ob er mit ihm überhaupt über die Agentenaffären der letzten Wochen gesprochen habe.

Probleme zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" wurden bei diesem Treffen sicher nicht gelöst. Dies war aber auch nicht erwartet worden. Und wenn Strauß auch auf Schritt und Tritt – von der Ankunft bis zum Abflug – von „DDR"-Staatssekretär Alexander Schalck-Golodkowski, mit dem er vor zwei Jahren den Milliardenkredit für Ost-Berlin ausgehandelt hatte, begleitet wurde – um Geld ging es diesmal wohl nicht. Jedenfalls nicht so direkt.

Es würde die Bundesrepublik allerdings einiges kosten, wenn Honecker auf das Strauß-Angebot zurückkommt, der „DDR" kostenlos unsere Verfahren zur Entschwefelung und Entstickung der Luft zur Verfügung zu stellen. Bei diesem Thema war Strauß ganz Landesvater. Bayern leidet mit am meisten unter dem Dreck in der Luft aus der „DDR".

Besonders wohl fühlte sich Strauß auch auf dem Messegelände am Stand von BMW. Nach vielen Jahren ist der bayerische Automobilhersteller zum ersten Mal wieder auf der Leipziger Messe präsent und kann sich über Zulauf nicht beklagen. Autos und Motorräder aus der Bundesrepublik ziehen die Messebesucher wie Magneten an. Nirgendwo ist das Gedränge größer. Beifall, als sich Strauß für die Fotografen auf den „heißen Ofen" setzte und Tochter Monika erklärte, wie man Gas gibt.

„DDR"-Bewohner allerdings können sich weder Motorräder noch Autos der Marke BMW leisten. Doch die Bayerischen Motoren Werke haben den Welthandelsplatz Leipzig wiederentdeckt, damit dies langfristig anders wird. Dr. Eberhard von Körber, stellvertretendes BMW-Vorstandsmitglied: „In der DDR gibt es Tausende von Autos unserer Konkurrenten Volvo und Citroën. Diese Geschäfte können auch wir machen." Die ersten Kontakte wurden geknüpft und sollen fortgesetzt werden.

Sensationelles haftet einem Strauß-Besuch in der „DDR" nicht mehr an, seit er 1983 Honecker zum ersten Mal am Werbellinsee traf und auch im Frühjahr 1984 der Leipziger Messe seine Aufwartung machte. Den Zwischenfall auf dem Messegelände ausgeklammert, hat Strauß „nur freundliche Gesichter gesehen". Es gab keine Ovationen für ihn, hier und dort aber freundlichen Beifall. Mehr wollte Strauß, der sich besonders gern daran erinnert, daß er schon 1934 bei der Radweltmeisterschaft in Leipzig war, auch nicht. „Mit Lautlosigkeit ist meist mehr zu erreichen", sagt er.

Mit der Spitze Ost-Berlins bleibt er in Kontakt – als Geburtstagsgast erwartet er am Wochenende auch Ewald Moldt, den Ständigen Vertreter der „DDR" in Bonn.



Nach vielen Jahren ist BMW zum ersten Mal wieder auf der Leipziger Messe präsent FOTO: DPA





Er ließ Häuser bombardieren, um eine Sekte zu vertreiben. Was einem weißen Bürgermeister Probleme gebracht hätte, das hat dem farbigen Wilson Goode nicht geschadet FOTOS: AP/ CAMERA PRESS

Die Zeiten des „Onkel Tom" sind vorbei

Von den radikalen Farbigen wurden sie vor Jahren noch als Anpasser und Verräter, als „Onkel Tom", beschimpft. Doch die Zeiten haben sich geändert. 286 Städte in den USA werden heute von farbigen Bürgermeistern regiert. Was zählt – bei Schwarz und Weiß – ist vor allem Leistung.

Von FRITZ WIRTH

In der Osage Avenue von Philadelphia bauen sie. Am 13. Mai dieses Jahres brannten in dieser Straße 61 Häuser, und „Brandstifter" war niemand anders als der Bürgermeister der Stadt, Wilson Goode. Er gab damals den Befehl, eine Bombe auf das Haus Nr. 6221 in der Osage Street werfen zu lassen. In dem Haus wohnten Mitglieder des Primitivkults „Move", die die Umgebung terrorisierten. Elf Mitglieder dieser Bewegung kamen bei dem Bombenangriff um, unter ihnen vier Kinder.

Es liegt kein Brandgeruch mehr über der Osage Street. Die Trümmer sind beseitigt. Die 261 obdachlos gewordenen Bürger sprechen nicht mehr mit der geballten Faust. Die Nacht, als ihr Wohnviertel in hellen Flammen stand, ist den meisten nur noch ein ferner Alptraum.

Heute haben sie ganz naheliegende Probleme, die ihren Zorn zu wecken vermögen: Sollen die neugebauten Häuser, die Bürgermeister Goode ihnen bis Weihnachten versprochen hat, offene Veranden haben, von denen aus man zuschauen kann, wie das hoffentlich wieder friedliche Leben von Cobbs Creek in West Philadelphia vorbeirollt, oder sollen statt dessen Garagen mit Stahltüren gebaut werden?

Dieser friedliche Konflikt zeigt: Es sind keine dauerhaften Brandwunden bei den Bürgern und den Betroffenen dieses erstaunlichen Ereignisses zurückgeblieben. Bürgermeister Wilson Goode, zunächst sichtbar schockiert und über sich selbst erschrocken, hat sein altes Selbstbewußtsein wiedergefunden und sieht gelassen dem offiziellen Untersuchungsbericht entgegen. Vor wenigen Tagen legte er der Presse das Ergebnis seiner eigenen Seelenforschung vor. „Ich mache mir heute keine Gedanken mehr über meine Rolle und meine Motive in dieser Affäre. Ich würde es heute noch mal machen, wenn auch möglicherweise mit anderen Mitteln." Seine Popularität beim Bürger hat nicht gelitten, wie letzte Meinungsumfragen zeigen. Seinen Rücktritt als Bürgermeister hat ernsthaft nur der farbige Bürgerrechtler Jesse Jackson verlangt. Jackson nannte die Mittel, mit denen die Terroristen der „Move"-Bewegung ausgeräuchert wurden, einen „neuzeitlichen Holocaust". Bei dieser Kritik sind wahrscheinlich jedoch persönliche Motive mit im Spiel. Jackson hat offenbar nicht vergessen, daß sich Wilson Goode bei der letzten Präsidentenwahl hinter Walter Mondale und nicht hinter ihn gestellt hat.

Daß diese schockierende Schreckensnacht von Philadelphia so glimpflich ausläuft, hat alle Beobachter und selbst die Bürger von Philadelphia überrascht. Harold Sorgenti, Präsident des Chemiekonzerns Arco und ein Freund Wilson Goodes, hat denn auch keine Zweifel: „Ein weißer Bürgermeister, der das gleiche wie Goode angeordnet und zu verantworten hätte, wäre schärfer herangenommen worden."

Es bedarf keiner großen Phantasie, sich vorzustellen, was geschehen wäre, wäre die Osage Avenue 20 Jahre früher in Rauch aufgegangen, als Philadelphia noch von einem weißen Bürgermeister regiert wurde. Osage Avenue wäre zum nationalen Schrein der Protest-Generation geworden.

Notwehr gegen eine Verbrecher-Organisation

Die Tatsache, daß Goode ein Farbiger ist, hat aus einem potentiell explosiven Rassenkonflikt schlicht einen Notwehr-Vorgang gegenüber einer verbrecherischen Organisation gemacht. Ob dieser Administrativ-Vorgang klug, human und geschickt war, ist eine andere Frage, die vom Untersuchungsausschuß geklärt werden muß. Daß das Für und Wider der umstrittenen Entscheidung jedoch auf so normale und emotionslose Weise diskutiert worden ist, sagt etwas über den außerordentlichen Wandel, der sich in den letzten zwei Jahrzehnten an der einst so scharfen und explosiven Rassenfront in den USA vollzogen hat. Die Teilhabe Farbiger an der politischen und administrativen Verantwortung, die zunächst vorwiegend noch ein Ereignis im kommunalen Bereich ist, hat zahlreiche Schwelbrände dieses Rassenkonflikts gelöscht.

Wilson Goode ist einer von 286 farbigen Bürgermeistern, die heute amerikanische Städte regieren. Im Jahr 1970 betrug diese Zahl nur 48. In den letzten zehn Jahren hat sie sich von 135 auf 286 mehr als verdoppelt. Die Wachstumsrate ist so enorm, daß im Jahre 1990 mit 500 farbigen Bürgermeistern gerechnet wird.

Dieser Trend ist die eindeutige Antwort auf die Frage, die sich den Farbigen seit Jahrzehnten über ihre Rolle in der amerikanischen Gesellschaft stellt: Sollen sie sich dem weißen Amerika anpassen, oder sollen sie die Provokation suchen?

Es gab einmal Zeiten, in denen sich die ersten, die sich gegen die Konfrontation entschieden und ein Amt suchten, das Schmähwort des „Onkel Tom" gefallen lassen mußten. Die Zeiten sind heute lange vorbei, nachdem sich Farbige in wirkliche Machtpositionen hochgearbeitet haben und beispielsweise vier der größten Städte in den USA regieren: Tom Bradley in Los Angeles, Harold Washington in Chicago, Coleman Young in Detroit und eben Wilson Goode in Philadelphia.

Die Wirkung dieses Farbigen-Sturms auf die amerikanischen Rathäuser, sie haben der farbigen Minderheit in den USA die Grenzen dieser Ämter aufgezeigt. Sie haben begriffen, daß Bürgermeister auch nur Menschen sind und Goodwill noch keine Berge versetzt.

Andererseits hat es unter diesen 286 farbigen Bürgermeistern eine eindrucksvolle Zahl von Erfolgsstorys gegeben, die rapide Vorurteile unter den weißen Bürgern ausgemerzt haben. Ein Mann wie Tom Bradley in Los Angeles könnte, wenn er so wollte und nicht den Ehrgeiz hätte, sich zum Gouverneur von Kalifornien wählen zu lassen, auf Lebenszeit Bürgermeister seiner Stadt bleiben. Er genießt heute bei den Weißen in dieser Stadt mehr Respekt als unter den Farbigen.

Das mag für Harold Washington in Chicago nicht im gleichen Maß gelten. Man spricht, seit Washington im Rathaus Regie führt, von Chicago als einem „Beirut am See", doch Eingeweihte wissen, daß dies heute für jeden Bürgermeister eine unregierbare Stadt ist, wenn nicht jemand daherkommt, der seine Macht so souverän und diktatorisch einsetzt wie der legendäre Richard Daley.

Dabei vertrauen lange nicht alle Bürgermeister so fest auf farbige Mehrheiten wie Marion Barry, der Chef von Washington DC, der alle privaten Affären, die ihm nachgesagt wurden, sicher überleben wird und keinen ernsthaften Konkurrenten fürchten muß. Nicht zu Unrecht im übrigen, denn er hat sich mit einigen kühnen sozialen und architektonischen Entscheidungen um die amerikanische Hauptstadt verdient gemacht.

Die Erfolgsstory spielt in der Kleinstadt

Die wirklichen Erfolgsstorys farbiger Bürgermeister wurden jedoch in den amerikanischen Kleinstädten geschrieben, wie beispielsweise in Battle Creek in Michigan, wo die Farbige Maude Bristol das Vertrauen von 54 000 Bürgern genießt, von denen nur acht Prozent Farbige sind. Ähnliche Mehrheitsverhältnisse gibt es in Dutzenden amerikanischer Städte, und die Wahlergebnisse zeigen: Man orientiert sich immer mehr nach den Fähigkeiten und nicht nach der Hautfarbe der Kandidaten.

Gegenüber diesem ermutigenden Trend in den Kommunen existiert in höheren Machtregionen noch ein deutliches Defizit. Im Kongreß hat es seit 1870 bisher nur 57 Farbige gegeben. Heute sind es genau 20. Das Bemerkenswerte: 16 von ihnen sind Vorsitzende von Unterausschüssen, und einer, William Gray, leitet heute im Repräsentantenhaus den höchst bedeutsamen Budgetausschuß, eine Position, die ihn im Augenblick zum einflußreichsten farbigen Bürger in den USA macht.

Zwar beansprucht der Bürgerrechtler Jesse Jackson selbstgefällig nach seinem Anlauf auf die Präsidentschaft diese Position, doch nicht erst sein klares Scheitern muß ihm deutlich gemacht haben, daß seine Stärke nicht mehr als die Macht des Wortes und die rhetorische Konfrontation ist. Männer wie William Gray, Tom Bradley und Wilson Goode, der Bürgermeister von Philadelphia, haben lange begriffen, daß Macht etwas mit dem Vermögen zu tun hat, Dinge in Bewegung zu setzen. Und selbst Wilson Goode hat inzwischen eingesehen, daß man dazu nicht unbedingt zu einer Bombe greifen muß.

Stoltenberg fürchtet neuen Sündenfall gegen das Gebot der Sparsamkeit

PETER PHILIPPS, Bonn

Die Bundesregierung will in Washington ein „Deutsches Historisches Institut" errichten, das auch „die deutsche Forschung in den Vereinigten Staaten exemplarisch repräsentieren" soll. Es geht nicht nur darum, vor Ort die Geschichte der USA mit dem besonderen Schwerpunkt deutsch-amerikanische Beziehungen zu erforschen, sondern auch das Interesse der amerikanischen Wissenschaftler am alten Kontinent wachzuhalten bzw. wieder zu beleben.

Forschungsminister Riesenhuber, der sich als Argumentationshilfe ein Gutachten des Wissenschaftsrates hat anfertigen lassen, will nach seiner gestrigen Urlaubs-Rückkehr das Projekt vorantreiben, das einen Jahresetat zwischen sechs und acht Millionen Mark haben wird.

Positive Erfahrungen

Dabei muß er vor allem den grundsätzlichen Widerstand von Finanzminister Stoltenberg überwinden, der bisher das Vorhaben mit Hinweis auf das geplante Haus der Deutschen Geschichte blockiert hat: Noch so einen „Sündenfall" der Institutionalisierung einer neuen Einrichtung wolle er für seinen restriktiven Etat-Kurs nicht akzeptieren.

Deutsche und amerikanische Historiker sind sich hingegen mit den Gutachtern des Wissenschaftsrates darin einig, daß nach den jahrzehntelangen positiven Erfahrungen mit entsprechenden deutschen Instituten in Paris, Rom und London eine solche Einrichtung in den USA dringend geboten ist. Zum einen seien die USA „ein Forschungsgegenstand von hoher Aktualität, für dessen angemessene Erschließung ein langfristig angelegtes deutsches wissenschaftliches Institut in den USA erforderlich erscheint". Zum anderen könne diese Einrichtung „auch das Interesse amerikanischer Forscher an europäischen, zumal deutschen, Fragen beleben und so in den bilateralen wissenschaftlichen Beziehungen wichtige, bislang nicht hinreichend ausgefüllte Funktionen wahrnehmen", heißt es in der Stellungnahme des Wissenschaftsrates.

Mahnend wird in dem Gutachten, das die Kabinettsvorlage prägen soll, darauf hingewiesen, daß gerade jetzt „in den USA das Interesse an historischen, namentlich auf die europäischen Ländern gerichteten Studien insgesamt rückläufig ist". Der einst prägende Einfluß der in den dreißiger Jahren aus Europa gekommenen „Emigrantengeneration" gehe zurück, der Schwerpunkt des Interesses verlagere sich von der europäisch geprägten Ost- zur Westküste.

Aber nicht nur das Ende der „starken Anziehungskraft", die von den europäischen Ländern bis in die zwanziger Jahre auf amerikanische Wissenschaftler ausgeübt wurde, sondern auch die inzwischen von den USA übernommene führende Position in Wissenschaft und Technik, die aus dem Englischen die Haupt-Wissenschaftssprache gemacht hat, zwingt nach Ansicht der Gutachter zu verstärkter Präsenz. „Aus wissenschaftlicher Sicht erscheint es angesichts dieser Lage wünschenswert, einen neuen Ansatz zur engeren Zusammenarbeit zu suchen."

Das geplante Institut soll neben der Intensivierung des Austauschs zwischen deutschen und amerikanischen Wissenschaftlern eigene Forschungsarbeit in den USA leisten, unzählige, von Deutschland aus fast unerschließbare Quellen aufspüren und vermitteln, Tagungen durchführen. Im Mittelpunkt soll vor allem „die Erforschung der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA seit Gründung der Vereinigten Staaten" stehen.

Standort Washington

Dabei dürfe sich die Arbeit an dem Institut „weder auf klassische historische Fragestellungen beschränken, noch auf Themen und Methoden anderer Disziplinen verzichten". Als Standort wird – nicht nur wegen des politischen Umfelds – Washington empfohlen, sondern auch, weil „angesichts der in seiner Umgebung vorhandenen Bestände der Aufbau einer umfassenden Fachbibliothek nicht erforderlich sein" werde.

Neben dieser von Sparsamkeit geprägten Haltung fällt auch ein anderes Detail angenehm auf: „Nach Ablauf einer angemessenen Frist, etwa sechs bis acht Jahren, sollte eine unabhängige Kommission berufen werden und ein Votum abgeben, ob die Leistungen des Instituts seine Weiterförderung rechtfertigen." Doch bisher hält der Bundesfinanzminister den Geldhahn noch geschlossen, will verhindern, daß sich „die Sündenfälle" gegen das Gebot der Sparsamkeit noch weiter „häufen".

Peter Schulz: Abschied von Landespolitik

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der Präsident der Hamburger Bürgerschaft und ehemalige Erste Bürgermeister der Hansestadt, Peter Schulz (SPD), hat gestern sein Ausscheiden aus der Landespolitik im nächsten Jahr angekündigt. In einem Schreiben an den Vorsitzenden der SPD-Fraktion, Henning Voscherau, erklärte der 55jährige Rechtsanwalt, daß er für die Wahl zur Bürgerschaft im November 1986 nicht wieder kandidieren wolle.

Als einzigen Grund nannte er „die schlichte Tatsache, daß ich zum Zeitpunkt der Neuwahl dem Parlament mehr als 25 Jahre angehöre". Ausschlaggebend für die Bekanntgabe seines Entschlusses bereits eineinviertel Jahr vor dem Wahltermin sei für ihn die in Hamburg schon sehr früh begonnene Diskussion über die Kandidatenaufstellung für Bundestag und Bürgerschaft.

Eine Reihe führender SPD-Abgeordneter, unter ihnen der ehemalige Fraktionschef, Ulrich Hartmann, und der Medienbeauftragte beim Parteivorstand, Frank Dahrendorf, hatten in den letzten Tagen ebenfalls ihren Rückzug aus dem Landesparlament angekündigt.

Peter Schulz war im Juni 1971 als Nachfolger Herbert Weichmanns zum Ersten Bürgermeister gewählt worden. Im Herbst 1974 trat er, weil er sich wegen seines Sparkonzepts von der SPD-Führung im Stich gelassen fühlte, zurück. Nach der Wahl vom Juni 1978 wählte ihn die Bürgerschaft zu ihrem Präsidenten.

Schröders Tour durch Niedersachsen erinnert an Rezepte von Johannes Rau

SPD-Spitzenkandidat sucht Annäherung an Parteibasis / Ärger mit Rundfunkrat

MICHAEL JACH, Hannover

„Der neue Kopf" heißt die Kandidatenbroschüre im Vokabelheft-Format, die Niedersachsens SPD derzeit unters Volk streut. Ein Slogan mit dreifacher Kundgebungsabsicht über den SPD-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 1986: Innerparteilich sei Gerhard Schröder die mittlerweile unbestrittene Leitfigur im Streben zurück zur Macht im Land; er habe die Qualitäten, den CDU-Ministerpräsidenten Ernst Albrecht nach zehn Regierungsjahren aus dem Sattel des Niedersachsen-Rosses zu heben; er nämlich – Bonbon für Traditionsbewußte – sei der würdige Erbe des legendär-volkstümlichen „Roten Welfen" Hinrich Wilhelm Kopf, des ersten (SPD-)Regierungschef in Hannover nach 1945.

Vorbehalte ausgeräumt

Drei Wochen lang hatte Niedersachsens Wahlvolk Gelegenheit, den Kandidaten „Schröder auf Touren" in ersten Augenschein zu nehmen. Die wenigsten Kilometer seiner Kreuz- und Querroute allerdings führten durch seinen Hausmacht-Parteibezirk Hannover, vor zwei Jahren das Sprungbrett zur viele überraschenden Kandidatenkür. Anderswo hatte es Vorbehalte gegeben, aber davon, versichern Parteibeobachter, sei nun „nichts mehr übrig". So manche Tagesetappe trug denn auch Züge eines sozialdemokratischen Familientreffens: Betriebsräte, Arbeiterwohlfahrt, „Reichsbund"-Rentner, busladungsweise herbeigeschafftes geneigtes Publikum.

Über Weltbilder erschütternde Aussichten redet nicht, wer sich seinen Leuten wie der nette, talentierte junge Mann von nebenan zu präsentieren weiß. Schon gar nicht, wenn er ihnen die frohe Botschaft verkündet, „wir" hätten wieder Tritt gefaßt, die Sozialdemokratische Partei („Deutschlands" läßt Schröder regelmäßig aus) habe ihre Depressionen auskuriert. Da scheint die Juso-Vergangenheit rasch vergessen, da tut das Stilmerkmal jungenhafter Hemdsärmeligkeit das Seine, so „wohltuend" unterschieden von der Bügelfaltenwelt der Regierenden.

Der Kandidat setzt auf Volksnähe, auf „das Menschliche in der Politik", die nicht im „Umschichten von Aktenbergen auf dem Schreibtisch" bestehen dürfe, sondern zu „den Menschen hingehen", „vor Ort ihre Sorgen anhören" müsse. Das, so kalkulieren die Wahlkampfstrategen im hannoverschen SPD-Landesbüro, werde „Selbstherrlichkeit und Arroganz" um so deutlicher hervortreten lassen, welche den „Albrecht-Stil" kennzeichneten.

Derlei Vorwahlkampf-Motive erinnern an Johannes Raus Rezepte von Rhein und Ruhr. Es ist die Handschrift von Schröders Hauptberater Albrecht Müller, der einschlägige Erfahrungen nicht allein aus Nordrhein-Westfalen mitbringt, sondern schon aus dem „Willy"-Wahlkampf von 1972; später diente er den Kanzlern Brandt und Schmidt als Chef der Planungsabteilung in der Machtzentrale; zuletzt hervorgetreten ist Müller als SPD-Oberbürgermeister-Kandidat in Heidelberg. Das „Menschliche", so Müller, werde Schröders entscheidender Wahlkampfinhalt sein.

Dicker Minuspunkt

Nicht sehr menschlich muß es im Rundfunkrat des Norddeutschen Rundfunks (NDR) am letzten Wochenende zugegangen sein. Dieser nämlich bescherte Schröder einen dicken Minuspunkt. Im Juli hatte er dem NDR Funkhaus Hannover samt dort tätigen SPD-nahen Journalisten „CDU-Lastigkeit", „Regierungsabhängigkeit" und „Fernsteuerung aus der niedersächsischen Staatskanzlei" vorgeworfen.

Was als Kopfstoß des Hobby-Fußballers Schröder gegen die Regierung Albrecht gedacht war, ging los als Geringschätzung der Funkhaus-Mitarbeiter. Die SPD-Landesspitze machte keineswegs einen glücklichen Eindruck, denn ihr Rundfunkratsmitglied Reinhard Scheibe mag seinen stellvertretenden Vorsitz dort selbst kaum als Alibi für „angebliche staatsferne und parteiunabhängige Programmgestaltung" eingeschätzt sehen; der Wochenendsitzung blieb er fern. Ebenso wenig erbaut zeigten sich der stellvertretende NDR-Intendant Jobst Plog und der Hannoveraner Vize-Funkhausdirektor Peter Wien, beide bekannt als Schröders Partei-Freunde.

Wannagat gegen Gutachten Müllers

AP, Osnabrück

Eine Neuregelung des Paragraphen 116 im Arbeitsförderungsgesetz über die Zahlung von Kurzarbeitergeld an mittelbar von Streiks betroffene Arbeitnehmer ist nach Ansicht des früheren Präsidenten des Bundessozialgerichtes, Georg Wannagat, nicht nötig. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" widersprach Wannagat damit wenige Tage vor dem Spitzengespräch der Bundesregierung und der Tarifparteien dem Gutachten des ehemaligen Präsidenten des Bundesarbeitsgerichts, Gerhard Müller. Müller hatte das Gutachten im Auftrag der Regierung erstellt. Wannagat war als Präsident des Bundessozialgerichts bis 1984 für gerichtliche Entscheidungen über das Arbeitsförderungsgesetz zuständig.

Wannagat hielt dem Müller-Gutachten entgegen, wer in dem „hochsensiblen Bereich" der Arbeitskampffolgen etwas ändere, tue niemandem einen Gefallen. Die jetzige Regelung gebe den Gerichten die Möglichkeit, flexibel auf jede strittige Arbeitskampfsituation einzugehen. Eine vereinfachende Bestimmung, wie sie manche Politiker wünschten, wäre dagegen „einseitig und ungerecht". Damit könne der soziale Konsens gestört werden, und die Gerichte seien nicht mehr in der Lage, auf verschiedene Situationen angemessen zu reagieren.

Der Sozialrechtler wies die Annahme zurück, durch Zahlung von Kurzarbeitergeld werde die Bundesanstalt für Arbeit zur Streikkasse der Gewerkschaft. Wannagat vertrat die Ansicht, die Nürnberger Behörde könne auch durch „unrechtmäßige Verweigerung von Kurzarbeitergeld die Neutralität verletzen".

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall widersprach der Auffassung Wannagats, es solle in der Frage der Neutralität der Bundesanstalt bei der bisherigen Gesetzesfassung bleiben. Der jüngste Arbeitskampf in der Metallindustrie habe bewiesen, daß der Paragraph 116 des Arbeitsförderungsgesetzes keine klare Rechtsgrundlage für Entscheidungen der Bundesanstalt enthalte.

Der Alltag in Gorleben

Einzel-Untersuchungen des Salzstocks / Zeitdruck

EBERHARD NITSCHKE, Bonn

Hinter Gorleben stiegen große Luftballons auf und wurden in 35 Meter Höhe festgehalten. So hoch wird der Berg von 1,1 Millionen Kubikmetern Salz werden, der bis zum Ende der Erkundungsphase für ein mögliches Endlager radioaktiver Abfälle im Gorlebener Salzstock 1992 gefördert werden muß. Der Ballontest war der jüngste schon zahlloser Versuche, die künftige Halde in die Landschaft einzubinden. Jeder Vorschlag wird ernsthaft geprüft – selbst der, den gesamten Berg auf der Basis von rund 250 Metern im Geviert mit einem gleichhohen Erdwall zu umgeben.

Weitgehend unbeobachtet, weil in einem festungsartig gesicherten Terrain von 32 Hektar Größe, sind die Arbeiten an dem entstehenden Bergwerk unbeeinflußt von größeren Demonstrationen oder aktuellen juristischen Entscheidungen weitergegangen. Soeben fand im Rahmen der Salzstockerkundung ein wesentlicher Abschnitt sein Ende. Die „Gefrierlochbohrungen" um die beiden künftigen Schächte wurden abgeschlossen. Es handelt sich dabei um jeweils 43 kreisförmig angeordnete und verrohrte Löcher durch die rund 250 Meter tonig-sandiges Deckgebirge über dem Salzstock von 14 Kilometern Länge und etwa vier Kilometern Breite. Weil dieses Erdreich wegen seiner Zusammensetzung nicht mit normalen bergbautechnischen Mitteln abzubauen ist, wird es in monatelanger Prozedur gefroren und dann praktisch als vereistes Material abgefahren.

Nur bei positivem Ausgang der Untersuchungen könnte dann das Planfeststellungsverfahren eingeleitet werden, könnten die für die Endlagerung nötigen Grubenräume entstehen, könnte im Jahre 2000 die erste Einlagerung vorgenommen werden. Selbst angesichts dieses Zeitplans spricht Gernot Grübler von der durch die Physikalisch-Technische Bundesanstalt in Braunschweig mit Erstellung des Erkundungsbergwerks beauftragten „Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe mbH" (DBE) von „Zeitbedrängnis".

Denn bei der Aufgabe, die Daten so sorgfältig und umfassend zu erarbeiten, daß nach menschlichem Ermessen und nach dem Stand der Technik und Wissenschaft jede Schädigung von Mensch und Umwelt durch ionisierende Strahlen radioaktiver Abfallstoffe ausgeschlossen ist, hat man sich die penibelste Arbeitsmethode angewöhnt, die denkbar ist.

Für die rund 300 000 Kubikmeter dieser Abfälle, die bis zum Jahr 2000 in der Bundesrepublik aus Großforschungszentren und Krankenhäusern genauso wie aus Kernkraftwerken (gegenwärtig elf kommerziell betriebene) anfallen werden, wurden im möglichen, aber noch keineswegs gewissen Endlagergebiet 300 Quadratkilometer untersucht. Im Rahmen dieses „über Tage" stattfindenden Standort-Erkundungsprogramms richtete man bisher 321 Grundwassermeßstellen, 17 Oberflächengewässer-Meßstellen, 42 Salzspiegelbohrungen, vier Tiefbohrungen, zwei Schachtvorbohrungen und 156 Kilometer seismische Profiluntersuchungen ein. Grübler: „Der Gorlebener Salzstock ist dennoch erst durch einige Nadelstiche geprüft".

Was die DBE nun macht: Es werden von den beiden „Gefrierloch"-Schächten aus 25 Kilometer Strecken unter Tage vorgetrieben, der Salzstock wird in neun Erkundungsbereiche eingeteilt, 120 Kilometer werden die Vor- und Erkundungsbohrungen insgesamt betragen.

Ministerialdirektor Hans Peter Bochmann vom Bundesministerium des Innern, stellvertretender Aufsichtsrat der DBE, erklärte jetzt bei einer Besichtigungsfahrt im Bohrgelände: „Ein Gesundbeten von Gorleben, weil wir hier schon so viel Geld investiert haben, wird es nicht geben. Die Beamten, die nach Abschluß aller Untersuchungen das letzte Wort haben, werden korrekt agieren. Es gibt keinen Vorentscheid – jetzt wollen wir wissen, wie es da unten aussieht."

Theologe verläßt Kirchengremium

idea, Trier

Der Vorsitzende des Lutherischen Konvents im Rheinland, Superintendent Ernst Volk (Trier), hat seinen Rücktritt aus dem theologischen Ausschuß der der Evangelischen Kirche im Rheinland erklärt, weil seine Mitarbeit zunehmend als störend empfunden worden sei. Er begründete sein Ausscheiden in einem Brief an alle rheinischen Superintendenten. Es heißt darin, daß er „nur die Rolle eines Alibis zu spielen hatte, damit man sagen konnte, auch ein Konservativer habe mitberaten". Seine biblisch begründeten Argumente und seine Berufung auf die kirchlichen Bekenntnisse habe man „nie wirklich ernstgenommen".

Der Superintendent hatte seine Bedenken bereits im April in einem Brief an den Präses der rheinischen Kirche, Gerhard Brandt, ausführlich dargelegt. Unter anderem hatte Volk darin die „einseitige Haltung" in der Friedensfrage und die Befürwortung des Sonderfonds des Antirassismus-Programms des Weltkirchenrates kritisiert, aus dem auch gewaltanwendende Widerstandsbewegungen im südlichen Afrika unterstützt würden.

In der Friedensfrage hatte sich Volk vergeblich dafür eingesetzt, daß man ein „Nein zu Atomwaffen ohne jedes Ja" nicht zur Glaubensforderung erheben und behaupten dürfe, dies allein sei christlich geboten. Dies sei nicht Aufgabe der Kirche, da ihr das politische Mandat fehle.

Den Beschluß der Rheinischen Synode, daß auch Kirchensteuermittel an den Sonderfonds des Antirassismus-Programms überwiesen werden dürfen, bezeichnete Volk als eine vornehmlich „politische Option". Die Kirche sei aber „in ihrem Wesen vom Staat grundsätzlich unterschieden".

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

„Vertrauen als Schlüssel"

Blüm widerspricht Pauschalurteil über Ärzte und Apotheker

PETER JENTSCH, Bonn

Nach gut vierstündiger Diskussion zog Bundesarbeitsminister Norbert Blüm Bilanz und deutete damit zugleich sein politisches Programm zur Strukturreform der gesetzlichen Krankenversicherung an. „Der Arzt," korrigierte der Minister anderslautende Pauschalurteile infolge etwa der jüngsten Rezept- und Abrechnungsskandale, „ist immer noch näher beim Seelsorger als beim Kaufmann angesiedelt." Daraus folgerte der Minister den hohen Stellenwert des „Arzt-Patienten-Verhältnisses". Das „Vertrauens-Tandem" Arzt-Patient dürfe die „Politik durch keine Maßnahme untergraben".

Erkenntnisse eines Ministers nach einem Gespräch mit 15 Ärzten verschiedener Fachrichtungen und vier Apothekern. Nichts Besonderes? Wohl doch: Blüm, der auch im politischen Alltag nicht vergißt, daß Politiker ihr Ohr an des Volkes Stimme haben sollen, hatte nicht Verbandsfunktionäre und Lobbyisten geladen, sondern den Doktor von nebenan, den Stationsarzt aus dem Krankenhaus, den Apotheker von gegenüber. Und er hat jetzt fortgesetzt, was er immer tut, wenn er Reformvorhaben realisieren will. So, als er zum Beispiel im Zuge der Beratungen des Beschäftigungsförderungsgesetzes nicht allein Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften konsultierte, sondern Betriebsräte und Personalleiter an seinen Tisch bat.

Diesmal Ärzte und Apotheker: „Um einmal die ungefilterte Meinung der Betroffenen über ihre tägliche Arbeit, über Einflüsse und Entwicklungen, über das Mit- und Gegeneinander im Medizinbetrieb, über die Wirkungen gesetzgeberischer Maßnahmen und die Folgen des Verteilungskampfes um den immer knapper werdenden Honorarkuchen der Krankenkassen zu ermitteln."

Das Ergebnis des Gesprächs, das sich vornehmlich um die „Übermedikamentierung und die Überdiagnostizierung" drehte, um ein Überangebot von gesundheitlichen Leistungen also, lohnte den Zeitaufwand. Da prangerte ein Krankenhausapotheker die Praktiken der Pharmaindustrie an, den Kliniken kostenlos teure Arzneimittel zu überlassen, an die die Patienten dann gewöhnt würden. Aus dem Krankenhaus entlassen, beanspruchten diese Patienten im Falle einer weiter notwendigen Arzneitherapie von ihrem Hausarzt das gleiche (teure) Präparat, obwohl mit einem preiswerteren die Therapie ebenso erfolgreich fortgesetzt werden könnte.

Daß nicht immer die Fertigarzneimittel der Industrie der Weisheit letzter (und teuerster) Schluß sind, machte ein Apotheker deutlich. Mit einem Hautarzt in seinem Ort, der häufig eine einfache Salbe verordne, habe er sich geeinigt, diese Salbe selbst herzustellen, und zwar wesentlich preiswerter als ein vergleichbares Industriepräparat. Nach seinen Berechnungen habe er damit der gesetzlichen Krankenversicherung in einem Jahr Kosten in Höhe von rund 16 000 Mark erspart.

Einheitlich sprachen sich die niedergelassenen Ärzte gegen die „Gerätemedizin" in den Kassenarztpraxen aus. Der Zwang, diese Geräte zu amortisieren, erfordere ihren häufigen, nicht immer therapeutisch begründeten Einsatz. Folge: die Überdiagnostizierug verunsichere nicht nur die Patienten, sondern wirke kostentreibend.

Blüm vernahm die Worte gern. Er nannte das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patienten „den Schlüssel für die Erhaltung des Systems". Blüm: „Wer kein zentralistisch dirigiertes Gesundheits-Zwangs-System haben will, muß das Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient stärken." Womit er bereits andeutete, daß er nicht daran denkt, etwa eine Positivliste für Arzneimittel einzuführen, die die Therapiefreiheit des Arztes einschränkt. Aber er machte auch deutlich, daß Ärzte und Patienten „gemeinsam sparen müssen, wenn wir verhindern wollen, daß die Beiträge weiter steigen" und daß insbesondere Schluß sein muß „mit der Anspruchsmentalität der Versicherten".

Auch Vogt will kandidieren

WILM HERLYN, Düsseldorf

Der Wettbewerb um den Führungsanspruch in der rheinischen CDU ist durch die Kandidatur des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesarbeitsministerium, Wolfgang Vogt, voll entbrannt. Er erklärte gestern in Düsseldorf, er halte es für unumgänglich, daß in der CDU nicht nur die „Parteisoldaten" eine Chance haben sollen, sondern auch die Aktivisten in den Vereinigungen.

Vogt ist Landesvorsitzender der CDA im Rheinland, die eine dominierende Rolle in dem Landesverband spielt. Zwar hatte Bundeskanzler Helmut Kohl zwei Tage zuvor noch in Bochum gewarnt: „Wir sind in erster Linie CDU-Mitglieder und erst dann Mitglieder von Vereinigungen", doch stellte Vogt demgegenüber fest: „Starke Vereinigungen sind in der CDU unverzichtbar." Sie profilierten die Union als Volkspartei, und nur als Volkspartei sei die CDU mehrheitsfähig.

Die Vereinigungen seien die „Horchposten in der Gesellschaft". Darauf angesprochen, daß sich mit dem Krefelder Oberbürgermeister Dieter Pützhofen ebenfalls ein CDA-Mitglied um den rheinischen Vorsitz neben dem Amtsinhaber Bernhard Worms bewirbt, sagte Vogt lapidar: „Herr Pützhofen ist Mitglied der CDA, aber ich bin Vorsitzender. Er findet nicht die Unterstützung der CDA."

Seiner Partei machte er den Vorwurf, sie rede nicht über die Erfolge der von der CDU-geführten Bundesregierung in Bonn, sondern verbrauche ihre Zeit und Kraft mit Auseinandersetzungen und Spekulationen um Fragen, in denen sich der Bürger mit seinen Sorgen und Anliegen nicht wiederfinde. Er gehe gelassen in die von Worms für Freitag abend einberufene Konferenz der Kreisvorsitzenden und des Landesvorstandes, in der eine Vorentscheidung über die drei Kandidaten fallen wird. Nur Pützhofen hat sich gegen eine „Probeabstimmung" ausgesprochen, weil er eine präjudizierende Wirkung auf die Delegierten des Parteitages am 17. Oktober befürchte.

Warum die Fälle Brandt und Leber nicht mit der Spionageaffäre Tiedge vergleichbar sind

Von WERNER KAHL

Sieben Jahre nach dem vorzeitigen Abgang Georg Lebers aus dem Amt des Bundesverteidigungsministers fällt heute im Bundestag wieder der Schatten seines Rücktritts auf die erste Parlamentsdebatte nach der Sommerpause. Die SPD will den Rücktritt von Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) und brachte deshalb schon in der letzten Woche die Fallbeispiele Georg Leber (MAD-Affäre) und Willy Brandt (Guillaume) in die innenpolitische Auseinandersetzung ein. „Die Schlammschlacht hat begonnen", mokierte sich gestern die alternative „Tageszeitung" über die parteipolitische Munitionierung für die heutige Bundestags-Sondersitzung zu dem Skandal um den Verfassungsschutz-Regierungsdirektor Tiedge.

In der langen Chronik der Affären des Verfassungsschutzes verdienten bisher nach Ansicht des ehemaligen Leiters der Abteilung „Öffentlichkeitsarbeit" des geheimen Nachrichtendienstes, Hendrik van Bergh, nur zwei die Bewertung „Geheimdienstskandal": der Fall John (1954), in dem Verfassungsschutzchef Otto John im Sowjetsektor Berlins auftauchte und sich die Propaganda des Kreml gegen die Bundesrepublik Deutschland zu eigen machte, sowie der Fall Guillaume (1973).

Nach den ungeschriebenen Kriterien eines Skandals erfüllt zweifellos die Affäre um den Kölner Regierungsdirektor bei der Spionageabwehr, Hans Joachim Tiedge, die Voraussetzungen für die Einreihung in die Skandalchronik des Amtes. Wie steht es aber nach der Entlassung des Amtschefs Heribert Hellenbroich mit der weiteren politischen Verantwortlichkeit, will die Opposition wissen, die den Fall Tiedge in Parallelität zu den Rücktritten des damaligen Bundeskanzlers Willy Brandt und Georg Lebers behandelt wissen will.

Frage der Verantwortung

Im Fall Tiedge hat der bisherige Verfassungsschutzpräsident Hellenbroich die Verantwortung, daß der Beamte wegen seiner privaten Lebensführung nicht auf einen anderen Platz versetzt oder gar entlassen wurde, uneingeschränkt übernommen. Vor den Fernsehkameras versicherte Hellenbroich ferner, er würde, erneut mit dem Fall konfrontiert, wieder so entscheiden. Aus Gründen größtmöglicher Abschirmung geheimdienstlicher Aktionen des Verfassungsschutzes sei auch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann nicht mit den Sorgen um Tiedge befaßt worden, erklärte Hellenbroich.

Was zum Vergleich die Affäre Guillaume angeht, so beklagte Hellenbroichs Vor-Vorgänger Günter Nollau 1975 in einem Artikel im „Stern", daß der damalige unmittelbare Vorgesetzte des BfV-Präsidenten, Bundesinnenminister Hans-Dietrich Genscher, ihm, Nollau, offenbar keinen Glauben geschenkt habe. („Mein größter Fehler war, daß ich mich nicht vergewissert habe, ob mir mein Minister glaubt.")

Vorangegangen waren jedoch Sicherheitsüberprüfungen Guillaumes durch den Verfassungsschutz, bei denen der Agent G. immer wieder durch das Sieb schlüpfen konnte.

Zur Vorgeschichte der Affäre Guillaume gehört die Verbindung des damaligen Verfassungsschutzpräsidenten Nollau zu Herbert Wehner, dem SPD-Fraktionsvorsitzenden. Nollau habe Wehner stets mit „Spezialinformationen über verdächtige Genossen versorgt", meldete der „Spiegel". Es sei ohnehin die Neigung des BfV-Chefs gewesen, so die „Bonner Rundschau", „nicht nur die Agentenjagd, sondern auch die politische Konspiration zu forcieren". Nollau informierte Bundesinnenminister Genscher und dieser Bundeskanzler Willy Brandt im Frühjahr 1973 darüber, daß das Ehepaar Guillaume der Spionage verdächtig war. Nur Beweise fehlten angeblich noch für die Überführung. *Bei diesem Erkenntnisstand stimmte* Brandt zu, Guillaume in seiner Funktion zu belassen, um Beweise zu sammeln ... Aber Brandt glaubte nicht so recht an den Spion Guillaume. So nahm der Bundeskanzler den Agenten im Sommer 1973 auf seiner Urlaubsreise nach Norwegen mit, ohne daß Sicherungen gegen den Verrat von Staatsgeheimnissen eingebaut wurden.

Im Gegenteil: Guillaume hatte als Referent Brandts die Aufsicht über die zwar chiffriert aus Bonn in den Urlaubsort übermittelten, aber dort entschlüsselten Fernschreiben. Der Staatsschutzsenat des Düsseldorfer Oberlandesgerichts stellte im Prozeß gegen den Spion fest, Guillaume habe nachweislich Staatsgeheimnisse an die „DDR" verraten, die ihm während des Urlaubs von Willy Brandt in Hadamar zugänglich gemacht worden waren. Am 24. April 1974 wurde das Ehepaar Guillaume schließlich festgenommen; zwei Wochen später trat Brandt unter dem Druck der von Wehner verfolgten Politik, den in der Wähler- und Genossengunst gefallenen Brandt abzulösen, zurück. Zur Begründung diente der Fall G.

Die mangelnde Beziehung der politischen Aspekte des Falles Tiedge zu der Affäre des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), für die Verteidigungsminister Georg Leber die politische Verantwortung übernahm, ist ebenso – wie beim Vergleich mit der Guillaume-Affäre – unverkennbar. Leber begründete 1978 den Rücktritt damit, daß er die Verantwortung für eine Abhöraktion des MAD im Grenzbereich der Rechtsstaatlichkeit übernahm. Nach der Darstellung des Ministers hatte der militärische Geheimdienst 1976 zehn Tage lang das Frankfurter Büro des Soldaten- und Reservistenkomitees des „Kommunistischen Bundes Westdeutschland" (KBW) mit einer „Wanze", einem versteckten Mikrofon, abgehört. Das Komitee war dafür bekannt, daß es in der Bundeswehr Zersetzung betreibt.

Der Lauschangriff war Leber kurz vor einer Bundestagsdebatte am 26. Januar 1978 auf seine Anfrage hin vom MAD zur Kenntnis gebracht worden. Die Installation einer „Wanze" in dem Komitee-Raum erschien dem Nachrichtendienst nach dem Wortlaut des Artikels 13 des Grundgesetzes und nach den bis dahin üblichen Vorstellungen nicht als Eingriff in den gesetzlich geschützten Bereich der Wohnung. Aus diesem Grund wurde dieser Fall auch nicht in der Debatte der Abgeordneten im Bundestag mitgeteilt.

Verfassungswidrig

Die juristische Auswertung des Falles, die Leber selbst angeordnet hatte, ergab jedoch am 31. Januar 1978, daß Rechtsprechung und Rechtslehre den Begriff Wohnung weiter fassen, als es nach dem Wortlaut des Artikels 13 GG bis dahin angenommen worden war. Die Rechtsprechung machte keinen Unterschied zwischen einer Wohnung und Geschäftsräumen. Das Büro ist demnach Teil der Privatsphäre des Menschen. Daraus ergab sich, daß der Einbau von Abhörmitteln in dem Frankfurter Büro ein Eingriff in das Grundrecht der Verfassung war.

Minister Leber kam nach dieser Definition zu der Erkenntnis, daß der verfassungswidrige Eingriff in den geschützten Raum nicht mit dem Amtseid bei seiner Berufung in die Bundesregierung zu vereinbaren sei. Das Argument, das jetzt der SPD-Fraktionsvorsitzende Vogel in die Schlacht um Zimmermann einbrachte, Leber sei in ähnlicher Lage als Verteidigungsminister zurückgetreten, sticht deshalb nicht.

Lebers Rücktrittsschatten dürfte heute im Plenarsaal des Bundestages eher auf die eigenen Genossen, und besonders auf den linken Flügel, zuwandern. Aus dieser Ecke war dem mit Respektbezeugungen auch von den politischen Gegnern aus dem Amt geschiedenen Politiker bereits vor seiner Entlassung der Stuhl weggezogen worden. Die „Frankfurter Rundschau" bemerkte über den Rücktritt, dies sei eben „nicht die böse Tat der Opposition (damals CDU/CSU – die Redaktion) oder anderer finsterer *Mächte gewesen*".

Auch beim Straßenbau ist Recycling das Gebot der Stunde: Der abgetragene Boden kann jetzt mit neuartigen Verfahren gleich wieder für den Unterbau verwendet werden. So spart man große Mengen Kies, die bislang eingesetzt werden mußten.

Wenn beim Bau neuer Straßen die Müllkippe entlastet wird



Beim Straßenbau werden oft große Mengen Kies verschwendet FOTO: VOLLMER

Von HARALD STEINERT

Der moderne Straßenbau kommt mehr und mehr von den massiven Tragschichten aus Kies ab, die bis in die sechziger Jahre allgemein in Europa üblich waren: Man verwendet heute den Boden, der bei der Erstellung des Straßenunterbaus anfällt, direkt wieder als Tragschicht des Oberbaus, nachdem man ihn homogenisiert sowie durch Bindemittel stabilisiert und verdichtet hat.

Als Bindemittel wird im allgemeinen Zement verwendet, für sehr hoch tonhaltige Böden auch Kalk. Zur Zeit arbeitet man am „Institut für Grundbau und Bodenmechanik" der Eidgenössischen Technischen Hochschule in Zürich daran, die Stabilisierung durch eine höhere mechanische Verdichtung zu ersetzen.

Bei der Herstellung der Gründungsschicht unter der Straßendecke wurde bis in die 60er Jahre eine zementgebundene Kiesschüttung verwendet, die eine Stärke von 80 bis 100 Zentimetern besaß. Der Nachteil dieser Bauweise lag in den enormen Mengen von Kies, die dazu benötigt wurden. Der Straßenbau nach der alten Methode erforderte soviel Material, daß man die Autobahnen der Schweiz heute schon als die „größten Kiesvorkommen des Landes" apostrophiert: Ein einziger Meter Autobahn enthält etwa zehn Kubikmeter Kies.

In den letzten beiden Jahrzehnten ist man daher von dieser Kiesverschwendung immer mehr abgegangen und benutzt den für den Straßenbau ausgehobenen Boden als Baumaterial für das Straßenfundament. Dieser Boden wird, soweit möglich, in größeren Lagern gesammelt und dort gemischt: Bei einem zur Zeit in der Schweiz laufenden Projekt wird z. B. der Aushub einer acht Kilometer langen Trasse homogenisiert.

Dabei werden zunächst die großen Gerölle und Geschiebe zerkleinert, wie sie in der Schweiz und im deutschen Alpenvorland sowie in Norddeutschland überall vorkommen. Dieses gemischte Material wird dann durch Zugabe von drei bis vier Prozent Zement stabilisiert (d. h. 70 Kilogramm pro Kubikmeter Boden). Wenn das Material sehr lehmhaltig ist, wird die Zugabe auf 100 kg erhöht (Zum Vergleich: Beton enthält etwa 300 Kilogramm Zement pro Kubikmeter).

Dieses Gemisch wird dann auf die vorbereitete Straßentrasse aufgebracht und durch Walzen verdichtet. Ein gewisser Wassergehalt ist Voraussetzung dafür, daß die Verdichtung möglichst wenig Energie kostet. Für Böden mit sehr hohem Tongehalt wird anstelle von Zement Kalk zur Stabilisierung verwendet.

Auch Schlacke kann als Untergrund dienen

Diese Methode für die Herstellung der Tragschicht ist inzwischen schon zum Standard geworden; sie wird jetzt in verschiedene Richtungen weiterentwickelt: So beginnt man, statt des Bodenaushubs auch Fremdmaterialien zu verwenden. Dazu kann beispielsweise die Schlacke einer Müllverbrennungsanlage dienen. Auf diese Weise werden die Straßen demnächst möglicherweise als Nebenfunktion zu einer Mülldeponie umfunktioniert.

Außerdem erscheint es möglich, auf die Zugabe des Bindemittels für die Bodenstabilisierung ganz zu verzichten, wenn man das Material noch stärker verdichtet. Dabei werden die Körner des Bodenmaterials systematisch zerbrochen, so daß sie alle Lükken zwischen den übrigen Körnern ausfüllen und das Gesamtgefüge verstärken. Diese „Hochverdichtung" erfordert zwar einen höheren Energieaufwand als das Standardverfahren, und das Raumgewicht der Schicht wird nur minimal verringert, doch eine Verringerung um nur ein Prozent erhöht die Tragfähigkeit um ein Vielfaches.

Eine erste, 150 Meter lange Versuchsstrecke zum Vergleich einer durch Hochverdichtung und einer mit Zementstabilisierung hergestellten Tragschicht existiert seit Oktober 1984 am „Weininger Kreuz" bei Zürich, einer vom Verkehr stark belasteten Straße.

Die Anregung für diese Verwendung der Hochverdichtung erhielt das ETH-Institut bei „Entwicklungsarbeiten" in seiner „Außenstelle" in Abidjan (Elfenbeinküste): Dort arbeitet seit einigen Jahren eine Gruppe unter Professor Franco Balduzzi, nachdem das Zürcher Institut von Schweizer Straßenbaufirmen um Unterstützung gebeten worden war. Für die Konstruktion der Straßen, die in dem Land gebaut werden sollten, standen anfangs nur Bau-Normen und Materialuntersuchungstechniken zur Verfügung, wie sie in gemäßigten Klimazonen angewandt werden. Das führte zu überteuerten Projektlösungen, z. B. durch Verwendung von Zement, der vollständig importiert werden mußte.

Die Züricher Geotechniker des „ETH-Büros" fanden bei einer Erkundung der Böden dieses Landes, daß die „Lateritböden", die in dem tropischen Klima unter Anreicherung von Aluminium an der Bodenoberfläche entstehen, auf weiten Flächen harte, kiesartige Bestandteile enthalten, die als „Lateritkies" hochwertige Baustoffe für den Straßenkörper darstellen. Mit diesen Kiesen, gebunden mit Zement, wird inzwischen in großem Umfang gebaut.

Allerdings sind diese Materialien nur immer in dünnen Schichten (20 bis 100 Zentimeter) auf den Straßentrassen vorhanden. Man muß deshalb an den Seiten der Straßen das Doppelte der geplanten Breite ausheben, um genügend Material für den Straßenkörper zu erhalten.

Straßen in Afrika als Vorbild für Europa?

So entstehen seitlich der Straße breite Bodenflächen ohne Pflanzenbedeckung, die stark erosionsgefährdet sind. Zwar wird die sehr dünne Humusschicht vor der Gewinnung des Lateritkieses abgeräumt (sie hat oft nur Stärken von weniger als einem Dezimeter) und wieder über die abgeräumte Fläche ausgebreitet. Doch der Anbau normaler Kulturpflanzen oder die Anpflanzung von Bäumen stößt auf Schwierigkeiten, weil der freigelegte Lateritboden sehr aluminiumhaltig ist und viele Pflanzenwurzeln durch dieses Element geschädigt werden.

Die Zürcher Geotechniker haben aber in Zusammenarbeit mit einer an dem Büro tätigen Botanikerin jetzt eine Kulturpflanzenkombination gefunden, die auf den abgeräumten Lateritkiesböden gedeiht: Dazu gehört vor allem Taro, eine Art von Süßkartoffel. Auf Grund der Erfahrungen der Wissenschaftler bei diesem Entwicklungshilfeprojekt konnte dann das Hochverdichtungsverfahren auch in Europa beim Straßenbau eingesetzt werden.

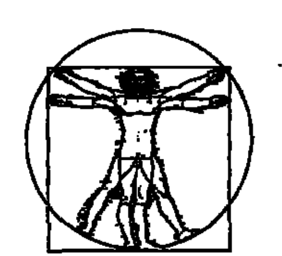
NOTIZEN

Aus für Impfpistolen?

Berlin (DW.) – Das Bundesgesundheitsamt (BGA) empfiehlt, zumindest vorläufig bei Impfungen auf die Anwendung von Impfpistolen zu verzichten. Statt dessen sollen in Zukunft bevorzugt Einwegspritzen benutzt werden. Die Empfehlung wurde im Einvernehmen mit dem Hersteller der in der Bundesrepublik vertriebenen Impfpistolen getroffen. Der Grund: Nur bei der Verwendung von Spritzen, die ein einziges Mal verwendet werden, kann einen Infektion mit dem HTLV III-Virus, dem sogenannten Aids-Virus, ausgeschlossen werden.

Moderne Kohlenwäsche

Unna (D. T.) – Eine mehr als 50 Jahre alte Abraumhalde in Unna wird jetzt noch einmal „aufgearbeitet", um die in ihr enthaltenen Kohlebestandteile zu verwerten. Ihr Anteil in alten Halden ist teilwese erheblich, weil die „Kohlenwäsche" in früheren Jahrzehnten mit einer sehr viel geringeren Ausbeute als



heute üblich arbeitete. Möglich macht dies eine neuentwickelte mobile Separiermaschine, die Gesteinsmaterialien unterschiedlichen spezifischen Gewichts trennen kann. Die so gewonnene Kohle wird an Heizkraftwerke verkauft.

Luft-Ballon-Ausstellung

Frankfurt (DW.) – Vom 11. September bis 20. Oktober ist auf der Airport Gallery des Frankfurter Flughafens die Ausstellung „Luft-Ballone" zu sehen. Die Besucher können auf rund 1800 Quadratmetern der Empore in der Abflughalle B annähernd 500 Ausstellungsstükke besichtigen. Die Exponate erinnern an die erste bemannte Luftfahrt in Deutschland, die am 3. Oktober 1785 der Franzose Jean Pierre Blanchard in einem Gasballon von Frankfurt aus unternommen hat. (Öffnungszeiten: täglich 10-18 Uhr; der Eintritt ist frei).

Ramponiertes Paradies

Niedersachsen beschließt Pläne zur Rettung des Dümmers

Von MICHAEL JACH

Mehrere zigmillionen Mark" muß sich nach Schätzung von Ministerpräsident Ernst Albrecht das Land Niedersachsen die Rettung des Dümmer-Sees im südoldenburgischen Landkreis Diepholz kosten lassen. Der derzeitige Zustand des zwölf Quadratkilometer großen Eiszeit-Restsees, der mit dem 45fachen der zuträglichen Phosphat-Grenzwerte überdüngt ist, läßt befürchten, daß er ohne entschlossene Sanierungsmaßnahmen in etwa 80 Jahren vermoort und verlandet wäre.

Nordwestdeutschland würde damit um ein 1971 von der Unesco anerkanntes Naturschutz-„Feuchtgebiet von internationaler Bedeutung" ärmer; Erholungsuchende, Wassersportler, Naturfreunde aus einem über Niedersachsen bis weit ins westfälische Sauerland, ins Ruhrgebiet und Rheinland hineinreichenden Einzugsgebiet hätten zudem ein Paradies verloren.

Im ökologischen Sinne indes kann der Zustand des Dümmers schon seit Jahren kaum mehr als paradiesisch gelten. Die Überdüngung (Eutrophierung) des nur bis zu drei Meter tiefen Sees verursacht ein unkontrolliertes Massenwachstum von Algen. Im stark getrübten Wasser fehlt den Unterwasserpflanzen das nötige Licht, sie sterben ab und bilden dicke Faulschlamm-Schichten, die unter Sonneneinstrahlung ihrerseits wieder Phosphat freisetzen – ein Eutrophierungs-Kreislauf, der sich teilweise verselbständigt hat.

2,3 Millionen Kubikmeter Schlamm bedecken den Boden des Dümmerbeckens, jährlich kommen 60 000 Kubikmeter hinzu. Die seit einigen Jahren betriebene Schlammbaggerei erscheint eher als eine Maßnahme der Ratlosigkeit; außerdem verursacht sie Deponieprobleme.

Wohin mit der Gülle?

Die Verantwortung für die Misere haben sich Interessengegner und Betroffene in den Nachbarlandkreisen Diepholz und Vechta – Landwirtschaft, Fremdenverkehr, Gewässer- und Landschaftsschutz – jahrelang gegenseitig zugeschoben.

Vor allem die südoldenburgische Landwirtschaft – Verächter sprechen von „Agrarindustrie" – wird Einschnitte hinnehmen müssen. Die im Raum Vechta/Diepholz entstandene Schlachtvieh-Massenaufzucht bringt große Mengen Gülle (flüssiger Kot) hervor, die herkömmlich als Naturdünger genutzt wurde. Die Überfülle indes brachte das Umland des Dümmers inzwischen in den Ruf einer „Gülledeponie".

Dahinter verbirgt sich eine doppelte Zwangslage besonders der kleineren Landwirte, deren Betriebe im Südoldenburgischen immerhin je 2000 Menschen ernähren: Seit Rindviehhaltung auf Grünland zunehmend unrentabel wurde, haben sie ihre Höfe auf Stallhaltung von Schweinen und Geflügel umgestellt; die Wiesenflächen dienen seither zur Gülle-Unterbringung oder werden in Anbauflächen für Futtergetreide, vor allem ertragreichen Mais, umgewandelt, die ihrerseits mit Gülle gedüngt werden.

Die Phosphatlast steigt

Die aus intensiver Viehzucht anfallende Gülle allerdings übersteigt die zuträglichen Dungmengen bei weitem. Immer wieder werden Verstöße gegen den ohnehin weitherzigen Gülle-Erlaß der Landesregierung ruchbar.

Zudem haben die Bauern zur Erweiterung ihrer Aufbringungsflächen viele Hektar Niedermoore und Feuchtwiesen vor allem in der westlichen Dümmerniederung erschlossen. Folge: Neben dem Verlust einzigartiger Feuchtland-Biotrope steigerte sich die Phosphatlast der den Dümmer von Süd nach Nord durchfließenden Hunte unablässig; Strömungsgeschwindigkeit und Selbstreinigungskraft des Sees, sehr begrenzt infolge der in den fünfziger Jahren gebauten Hochwasserschutz-Deiche, sind überfordert.

Die Bauernverbände der Region leugnen die Zusammenhänge nicht. Klarheit verlangen sie allerdings darüber, wie ihre ohnehin schwierige Existenz gesichert wird. Welche Belastungen der nach Hunderttausenden zählende Fremdenverkehr verursacht, bleibt eine unbeantwortete Frage.

Nach der „Dümmerkonferenz" ließ Ministerpräsident Albrecht erste Konturen des Sanierungskonzepts erkennen: Moor- und Feuchtland soll durch Aufkauf für den Naturschutz gesichert, überschüssige Gülle mit Landeszuschuß verkauft und abtransportiert werden. Noch intensivere Viehzucht sei zu verhindern. Zur Reinigung der Dümmer-Zuflüsse durch natürliche Bindung der Nährstoffe werden „Schilfpolder" angelegt. In den neunziger Jahren, heißt es hoffnungsvoll, könne der Dümmer „aufatmen".

Mexiko feiert Unabhängigkeit und redet über die endlose Krise

WERNER THOMAS, **Mexico City**

Die Reforma, die prächtigste und schönste Straße der mexikanischen Hauptstadt, trägt ein festliches Kleid. Girlanden, Fahnen und Fähnchen, alle in den Landesfarben Grün-Weiß-Rot, schmücken den breiten Boulevard. Poster verkünden patriotische Parolen: „Das Vaterland kommt zuerst."

Die große lateinamerikanische Nation erlebt wieder eine Phase der Feiern. Sie begann am Sonntag mit dem Bericht des Präsidenten de la Madrid. Sie endet am 15. September mit dem Unabhängigkeitstag. Eine runde Zahl diesmal, 175 Jahre. Die ersten Septembertage sind traditionell eine Zeit der Bilanz und der Bestandsaufnahme. Die dritte Regierungserklärung des mexikanischen Präsidenten Miguel de la Madrid aber hat keine Überraschungen gebracht. Die dreistündige Rede glich über weite Srekken einem trockenen Rechenschaftsbericht mit ermüdendem Zahlenmaterial. Die wichtigste Mitteilung: Mexico, nach Brasilien das höchstverschuldete Land der Dritten Welt (etwa 100 Milliarden Dollar), lehnt nach wie vor Kartellgedanken und einseitige Moratorien ab. Die Nation empfiehlt weiter den Weg des Dialoges. Besorgte Gläubiger dürfen aufatmen.

Explosive Verhältnisse

Skepsis beherrscht die Stimmung. Die Leute reden über „La Crisis", die Krise. Gemeint ist die wirtschaftliche Durststrecke, die nicht kürzer werden will. Das – wiederum nach Brasiien – zweitgrößte Land Lateinamerikas leidet immer noch unter den bitteren wirtschaftlichen Rückschlägen. Es herrschen explosive soziale Verhältnisse. Die Häfte der erwachsenen Bevölkerung ist arbeitslos oder unterbeschäftigt. 60 Prozent der Kinder bis zum sechsten Lebensjahr sind unterernährt. Nur 25 Prozent der Mexikaner wohnen in angemessenen Wohnungen. Das Volk, zur Zeit 77 Millionen, wächst um mindestens drei Prozent im Jahr, so zuverlässige inoffizielle Schätzungen. Der Staat müßte jedes Jahr eine Million neue Arbeitsplätze schaffen, er schafft lediglich 200 000. Die Inflationserwartung für 1985: mindestens 60 Prozent.

Mexico City, die größte Stadt der Welt, die zwischen 17 und 18 Millionen Einwohner zählt, manche Schätzungen liegen noch höher, verbreitet Krisenatmosphäre. Arbeitslose Menschen bevölkern die Straßen. Manche verdienen als Feuerschlucker an den Kreuzungen auf gefährliche Weise ihr Brot. Ärmlich gekleidete Kinder tanzen, singen oder pfeifen, die Eltern kassieren. Indio-Frauen mit traurigen Gesichtern und hungrigen Babies betteln. Entlassene Beamte protestieren auf dem riesigen Zocalo-Platz, wo der Präsidentenpalast, das Rathaus und die älteste Kathedrale des amerikanischen Kontinentes stehen.

Täglich strömen mehr als 1000 Landflüchtlinge in diese bereits hoffnungslos überfüllte Mammutmetropole, auf der Suche nach einem besseren Leben. Die Verbrechen steigen rapide, obwohl die Presse diese Probleme herunterspielt. Viele Leute verlieren das Vertrauen. Die Kapital*flucht hält an. Es fließt mehr Geld ab,* als ins Land kommt. Die englischsprachige Zeitung „The News" erinnerte dieser Tage in einem Leitartikel zur Wirtschaftslage daran, daß reiche Mexikaner in den letzten drei Jahren in nur zwei Regionen Südkaliforniens 32 000 Bankkonten eröffnet haben.

Längst wird nicht mehr von der moralischen Erneuerung gesprochen, von dem zu Beginn der Amtszeit de la Madrids angekündigten Kampf gegen die Korruption. Mexikanische Freunde erzählen, daß uniformierte Polizisten mit gezückten Pistolen Autofahrer und Passanten überfallen. Jorge Diaz Serrano, der ehemalige Chef des staatlichen Ölkonzerns Pemex, dem die Unterschlagung von 34 Millionen Dollar vorgeworfen wird, wartet weiter in einer luxuriösen Zelle des Refugio-Gefängnisses auf seinen Prozeß. Der einst zum Kreis der Präsidentschaftskandidaten zählende Mann blickt seinem Schicksal gelassen entgegen. Er versicherte in einem Interview, er würde sich bald wieder der Freiheit erfreuen.

Die Parlaments- und Gouverneurswahlen am 7. Juli sind noch nicht vergessen. Sie liegen wie ein düsterer Schatten über der „Partei der Institutionalisierten Revolution" (PRI), die seit 1929 in Mexico die Macht ausübt.

Brüchige Hängebrücke

Die PRI behauptete wohl ihre dominierende Position, und die konservative „Nationale Aktionspartei" (PAN) konnte auch diesmal einen Gouverneurssitz erobern. Diplomatische Beobacher glauben jedoch, daß erneut kräftig manipuliert worden war.

Kann sich die PRI noch erneuern? Ist sie in der Lage, soziale Explosionen zu verhindern? Besorgte Mexikaner wie der Dichter Octavio Paz, sehen nur eine Rettung für die Regierungspartei: eine demokratische Öffnung. Solche Ratschläge finden jedoch bisher kein Gehör.

Es hat keinen anderen Präsidenten der jüngeren Vergangenheit gegeben, der bereits im dritten Jahr seiner sechsjährigen Amtszeit vor so kritischen Problemen stand. Normalerweise geht es erst in der letzten Etappe eines Sexenniums abwärts, wenn die Staatschefs ihren Elan und ihre absolute Machtposition verlieren. Die Zeitschrift „Siempre" zeichnete de la Madrids delikate Situation mit einer Karikatur auf der Titelseite: Der Präsident schreitet auf einer brüchigen Hängebrücke, die über einen Fluß führt. Über ihm lauern Geier, unter ihm Krokodile. Im Hintergrund tobt ein Gewittersturm. (SAD)

Pol Pot gab Oberbefehl über Rote Khmer ab

dpa/AFP, **Bangkok**

Pol Pot, mit dessen Namen sich der Tod von bis zu zwei Millionen Menschen im kommunistisch beherrschen Kambodscha verbindet, hat gestern den Oberbefehl über die jetzt gegen die Vietnamesen im Dschungel kämpfenden Roten Khmer abgegeben, teilte der Rundfunksender dieser Gruppierung mit. Zum Nachfolger wurde Verteidigungsminister Son Sen berufen, der sein bisheriges Amt beibehält. Das von Pol Pot geleitete „Militärkommitee des Demokratischen Kamputschea" wurde aufgelöst. Der 60jährige Pol Pot sei mit Erreichen der Altersgrenze aus dem aktiven Dienst ausgeschieden und übernehme jetzt die Leitung eines „Forschungsinstituts für nationale Verteidigung".

Der seit 1980 als Regierungschef fungierende Khieu Samphan wurde ohne genauere Angaben über seine künftigen Funktionen zum „Präsidenten der Demokratischen Partei Kamputscheas" ernannt. Er ist seit 1982 auch stellvertretender Regierungschef der von Prinz Norodom Sihanouk geleiteten anti-vietnamesischen Dreierkoalition, die in der UNO als rechtmäßige Vertretung Kambodschas anerkannt wird.

Ein Sprecher Sihanouks begrüßte die Ablösung Pol Pots als Oberbefehlshaber der Roten Khmer. Die Roten Khmer sind mit 30 000 bis 40 000 Kämpfern die stärkste Gruppe der Koalition, die gegen die 150 000 bis 170 000 vietnamesischen Besatzungssoldaten kämpft. Beobachter vertraten die Meinung, daß die „Pensionierung" Pol Pots Teil der Bemühungen sein könnte, indirekte Friedensgespräche über Kambodscha in Gang zu bringen.

Nur einmal ließ sich der „Preuße vom Niger" in die Karten blicken

Mit Härte, Disziplin und westlicher Hilfe regiert Präsident Kountche den Staat Niger

Von BERND RÜTTEN

Als General Seyni Kountche Anfang Oktober 1983 zu Besuch in Paris weilte, passierte ihm, was so vielen afrikanischen Staatschefs bei Auslandsaufenthalten droht: Zu Hause wurde geputscht. Es blieb beim Versuch. Aber die Umstände dieses Versuchs sind nach wie vor interessant. Der Präsident der Republik Niger, der den vom früheren deutschen Botschafter Ganns erfundenen Beinamen, „Der Preuße vom Niger", als Inbegriff der Disziplin und Integrität wie einen Ehrentitel trägt, dieser Präsident muß damals einem „schwarzen Rasputin" verfallen gewesen sein, der das Gegenteil von ihm war. Leutnant Amadou Oumarou, genannt „Bonkano", offiziell nichts weiter als Berater für Sicherheitsfragen, hatte das absolute Vertrauen des Präsidenten und einen Einfluß, der an Allmacht grenzte. Ohne ihn lief nichts, und wenn etwas laufen sollte, so ließ er es sich teuer bezahlen. Als sein Staatsstreich gescheitert war, floh er ins Ausland.

Das war das einzige Mal, daß politische Beobachter einen Blick hinter das Bild von Härte und Disziplin werfen konnten, mit denen Kountche den Binnenstaat im westafrikanischen Sahel-Gebiet regiert, der fünfmal so groß ist wie die Bundesrepublik, aber nur 1,5 Millionen Einwohner hat und zu 90 Prozent aus Wüste besteht. Der hagere, bescheiden auftretende Fünfziger nimmt sich gegenüber den meisten anderen afrikanischen Staatschefs positiv aus. Vor allem ist es sein großes Verdienst, daß er der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln schon höchste politische Priorität eingeräumt hatte, als seine afrikanischen Kollegen noch lange nicht zu der Erkenntnis gekommen waren, daß dies absolut notwendig ist. So hatte Niger als einziges Land im von Dürre geplagten Sahel wenigstens zeitweise Nahrungsmittelselbstversorgung erreicht und als Ende der sechziger Jahre der Preis für Uran weltweit anzog – Niger ist der fünftgrößte Uranproduzent der Welt – erlebte das arme Land sogar einen kleinen Wirtschaftsboom, von dem noch heute einige Prachtbauten in der Hauptstadt Niamey Zeugnis ablegen. Doch seitdem sind die Uranpreise rapide verfallen.

Uniform trägt der selbsternannte General nur noch selten, doch sein



Zum Staatsbesuch in Bonn: Präsident Kountche
FOTO: A. REMDE

Regierungsstil ist unverkennbar militärisch, ja sogar polizeistaatlich. So ist es kein Geheimnis, daß in Niamey die Telefone abgehört werden. Aufbauend auf den traditionellen Dorfgemeinschaften, die noch immer stark sind, hat er sein Land mit einer pyramidenförmig gegliederten politischen Struktur überzogen, die bewußt bei sozialistischen Vorbildern Anleihen macht. Er nennt sie „Entwicklungsgesellschaft". Doch in Außen- und Wirtschaftspolitik ist er westlich orientiert und hat vor allem nicht den Fehler begangen, durch Aufblähung des Staatsapparates die private Wirtschaftsinitiative zu ersticken.

Durch die ehrgeizigen Pläne des libyschen Revolutionsführes Khadhafi, seinen Machtbereich zu erweitern, hat Niger unversehens strategische Bedeutung erhalten. Niger grenzt an den Süden Libyens, das bereits die nördliche Hälfte des benachbarten Tschad besetzt hält. Obwohl Libyen seit Februar 1985 wieder eine Botschaft in Niamy unterhält, sind die Beziehungen gespannt. Noch im Juni startete ein Tuareg-Kommando einen Überfall, der mit libyscher Unterstützung vom Sohn des früheren Präsidenten Hamani Diori geplant gewesen sein soll. Dieser, von Kountche 1974 in einem Staatsstreich gestürzt, dann in Gewahrsam gehalten und zwischenzeitlich befreit, lebt jetzt wieder unter Hausarrest in Niamey. Die Tuareg stellen für Kountche ein Problem dar, weil sie wie alle Nomaden sich der Integration in einen Nationalstaat entziehen. Khadhafi hat sie vor einigen Jahren mit libyschen Pässen ausgerüstet und benutzt den in Tripolis residierenden Sohn Dioris, um Kountches Regierung zu destabilisieren.

Vor allem die USA unterstützen daher Kountche mit Entwicklungshilfe. Frankreich, der größte Uranabnehmer, zahlt für das Uran einen politischen Preis, der das Doppelte des Weltmarktpreises beträgt. Die Bundesrepublik hat bisher etwa 650 Millionen Mark an Entwicklungshilfe geleistet, zuletzt 1983/84 55 Millionen im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit, vor allem für Projekte der Wasserversorgung und Bewässerung sowie 35 Millionen im Rahmen der technischen Zusammenarbeit.

Jaruzelski macht Juden Zugeständnisse

jgg. **Köln**

In Polen fallen gegenwärtig einige Lockerungen auf, die das Jaruzelski-Regime zugunsten der jüdischen Einwohner zuläßt. Diese Zugeständnisse verfolgen nach Meinung polnisch-jüdischer Kreise den Zweck, für den geplanten Auftritt des Partei- und Regierungschefs auf der UNO-Vollversammlung in New York eine günstige Atmosphäre zu schaffen. Der General stellt dabei in Rechnung, daß es in den USA eine starke jüdische Lobby gibt, und daß viele amerikanische Juden einst polnische Bürger waren und die Ereignisse in Polen aufmerksam verfolgen.

So darf in der kürzlich restaurierten Krakauer Synagoge am kommenden Sabbat (Samstag) zum ersten Mal seit dem Krieg wieder ein Jugendlicher sein „*Bar Mizwa*" *feiern. Mit* dem Bar Mizwa erwirbt der Jugendliche zugleich die Berechtigung zum Talmud-Studium. Den Ritus zelebriert zum ersten Mal in der Geschichte des polnischen Judentums eine Rabbinerin – die Amerikanerin Emily Korzenick –, und zwar mit dem 13jährigen Amerikaner Eric Strom.

Erstmals seit Bestehen des jüdischen Staates soll eine offizielle polnische Jugenddelegation nach Israel reisen. Sie folgt einer Einladung des Kibbuz Lohamel Hagettao (Kämpfer des Ghettos), der von Überlebenden des Warschauer Ghettos gegründet wurde.

In letzter Zeit haben auch zahlreiche Delegationen aus Israel und jüdischer Organisationen des Westens, vor allem aus den USA, Warschau besucht. Aus Polens Medien sind antisemitische Untertöne in letzter Zeit gänzlich verschwunden.

Den Haag will Fall de Jonge klären

Verhandlungen mit Pretoria / Unruhe unter den Weißen nach den Morden vom Wochenende

M. GERMANI, **Johannesburg**

Hollands Außenminister Hans van den Broek ist nach dem Besuch der drei EG-Außenminister in Pretoria geblieben, um mit seinem Amtskollegen Pik Botha über das Schicksal des seit dem 19. Juli in der ehemaligen *holländischen* Botschaft flüchtige Journalisten Klaas de Jonge zu verhandeln. Es wird allgemein angenommen, daß die Regierung im Haag bereit sei, de Jonge wieder auszuliefern.

Klaus de Jonge (47) war ebenso wie seine geschiedene Frau Helen Pastoor, wegen Vergehens gegen den internen Waffen- und Munitionsakt von 1969 am 23. Juni verhaftet worden. Unter dem Vorwand der südafrikanischen Polizei einige Waffenverstecke zu zeigen, gelang es de Jonge, zwei Polizisten zu täuschen und in die holländische Botschaft zu entkommen, die ihm seither Asyl gewährt.

Nach der ersten Empörung in Holland über die Verhaftung de Jonges wurden allmählich die Hintergründe der Verhaftung des Journalisten bekannt. Demnach ist de Jonge ein enger Vertrauter Joe Slovos, des ANC-Chefstrategen, Mitglied des Zentralkomitees der südafrikanischen Kommunistischen Partei und einziger Weißer im nationalen Exekutiv-Komitee des ANC. Slovo hat offensichtlich sowohl de Jonge als auch Helen Pastoor als Mitglieder für eine weiße Spezialeinheit des ANC ausgewählt. Deren Ziel sind spektakuläre Sabotageanschläge in Südafrika. Diese Einheit ist gleichzeitig ein Teil des militanten Flügels des ANC, namens „Umkhonto we Sizwe" (Speer der Nation).

De Jonge war von 1982 bis 1983 Angestellter der moçambiquischen Regierung und als Dozent an der Edoardo-Modlane-Universität in Maputo beschäftigt, ebenso wie die durch eine Briefbombe ermordete Frau Slovos, Ruth First. Unter dem Namen eines holländischen Diplomaten in Harare soll de Jonge einen Wagen gemietet und damit Waffen, Sprengstoff und Munition nach Südafrika gebracht haben. Nach seiner Verhaftung hat die Polizei eine große Anzahl von Waffenverstecken in Südafrika entdeckt.

Helen Pastoor soll das Auto mit der Bombe, die am 19. Mai 1983 in Pretoria explodierte, 17 Menschen tötete und fast 200 verletzte, über die Grenze von Moçambique gefahren und an zwei Schwarze, die bei dem Anschlag umkamen, übergeben haben. Die Polizei in Pretoria ist überzeugt, daß de Jonge direkt mit Joe Slovo zusammengearbeitet hat. Slovo soll ihm gegenüber geäußert haben: „Es müssen noch viel mehr Anschläge in Südafrika durchgeführt werden. Das Ziel sind jedesmal mindestens 300 Tote."

Die jüngsten Ereignisse und insbesondere der Mord an zwei Weißen am Ostkap lassen bei politischen Beobachtern in Südafrika einen sogenannten weißen „backlash", einen Rückschlag für die Reformpolitik von Staatspräsident Botha von seiten seiner konservativen Wähler befürchten.

Man weist in diesem Zusammenhang auf die Rede des aus dem Untergrund aufgetauchten UDF-Führers Steve Tshwete hin, der den 35 000 Teilnehmern an der Trauerfeier, die zu dem Mord führte, zurief: „Augen*blicklich ist Botha nur sicher,* weil die schwarzen Städte brennen, aber es wird nicht mehr lange dauern, dann brennt auch die Oxford-Street (im weißen Teil von East London)."

Die zwei Toten vom Ostkap sind nicht die ersten Weißen, die von einem schwarzen Mob umgebracht wurden. Bereits im vergangenen Jahr war ein weißes, wenige Monate altes Mädchen im Wagen ihrer Mutter, die ihre Hausangestellte zu einer schwarzen Behörde nach Sebokeng im Vaaldreieck bei Johannesburg fuhr, getötet worden, als der Wagen von Schwarzen mit Steinen beworfen wurde. Eine weiße Krankenschwester war vor wenigen Monaten bei Duduza ebenfalls in ihrem Wagen gesteinigt worden. Sie erlag wenige Tage später ihren Verletzungen. Am Ostkap war im Mai ein junger Weißer von Schwarzen mit Benzin übergossen und verbrannt worden.

Der Druck auf Lubbers wächst

Die niederländische Friedensbewegung startet eine Volksbefragung gegen die Nachrüstung

HELMUT HETZEL, **Den Haag**

Noch vor Beginn der offiziellen Parlamentsperiode, die traditionsgemäß Mitte September von Königin Beatrix mit ihrer Thronrede im historischen Rittersaal des Haager Parlamentsgebäudes eröffnet wird, wird der christdemokratische Premierminister des Landes, Ruud Lubbers, erneut und vehement mit einer noch in diesem Jahr zu treffenden politischen Entscheidung von internationaler Tragweite konfrontiert: Der im Rahmen der NATO-Nachrüstung vorgesehenen Aufstellung der 48 amerikanischen Marschflugkörper („Cruise Missiles") in seinem Land.

Holland ist der einzige NATO-Partner, der in dieser Frage noch nicht entschieden hat. Die niederländische Friedensbewegung macht in diesen Tagen mobil. Unter Führung des „Komitees Kruisraketten nee" startete sie eine groß angelegte Volksbefragung. 5,5 Millionen Unterschriftenkarten, auf denen Platz genug für mehrere Unterzeichner gelassen wurde, sind gedruckt. Sie sollen von rund 20 000 freiwilligen Helfern an alle Haushalte des Landes verteilt werden. Die Raketengegner hoffen mit dieser Unterschriftenaktion der niederländischen Bevölkerung ein millionenfaches „Nein" zu der Raketenaufstellung zu entlocken. Das wollen sie ihrem Regierungschef Lubbers Ende Oktober dann präsentieren. Lubbers muß bis spätestens 1. November darüber entscheiden, ob die Niederlande die Stationierung der amerikanischen Marschflugkörper auf dem Militärstützpunkt Woensdrecht im Süden des Landes realisieren. In ihrem Sommermoratorium des letzten Jahres knüpfte die Haager Mitte-Rechts-Regierung diesen Stationierungsentscheid an die Zahl der zu diesem Zeitpunkt in der UdSSR stationierten 378 SS-20-Raketen. Sollten es bis zum 1. November 1985 mehr SS 20 sein – so Den Haag damals – wird in Holland auf jeden Fall stationiert.

Nach den jüngsten amerikanischen Angaben aber stehen auf russischem Territorium derzeit bereits 423 SS-20-Raketen. Lubbers steht nun wohl vor der schwierigsten Entscheidung seiner bisherigen Amtszeit. Denn im Frühjahr 1986 finden in den Niederlanden Wahlen statt. Und die jüngsten Umfrageergebnisse belegen erneut, daß eine Mehrheit der Niederländer (54 Prozent) gegen die Aufstellung ist. Lediglich 38 Prozent sind dafür. Lubbers ist daher sichtlich bemüht, den zahlreichen Nachrüstungsgegnern, die auch in seiner eigenen Partei (der christdemokratischen CDA) über Einfluß verfügen, im atmosphärischen Bereich entgegenzukommen. Er erklärte sich jetzt sogar bereit den zu erwartenden Unterschriftenstapel mit dem Nein-Votum höchstpersönlich entgegenzunehmen und führte mit den führenden Vertretern der Friedensbewegung ein langes Gespräch.

Ist es mehr als nur eine Geste, wird daher in Den Haag gefragt. Doch sowohl aus Kreisen der mitregierenden Liberalen (VVD) als auch aus der CDA-Fraktion verlautete inzwischen, daß man sich von dieser Unterschriftenaktion weder unter Druck setzen noch beeinflussen lassen werde. „Schließlich", so betont ein VVD-Abgeordneter, „sind wir doch daran nicht gebunden". In der Tat. Eine solche Volksbefragung, die gemäß Verfassung von jedem Niederländer initiiert werden kann, hat allenfalls Petitionscharakter. Sie kann allerdings für erheblichen politischen Druck sorgen und die Haager Regierung gerade so kurz vor Neuwahlen nicht ganz unberührt lassen, falls tatsächlich mehrere Millionen Bürger mit ihrer Signatur die Friedensbewegung unterstützen sollten.

Die öffentliche Auseinandersetzung darüber aber spitzt sich zu. Denn auch die Stationierungsbefürworter werden aktiv. Über 500 Ärzte riefen in einem offenen Brief die Regierung und das Haager Parlament jetzt auf, der Stationierung nun endlich zuzustimmen. Schließlich – so die Mediziner in ihrem Schreiben – stehe nicht nur die Sicherheit des Landes im Rahmen der NATO, sondern auch die Glaubwürdigkeit Den Haags bei den Bündnispartnern auf dem Spiel.

Tiedge meldet sich. Heute Bundestagsdebatte

■ Fortsetzung von Seite 1

men. Das Bundesinnenministerium sei erst am 21. August dieses Jahres von dem Fall Tiedge unterrichtet worden.

Zimmermann vertrat die Meinung, daß der Ressortchef „politisch" allein „für eigene Handlungen und Entscheidungen, für sachgerechte Organisation seines Geschäftsbereichs und für die Auswahl der Mitarbeiter mit besonderen Aufgaben" verantwortlich gemacht werden könne. Hier und bei der notwendigen Fachaufsicht habe er sich nichts vorzuwerfen. Obwohl er engen Kontakt mit dem damaligen BfV-Präsidenten gepflegt habe, habe dieser niemals die Gelegenheit wahrgenommen, ihn über das Risiko zu unterrichten, das in den Lebensumständen des Chefs der Spionageabwehr gegen die „DDR" lag. Zimmermann gab auf die insgesamt 30 Fragen der Abgeordneten bekannt, daß er sich ebenso häufig wie seine Vorgänger in der sogenannten „Sicherheits-Lage" mit den Präsidenten des BfV und des Bundeskriminalamtes sowie den zuständigen Abteilungsleitern seines Hauses getroffen habe. Dies sei seit seinem Amtsantritt bisher vierzigmal der Fall gewesen.

Berichte, daß der ehemalige BfV-Präsident Hellenbroich ihn auf „chaotische Zustände" im Amt hingewiesen habe, dementierte Zimmermann eindeutig. Er machte klar, daß in den von ihm veranlaßten Besprechungen über nachlassende Erfolge der Spionageabwehr am 13. Mai und 28. Juni dieses Jahres über methodische und organisatorische Fragen, nicht aber über personelle Dinge gesprochen worden war. Obwohl der Bereich Tiedges dabei angesprochen wurde, habe Hellenbroich nichts von Tiedge berichtete.

Das hatte auch der ehemalige BfV-Präsident Hellenbroich in der vergangenen Woche vor der geheim tagenden Parlamentarischen Kontrollkommission (PKK) gesagt. Der Kommissionsvorsitzenden Hans-Jochen Vogel (SPD) hatte ihm die hypothetische Frage gestellt, ob er dem Innenminister auf eine Nachfrage nach „besonderen Vorkommnissen" im Bereich der Spionageabwehr über den Fall Tiedge etwas gesagt haben würde, mit einem glatten Nein geantwortet.

Innenminister Zimmermann und der neue Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Holger Pfahls, erklärten in nichtöffentlicher Sitzung übereinstimmend, daß durch den Verrat des früheren Abwehrchefs Tiedge beträchtlicher Schaden angerichtet werden könne. Personen seien allerdings nicht gefährdet worden, sagte Pfahls. Der Innenminister kündigte eine „präzise Schadensanalyse" auch in diesem Bereich an, schloß aber eine „unmittelbare Beeinträchtigung von Leib und Leben" der geheimen Mitarbeiter nicht nur für das BfV, sondern auch für den Bundesnachrichtendienst (BND) und den Militärischen Abschirmdienst (MAD) aus.

Man müsse davon ausgehen, daß durch Tiedges Überlaufen „sensible Erkenntnisse" und auch Operationen der Spionageabwehr in wesentlichem Umfang an das „DDR"-Ministerium für Staatssicherheit (MfS) verraten worden seien. Deshalb habe eine Reihe von Operationen „abgeschaltet" werden müssen, sagte Zimmermann vor dem Ausschuß. Tiedge sei als zuständiger Leiter der Referatsgruppe Abwehr von „DDR"-Spionage in der Abteilung IV des BfV detailliert unterrichtet gewesen über:

– die Methodik der Spionageabwehr,
– Stärken und Schwächen der gegnerischen Nachrichtendienste, aber auch des Kölner Bundesamtes, sowie
– die personelle Ausstattung des BfV und der Landesverfassungsschutzämter sowie deren technische Ausrüstung.

Methoden und Intensität der Zusammenarbeit der verschiedenen Sicherheitsbehörden seien Tiedge ebenfalls bekannt gewesen. Auch habe er die Führung aller Geheimdienste in der Bundesrepublik Deutschland gekannt.

Vor dem Ausschuß wies Zimmermann die öffentlich angestellten Überlegungen zurück, daß die Spionageabwehr des BfV in ihren Grundfesten erschüttert worden sei. Die Annahme sei „unrichtig, daß für eine erfolgreiche Strategie der Spionageabwehr völlig neue Überlegungen und Methoden erforderlich sind". Die Spionageaktivitäten erfolgten schließlich nach einem „nur partiell änderbaren Grundmuster".

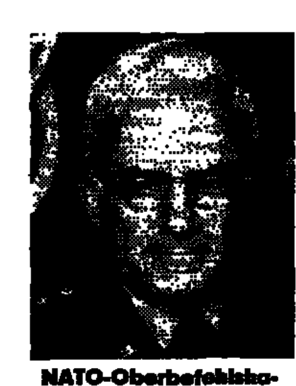
NATO-Oberbefehlshaber: „Zone ohne chemische Waffen ist Humbug"

● Fortsetzung von Seite 1

zwungen. Die Sowjets würden die Lage diktieren, sie wären frei und unbehelligt, während wir in diesen Anzügen herumstampfen, mit diesen Überschuhen und unter Gasmasken, nicht einmal in der Lage, unsere Notdurft zu verrichten. Es wäre furchtbar heiß unter dieser Schutzkleidung, und mindestens 50 Prozent unserer Abwehrstärke gingen verloren."

Der General begründete auch, warum die Vorräte der USA an chemischen Waffen nach seiner Ansicht nicht genügten, um den potentiellen Gegner im Fall eines Krieges vom Einsatz solcher Waffen abzuschrekken. „Tatsache ist, daß der gesamte Vorrat der Vereinigten Staaten an chemischen Waffen nicht ausreicht. Wenn man aber ermittelt, was uns davon hier in Westeuropa zur Verfügung steht, dann sind das nur zehn Prozent." Als Beispiel nannte Rogers, daß die Vereinigten Staaten (ehe sie vor 16 Jahren die Produktion chemischer Waffen einstellten, d. Red.) früher Artillerie-Granaten des Kalibers 105 Millimeter, die mit chemischen Kampfstoffen gefüllt sind, hergestellt hätten. Rogers: „Was nutzt uns das? Wir haben das Kaliber 105 Millimeter nicht mehr, wir haben die Kaliber 155 und 203 Millimeter." Er habe Informationen, daß den Sowjets die Lage der NATO bekannt sei.

Auf der anderen Seite hätten die Sowjets im Gegensatz zur NATO, die mit ihren beschränkten Mitteln nur flüchtige Kampfstoffe auf kurze Reichweite verfeuern könne, ein breites Spektrum chemischer Waffen zur Verfügung. Fast jede der vielen sowjetischen Raketen, die mit großer Reichweite gegen die NATO eingesetzt werden könnten, sei in dreifacher Weise nutzbar: mit konventionellem, chemischem oder nuklearem Sprengkopf. „Sie können unsere rückwärtigen Verbindungen, unsere Flugplätze, unsere Fernmeldezentren, unsere Befehlsstände und unseren Nachschub mit chemischen Waffen, die sich nur sehr langsam verflüchtigen, angreifen."



NATO-Oberbefehlshaber Rogers FOTO: DIE WELT

Der NATO-Oberbefehlshaber setzte sich für die Beschaffung von binären chemischen Kampfstoffen durch die Vereinigten Staaten ein. Binäre Kampfstoffe würden erst zu chemischen Kampfstoffen nach dem Abschuß, wenn sich zwei getrennte Chemikalien miteinander vermischten. Sie seien sicher zu lagern und sicher zu transportieren.

Rogers forderte: „Chemische Waffen müssen von dieser Erde verschwinden." Aber im Westen mache man sich etwas vor, wenn man glaube, in chemiewaffenfreien Zonen wäre man vor dem Einsatz chemischer Waffen geschützt. Das wäre Unfug. Der Westen solle nicht seine Zeit mit der Verhandlung über solche Zonen verschwenden.

Wenn die Abschreckung funktioniere, brauche er sich nicht über einen Krieg zu sorgen. Rogers: „Wir werden das nicht dadurch erreichen, daß wir den Kopf in den Sand stekken und annehmen, die andere Seite würde gar nicht daran denken, chemische Waffen einzusetzen. Warum sollte sie das nicht tun? Es wäre ja nicht auf ihrem Boden. Es wäre auf deutschem Boden. Kümmern die sich etwa um die deutsche Bevölkerung? Sie denken nicht daran. Atomwaffenfreie Zonen, chemiewaffenfreie Zonen, das ist Humbug."

Von den politischen Instanzen der NATO-Staaten habe er für chemische Waffen keine Richtlinien erhalten, bemängelte Rogers. „Ich kann nicht genug betonen, daß die politischen Instanzen die entscheidende Rolle bei der Freigabe von Massenvernichtungswaffen spielen müssen. Im Fall der Atomwaffen geschieht das. Im Fall der chemischen Waffen geschieht das nicht." Der Westen habe sich verpflichtet, chemische Waffen nicht als erster einzusetzen. Er, Rogers, müsse sich aber gegebenenfalls beim US-Präsidenten um die Freigabe chemischer Waffen bemühen, ohne daß er dafür politische Richtlinien aus den NATO-Staaten habe. Er hoffe, daß diese Richtlinien ihm gegeben würden. (SAD)

Wien wehrt sich gegen Vorwürfe

AFP, Wien

Als „ungerechtfertigte Anschuldigungen" hat der österreichische Landwirtschaftsminister Haiden die Äußerungen des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Vogel bezeichnet, wonach die deutschen Behörden von Österreich zu spät über den Weinskandal informiert worden seien. Die österreichische Botschaft in Bonn werde in den nächsten Tagen zu diesem „unverständlichen Vorwurf" Stellung nehmen. Sein Ministerium habe sich streng an die bestehenden Vereinbarungen gehalten.

Asylantenzuzug in Berlin dauert an

F. D. Berlin

Obwohl sich im August der von der „DDR" verfügte Durchreisestopp für Asylbewerber aus Sri Lanka voll ausgewirkt hat, hält der Strom von Einreisenden anderer Nationalitäten über den Ostberliner Flughafen Schönefeld unvermindert an. Nach einer Statistik von Berlins Innensenator Lummer wurden im August dieses Jahres 1646 Asylanträge gestellt, gegenüber 699 im Vorjahreszeitraum. Insgesamt haben damit 1985 bereits 15 536 Ausländer in Berlin Asyl beantragt.

Washington reagiert gelassen

dpa, Washington

Gelassen hat die amerikanische Regierung auf die jüngsten Äußerungen des sowjetischen Parteichefs Gorbatschow reagiert. „Unsere Beziehungen sind weder besser noch schlechter" als sonst, sagte ein Sprecher des US-Außenministeriums. Der Kremlchef hatte Washington in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin „Time" vorgeworfen, die Beziehungen zu Moskau in den vergangenen zwei Monaten rapide verschlechtert und eine „Haßkampagne" gegen die UdSSR eingeleitet zu haben.

Fabius verliert die Gunst seiner Anhänger

Umfrage: Opposition könnte auch ohne Le Pen regieren

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs traditionelle Rückkehr zur Politik nach der Sommerpause steht im Zeichen der Götterdämmerung. Das Ende des „sozialistischen Experiments" bei den Parlamentswahlen in knapp sieben Monaten zeichnet sich in immer deutlicheren Konturen ab. Die erste Umfrage zum anstehenden Wählerverhalten liegt nun vor. Sie kommt zu einem für den sozialistischen Ministerpräsidenten François Mitterrand deprimierenden Ergebnis. Von dem Meinungsumschwung in Frankreich ist auch Premierminister Laurent Fabius negativ betroffen. Wenn morgen gewählt würde, ginge eine erdrückende Mehrheit der beiden großen Rechtsparteien, RPR und UDF, aus dem Urnengang hervor.

Unabhängig davon, ob es zwischen den Gaullisten Chiracs und den Liberalen Giscard d'Estaings Einheitslisten gäbe oder nicht (beide Parteiführer arbeiten darauf hin), die Mehrheit der bisherigen Opposition im neuen Parlament betrüge (unter Zugrundelegung des neuen Verhältniswahlrechts) in beiden Fällen 353 von 555 Sitzen. Auf die Sozialisten entfielen nur noch 153 beziehungsweise 121 Mandate, auf ihre einzigen Verbündeten, die Kommunisten, 45 beziehungsweise 43. Das bedeutet, daß die beiden klassischen Rechtsparteien auch ohne den Rechtsextremisten Le Pen regieren könnten, für dessen „Nationale Front" nur sieben Prozent der potentiellen Wähler votierten. Bei den Europawahlen hatte Le Pen noch 13 Prozent der Wahlstimmen auf seinem Konto verbuchen können.

Vertrauensschwund

Der Trend zu einem grundlegenden Meinungsumschwung in Frankreich hatte schon beim Zusammenbruch der Linkskoalition – aus Protest gegen die Wirtschafts- und Sozialpolitik des größeren Koalitionspartners hatten die Kommunisten unter Georges Marchais das Regierungsbündnis verlassen – im Sommer 1984 eingesetzt und sich seitdem ständig verstärkt.

Er erfaßt nun auch – zum ersten Mal – die Person des bislang beliebten Premierministers Laurent Fabius. Zwei Tage vor einem großen Fernsehauftritt am Mittwoch abend zeigte eine Umfrage des seriösen Meinungsforschungsinstituts IPSOS eine zwar immer noch ungebrochene Sympathie des Publikums für den nach Mauroy zweiten Regierungschef Mitterrands (64 Prozent finden ihn „sympathisch", 57 Prozent „mutig"), ließ aber einen bedenklichen Vertrauensschwund in seine Politik erkennen.

Nur noch 37 Prozent halten Fabius für fähig, die Probleme Frankreichs zu lösen. Bei seinem Amtsantritt waren es noch 58 Prozent gewesen. Wie wenig er sich noch auf seine eigene politische Anhängerschaft stützen kann, beweist eine andere Zahl. Nur noch 27 Prozent (gegen 47) halten ihn für einen Politiker, der ein offenes Ohr für die Sorgen des einfachen Volkes hat.

Aussöhnung gescheitert

Fabius hatte vor einem Jahr sein Amt mit den beiden Ankündigungen angetreten, Frankreich wirtschaftlich zu modernisieren und die Franzosen (nach dem schweren Konflikt um die Privatschulen und den anhaltenden Streiks in der Stahl- und Automobilindustrie) wieder untereinander auszusöhnen.

Auch hierin scheint der junge Premierminister gescheitert zu sein. Was seine wirtschafts- und sozialpolitische Kompetenz betrifft, so halten ihn nur noch 16 Prozent für fähig, die angestrebte Aussöhnung herbeizuführen. Nur noch 36 Prozent glauben, daß Fabius Frankreichs Produktionsapparat durch Modernisierung (das heißt hauptsächlich Abschaffung von Arbeitsplätzen) sanieren kann.

Die hohe Wahrscheinlichkeit, daß Mitterrand sich vom kommenden Frühjahr an einer Mehrheit in der Kammer gegenübersieht, die nicht mehr die seine ist, entfacht auch wieder den monatelangen Streit um die Frage, ob sich der Sozialist im Elysée-Palast dann nicht zwei Jahre vor Mandatsende empfehlen muß. Unter Politologen bildet sich allmählich eine Mehrheit heraus, die dem Präsidenten einen „Rückzug auf die Außenpolitik" empfiehlt, über deren Eckwerte er sich am ehesten mit einem bürgerlichen Premierminister verständigen könnte. In allen übrigen Bereichen aber, vor allem in denen der Wirtschafts- und Industriepolitik, müsse sich Mitterrand der neuen Mehrheit unterwerfen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Betroffener

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Südafrikaner und damit als unmittelbar Betroffener möchte ich Ihnen meine Meinung zum Thema Südafrika einmal mitteilen.

Fast allen europäischen Ländern einschließlich Amerika war die Chance gegeben, ihre Kolonien in eine friedliche, geordnete Selbständigkeit zu entlassen. Das Ergebnis ist beschämend. Man hat seine eigenen Brüder und Schwestern aus diesen Gebieten wie eine heiße Kartoffel fallenlassen, sie zu Flüchtlingen gemacht und sie ihrer Lebensgrundlage beraubt.

Nun spielt man sich hier in Europa als Friedens- und Moralapostel auf, um die Südafrikaner in gleicher Weise zu beglücken. Wieviel schlechter wird es den Buren gehen, die man keiner europäischen Nation mehr zurechnen kann, da ihre Vorfahren schon über 300 Jahre in Südafrika leben, wenn man mit seinen eigenen Volkszugehörigen schon in so beschämender Weise verfahren ist.

Dieses wissen die Südafrikaner, da sie auch die besten Beispiele direkt vor der Tür haben, siehe Angola, Moçambique, Zimbabwe u. s. w.

Aus diesen Gründen wird es schwer sein, die Südafrikaner davon zu überzeugen, Selbstmord zu begehen, nur um den Europäern und Amerikanern zu gefallen.

Karl Husfeldt, Wischhafen-Neuland

Zielsetzung

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben darüber berichtet, daß es dem DGB gelungen ist, die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG) aus dem Regierungs-Gewerkschafts-Spitzengespräch herauszudrängen. Dies, obwohl sich Bundesarbeits- und -sozialminister Dr. Norbert Blüm für die Teilnahme der DAG an diesem Spitzengespräch stark gemacht hatte.

Agitationen und Aktionen des DGB und seiner führenden Funktionäre deuten klar darauf hin, daß der DGB nicht einmal im Traum daran denkt, sich auf seine ihm zustehende arbeits- und sozialpolitische Zielsetzung zu beschränken. Nach wie vor erhebt der DGB und seine Einzelgewerkschaften den Alleinvertretungsanspruch nicht nur in allen Arbeitnehmerkoalitionen berührenden Fragen. Er strebt erkennbar nicht nur ein weitgehendes (teilweise schon bestehendes) Mitbestimmungsrecht in allen anderen politischen Bereichen (der Außenpolitik ebenso wie auch den Gebieten der Innen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der Medien-, Kunst-, Bildungs- und Entwicklungspolitik usw.) an, sondern hat geradezu das Selbstverständnis einer allein und für alles zuständigen letzten bundesdeutschen Instanz.

Der Ausschluß des DAG-Vorsitzenden Hermann Brandt vom „Dreier-Spitzengespräch" auf Betreiben des DGB zeigt schlagartig, daß der DGB selbst unter „sozialistischen Brüdern" (Breit und Brandt sitzen im SPD-Gewerkschaftsrat sehr wohl an einem Tisch) in der Frage des Alleinvertretungsanspruches keine Gnade kennt.

Bei allem, was wir jetzt seitens des DGB erleben und noch erleben werden, sollten wir uns daran erinnern, daß das Machtstreben der derzeitigen DGB-Spitze keine zufällige Zeiterscheinung ist, sondern zur langfristigen Zielsetzung und Strategie dieser Monopolgewerkschaft gehört.

Am 4. Januar 1972 erklärte Dr. Heinz Markmann, Geschäftsführer des wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB, der „Deutschen Wirtschaftszeitung/Handelsblatt": „Die Gewerkschaften (gemeint ist natürlich der DGB, d. Verfasser) haben das Recht und die Pflicht, als Repräsentanten von über 82 Prozent der Bevölkerung, die statistisch als Arbeitnehmer ausgewiesen sind, für den sozialen Fortschritt und ihre eigene Interpretation der Verfassung zu kämpfen."

Hierzu ist wohl jeder weitere Kommentar überflüssig. Wir sollten auch daran denken, daß schon H. O. Vetter, seinerzeit DGB-Vorsitzender, 1971 offen bekundete, daß der DGB seine Ziele „notfalls an den Parteien vorbei" verwirklichen wolle.

Kurt Holler, Bottrop

Wort des Tages

„Das Denken ist nicht allein Sache des Verstandes. Der Wille bestimmt die Aufmerksamkeit. Die Leidenschaften beflügeln oder bremsen die Einsicht. So wenig die Hand allein die Waffe führt – es kämpft vielmehr der ganze Mensch –, so wenig denkt allein der Verstand. Um gut zu denken, bedarf es des ganzen Menschen."

Rochus Spiecker, deutscher Theologe (1921–1968)

Personalien

AUSZEICHNUNG

Der mit 7000 Mark dotierte Förderpreis des Deutschen Elfenbeinmuseums in Erbach in Hessen und der Hamburger Gesellschaft für Goldschmiedekunst ist an den Blasinstrumentenbauer **Eckhart Liss** aus Berlin vergeben worden. Der 27jährige erhielt den zum drittenmal vergebenen Preis für ein einteiliges Objekt. Mit dem zweiten und dritten Platz wurden der Goldschmied **Albert Klotz** aus Pfaffenhofen und der holländische Designer **Jan Matthesjus** ausgezeichnet. Zu dem Wettbewerb für junge Kunsthandwerker, Elfenbeinplastiker, Schreiner sowie Gold- und Silberschmiede, waren 109 Arbeiten aus mehreren europäischen Ländern eingegangen. In Erbach, dem Zentrum der deutschen Elfenbeinschnitzerei, wird nur Material verarbeitet, das von den Mitgliedsstaaten des Washingtoner Artenschutzabkommens zum Export freigegeben ist.

AUSWÄRTIGES AMT

Neuer Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Australien ist Dr. **Hans Schauer**. Schauer, 1926 in Hannover geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaften, promovierte 1953 zum Dr. jur. und trat im selben Jahr in den Auswärtigen Dienst ein. Zu Beginn seiner Laufbahn war Schauer an den Auslandsvertretungen in Stockholm, Zürich und Bern eingesetzt. Von 1962 bis 1965 war er im Bundespräsidialamt tätig, von 1965 bis 1970 an der Botschaft in London und von 1970 bis 1974 im Bundeskanzleramt. Von 1974 bis 1979 war er als Gesandter an der Botschaft in Washington und danach als Ministerialdirigent erneut im Bundeskanzleramt tätig. Seit 1982 leitete er die Unterabteilung in der politischen Abteilung im Auswärtigen Amt.

KIRCHE

Papst **Johannes Paul II.** hat den Rücktritt des Bamberger Weihbischofs **Martin Wiesend** angenommen. Wiesend, 1910 in Kulmain in der Diözese Regensburg geboren, hatte, wie im Kirchenrecht vorgeschrieben, mit Vollendung seines 75. Lebensjahres sein Rücktrittsgesuch eingereicht. Nach seiner Priesterweihe im Januar 1937 war Martin Wiesend am 19. Januar 1967 zum Weihbischof in der bayerischen Domstadt ernannt worden.

Mark und Pfennig

adh. – Ein wahres Feuerwerk in Sachen Umweltschutz dürfte die Automobilindustrie auf der bevorstehenden Internationalen Automobil-Ausstellung in Frankfurt abbrennen. In der Tat, die gefundenen EG-Regelungen in Sachen Schadstoffbegrenzung sind umweltpolitisch ein großer Schritt nach vorn. Die Branche hat sich mit ihren Modellen darauf eingestellt.

Die Bereitschaft zum Einbau von Katalysatoren bringt den Automobilherstellern aber auch Entlastung von einer anderen Seite: Die Diskussion um ein Tempolimit auf Autobahnen verliert an Bedeutung, je mehr Kraftwagen mit schadstoffarmen Emissionen auf unseren Straßen rollen. Bisher freilich haben alle Beteiligten Schwierigkeiten, genaue Zahlen zu nennen.

Ob die Schätzungen des Verbandes der Automobilindustrie aufgehen – er meint, daß bereits 1987 drei Viertel aller Neuzulassungen schadstoffarm sein werden –, ist eine andere Sache. Noch fehlt es an bleifreien Tankstellen, noch fehlt es an „Eurosuper". Es fehlen also noch einige Voraussetzungen, bevor die Katalysatorwelle rollen kann, auch nachdem das leidige Kfz-Steuerthema vom Tisch ist.

Nach dem Bekunden der deutschen Kraftfahrzeughersteller scheinen auch die Käufer noch nicht ganz an die Katalysatorwelle zu glauben. Bei den Bestellungen haben die „Geregelten" immer noch einen recht bescheidenen Anteil. Die Bereitschaft, für den Umweltschutz bei der Anschaffung eines neuen Autos in Mark und Pfennig zu bezahlen, ist wohl doch nicht so groß, wie Umfragen scheinen ließen.

Alter Nachbar

JB. – Jahrelang stand die größte europäische Kupferhütte, die Norddeutsche Affinerie AG, in keinem sonderlich guten Ruf. Drangen im Ostteil des Hamburger Hafens giftige Dämpfe in die Luft oder fand man Arsen im Boden, immer war die „Affi" im Gespräch. Von diesem schlechten Image möchte die Affinerie nun offensichtlich weg. Statt immer nur zu reagieren, geht das Unternehmen zum ersten Mal in die Offensive. An Hamburger Haushalte hat sie dieser Tage eine Broschüre verteilt, in der in versöhnlichem Ton dargestellt wird, daß die „Affi" nicht nur Umweltbelastungen produziert, sondern auch Nutzen stiftet. Für ein Unternehmen, das trotz aller Bemühungen ganz ohne Emissionen nicht produzieren kann, kommt die Einsicht, Öffentlichkeitsarbeit treiben zu müssen, reichlich spät. Seit der Gründung hat es immerhin gut 119 Jahre gebraucht, bis sich die „Affi" nun als „Nachbar" vorstellt. Ob das Bild, das man sich bislang von dem schweigsamen Nachbarn gemacht hat, noch korrigierbar ist, muß sich erst erweisen.

Bremser der Bahn

Von WILHELM FURLER, London

Das überraschende Ergebnis einer Urabstimmung in der vergangenen Woche, wonach sich die Mehrheit der 11 000 Zugbegleiter bei der Staatsbahn British Rail gegen die Empfehlung ihrer Gewerkschaftsführung entschieden und gegen Kampfmaßnahmen gestimmt hat, bedeutet noch nicht, daß die schon viele Jahre währenden Querelen um die Einführung des Betriebs von Güterzügen sowie von Vorort- und Nahverkehrszügen ohne Zugbegleiter, also nur mit einem Lokomotivführer, endlich beigelegt wären. Erst am 12. dieses Monats wird eine Delegiertenkonferenz der Nationalen Eisenbahnergewerkschaft NUR in London über dieses Problem beraten und eine Entscheidung fällen.

Darüber hinaus steht nicht nur die NUR Produktivitätsverbesserungen im allgemeinen und dem Betrieb von Zügen ohne begleitendes Personal im besonderen feindlich gegenüber. Die Gewerkschaft der Lokomotivführer Aslef hat unmittelbar nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses der Zugbegleiter aufs neue ihre Opposition gegen das Vorhaben von British Rail deutlich gemacht.

In ihrem eigenen Interesse sollten die Zugbegleiter, denen im übrigen von British Rail wiederholt zugesichert wurde, daß nicht ein einziger ihrer Arbeitsplätze durch den Betrieb von Zügen ohne begleitendes Personal gefährdet sei, ihren Delegierten für die Konferenz in London den dringenden Rat mit auf den Weg geben, endlich den Widerstand aufzugeben. Für British Rail wäre eine Fortsetzung der Kampfmaßnahmen fatal.

Wie es nämlich aussieht, hat die britische Bahn den immer härter werdenden Wettbewerb mit Straße und Luft in entscheidenden Bereichen schon verloren. Schuld an dem hoffnungslosen Wettbewerbsrückstand ist – ähnlich wie in der Kohleindustrie oder im Schiffbau – die schier endlose Geschichte unzähliger Streiks sowie die hartnäckige Weigerung der Gewerkschaften, jahrhundertealte Arbeitspraktiken durch eine flexiblere Einstellung zu ersetzen. Wem nutzen Bremser und Heizer auf Diesel- und E-Lok-betriebenen Güterzügen?

Sir Robert Reid, Vorstandschef von British Rail, ist ein zäher, wenn nicht gar halsstarriger Geschäftsmann – nicht unähnlich Ian MacGregor, dem von der Bergleute-Gewerkschaft verhaßten Chef der staatlichen Kohlebehörde. Sir Robert läßt sich die Chance nicht entgehen, mit einschneidenden Maßnahmen, eine moderne, kommerziell lebensfähige Bahn aus dem gegenwärtigen Trümmerhaufen zu formen. Er kann sich dabei ebenso wie MacGregor der vollen Unterstützung durch Premierministerin Thatcher sicher sein, selbst wenn sein Kurs weitere Kampfmaßnahmen provozieren sollte.

Frau Thatcher fällt diese Unterstützung auch bei einem landesweiten Eisenbahnerstreik nicht schwer, weiß sie doch, daß die Bahn ihre wichtige Rolle im britischen Wirtschaftsleben längst verspielt hat. Pendler sind heutzutage von einem streikbedingten Ausfall der Vorort- und Nahverkehrszüge zunächst vielleicht irritiert, mehr aber auch nicht. Die Zahl der Eisenbahn-Pendler im Großraum London hat sich seit 1971 um fast 20 Prozent auf heute nur noch 380 000 verringert. Längst haben die großen Londoner Unternehmen fertig ausgearbeitete und bestens erprobte Bus-Alternativen für ihre Belegschaft in den Schubladen.

Die in Großbritannien im letzten Jahrzehnt stark gewachsenen Bus-Flotten und ein intensiver inländischer Flugverkehr, der von nicht weniger als fünf Liniengesellschaften bedient wird, würden kaum Mühe haben, zusätzlichen Intercity-Verkehr von der Schiene aufzunehmen. Und im Güterverkehr sieht es für British Rail ohnehin düster aus.

Während die beförderte Fracht bei der Bahn zwischen 1973 und 1983 von 23 auf 17 Milliarden Tonnenkilometer gefallen ist, nahm der Gütertransport auf der Straße (Lkw über 3,5 Tonnen) zwischen 1976 und 1983 von 93 auf 98 Milliarden Tonnenkilometer zu.

Die britische Öffentlichkeit ist längst nicht mehr davon überzeugt, daß British Rail „ankommt", wie dies in einer Werbekampagne suggeriert wird. Die Eisenbahner selbst müssen sich darüber im klaren sein, was fortgesetzte Verzögerungen von Produktivitätsverbesserungen und Kampfmaßnahmen wider jede Vernunft zur Folge haben werden: Ein Miniaturunternehmen nämlich, das nur noch einen Bruchteil der derzeitigen Belegschaft beschäftigen wird.

VEREINIGTE STAATEN / Konjunkturindikatoren zeigen keinen eindeutigen Trend

Wirtschaft nimmt nur langsam Fahrt auf, Wachstumsziel kaum erreichbar

HORST-A. SIEBERT, **Washington**

Die neuesten Konjunkturdaten zeigen, daß die US-Wirtschaft nach siebenmonatiger „Pause" nur sehr langsam mehr Fahrt aufnimmt und das für 1985 anvisierte Wachstumsziel von real vier Prozent bei weitem nicht erreicht wird. Das Haushaltsbüro des Weißen Hauses hat seine Prognose stark nach unten revidiert und sagt jetzt 2,7 Prozent voraus. Der Dollar erholte sich gestern allerdings an den europäischen Devisenbörsen – die US-Märkte waren wegen des Labor Day geschlossen – um mehr als viereinhalb Pfennig auf 2,8281 Mark.

Die Crux ist, daß die Signale unklar bleiben. So sind die führenden Konjunkturindikatoren zwar im Juli um 0,4 Prozent gestiegen. Das zunächst kräftige Juni-Plus mußte jedoch von ein auf ebenfalls 0,4 Prozent reduziert werden. Obwohl mit 0,3 Prozent auch im Mai positiv, liegt der Index erheblich unter dem Niveau der Aufschwungsphase, die im November 1982 begann und Mitte 1984 endete.

Hinzu kommt, daß vor allem Finanzindikatoren wie die Geldversorgung und die Aktienkurse den Index nach oben drückten. Kaum Zuversicht wecken dagegen die mageren Zuwächse auf der Produktionsseite. Preisbereinigt nahmen zum Beispiel die Aufträge für Konsumgüter und Werkstoffe nur um 0,03, die Orders für Investitionsgüter lediglich um 0,08 Prozent zu. Im verarbeitenden Gewerbe stagnierte die Beschäftigung, die Zahl der Baugenehmigungen geht zurück.

Was der vom US-Handelsministerium zusammengestellte Index signalisiert, ist ein nur leicht beschleunigtes Wirtschaftstempo in den nächsten drei bis sechs Monaten. Nach deutscher Berechnungsmethode ist Amerikas Bruttosozialprodukt im ersten Halbjahr real um 0,6 Prozent gewachsen. Von Juli bis Dezember müßten demnach 2,1 Prozent erreicht werden, um im Gesamtjahr 1985 auf 2,7 Prozent zu kommen.

Ein solcher Konjunktursprung ist vorerst nicht auszumachen, zumal da nach einer anderen Veröffentlichung des Ministeriums die Aufträge für verarbeitete Erzeugnisse im Juli um 1,3 Prozent gesunken sind – nach plus 1,7 und 2,1 Prozent in den beiden Vormonaten. Mit 0,6 Prozent bleibt der Rückgang beachtlich, wenn man Einbrüche bei Rüstungsgütern herausrechnet. In der Weiterverarbeitung fielen die Lagerbestände um 0,2 Prozent; mit 285 Mrd. Dollar haben sie sich jedoch seit Oktober kaum verändert.

Einen Umschwung bedeutet auch das im Juli gegenüber Juni um 22 Prozent auf 10,5 Mrd. Dollar geschrumpfte US-Handelsdefizit nicht, wie es zunächst am New Yorker Devisenplatz interpretiert worden ist. Dort stieg der Dollar von 2,7815 auf 2,8190 Mark. So schnell kann sich die seit Februar abgeschwächte amerikanische Währung nicht auf die Handelsströme und die heimische Erzeugung auswirken. Abgesehen davon, daß auch die Exporte sanken, ist das geringe Defizit hauptsächlich auf niedrigere Öl- und Autoimporte (19,3 und 16,7 Prozent) zurückzuführen.

Der Konjunkturverlauf in den USA gibt viele Rätsel auf, da vom riesigen Haushaltsdefizit offensichtlich keine Anstöße mehr ausgehen. Deutlich festzustellen ist indes ein abnehmendes Vertrauen bei Konsumenten, Investoren und Produzenten. Die Angebotspolitiker geben den immer noch zu hohen Realzinsen, die Monetaristen der großzügigen Geldausweitung die Schuld.

Die wichtigste Ursache ist zweifellos das US-Budgetdefizit, das vom Haushaltsbüro des Weißen Hauses für das am 30. September endende Finanzjahr 1985 auf 211,3 (1984: 185,3) Mrd. Dollar veranschlagt wird. 1986 soll es auf 178 Mrd. Dollar sinken. Geradezu furchterregend ist die Akkumulierung der Bundesschulden, die von 1844 auf 2077 Mrd. Dollar zunehmen.

Der Anteil, den die Öffentlichkeit hält, steigt von 1515 auf 1695 Mrd. Dollar. Netto wächst der Zinsendienst von 130 auf 140 Mrd. Dollar. Das Büro sagt für 1986 ein Wirtschaftswachstum von real 4,2 Prozent voraus, während ernstzunehmende Privatinstitute sogar eine Rezession nicht ausschließen.

LEIPZIGER MESSE

Der DIHT spricht schon von einer regen Ordertätigkeit

HANS-J. MAHNKE, **Leipzig**

Die diesjährige Leipziger Herbstmesse, die am Sonntag eröffnet wurde, war nach den Erkundigungen des DIHT schon zu Beginn von einer „ausgesprochen regen Anfragetätigkeit geprägt". Allerdings führe nicht jeder Kontakt unbedingt auch zu einem Auftrag, heißt es. Das Volumen, über das mit Firmen aus der Bundesrepublik gesprochen wird, sei jedoch sehr viel größer als in früheren Jahren. Einzelne Firmen sprechen schon von konkreten Aufträgen, dies gelte vor allem für den Textilmaschinenbereich. Auch über einige größere Aufträge würden nach den Erfahrungen des DIHT auf dieser Messe die Kontakte fortgesetzt, ohne daß die eingesetzte Technologie und der Realisierungszeitpunkt schon feststünden.

Besonders zuversichtlich gibt sich die Chemie, die traditionell auf der Herbstmesse im Vordergrund steht. Hier wird mit weiteren Steigerungsraten gerechnet. In einigen anderen Bereichen, etwa der Metallbearbeitung, zeige die „DDR"-Seite noch Zurückhaltung. Es werde auf präzise Daten des nächsten Fünfjahresplans gewartet.

Nach Ansicht des DIHT deuten alle Anzeichen darauf hin, daß sich auch im Konsumgüterbereich die positive Ordertätigkeit im zweiten Halbjahr fortsetzen werde. Bestellt würden vor allem für die Devisenläden „Intershop" und für die hochpreisigen Delikat- und Exquisitgeschäfte.

Die voraussichtlich im neuen Fünfjahresplan fortgeschriebene Politik der Industriemodernisierung habe gegenwärtig ihre Schwerpunkte in den Bereichen Chemie, Kunststoffverarbeitung und Textil- und Bekleidungsmaschinenbau. Die überaus rege Ordertätigkeit gerade in diesem Sektor zeige, daß der „DDR" daran gelegen ist, die Versorgungslage der Bevölkerung vor dem nächsten Parteitag, der im Frühjahr stattfindet, zu verbessern. Es würden allerdings auch die Verpflichtungen gegenüber dem Osten erfüllt. „Unsere Auftragsbestände reichen vielfach schon jetzt weit ins nächste Jahr hinein", sagte der DIHT-Vertreter Giesecke in Leipzig.

Angesichts dieses günstigen Absatzklimas zeige die „DDR" sich besorgt über die Entwicklung ihrer Lieferungen. Die Einkäufe der Bundesrepublik hätten sich trotz des noch nicht verbesserten Konsumklimas auf dem hohen Vorjahresniveau zwar gehalten. Die „DDR" befürchtet, daß gerade ihre lieferstarken Sektoren mehr und mehr auf Handelsbeschränkungen stießen. Im vergangenen Jahr habe es bereits Ärger bei Möbeln gegeben. 1985 seien weitere Preisprüfungsverfahren so bei Knäckebrot und Hartkaramel eingeleitet worden. Andererseits beobachteten westdeutsche Konsumgüterbezieher Kapazitätsengpässe bei ihren „DDR"-Lieferanten. Hier liege ein Grund für die regen Bestellungen bei den Textilmaschinenherstellern in der Bundesrepublik.

AUF EIN WORT



„Auch ich bin für eine Senkung der Lohnnebenkosten. Die Ärzte können dazu in der Krankenversicherung ihren Beitrag leisten. Wenn sich Ärzte allerdings über den Lebensstandard der Arbeitslosen Gedanken machen, könnte es sein, daß die Arbeitslosen sich auch mal für das Einkommen der Ärzte interessieren."

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung
FOTO: JUPP DARCHINGER

Bonn zahlte mehr an die EG

dpa/VWD, **Bonn**

Die Belastung der Bundesbürger für die Finanzierung der Europäischen Gemeinschaft ist auch 1984 erheblich gestiegen. Die Bundesrepublik zahlte an die EG-Kasse pro Kopf der Bevölkerung 269,49 Mark und damit 12,2 Prozent mehr als 1983 und rund 44 Prozent mehr als im Jahr 1980. Das geht aus einer Antwort des Parlamentarischen Staatssekretärs im Bundesfinanzministerium, Friedrich Voss (CSU), an den SPD-Abgeordneten Joachim Poß hervor. Die Bundesrepublik brachte über ihren Mehrwertsteuer-Anteil, Zölle und Agrarabschöpfungen rund 17,8 Mrd. Mark für die EG auf.

UNTERNEHMEN

Minister Engelhard will das Gesellschaftsrecht verbessern

PETER JENTSCH, **Bonn**

Aus Sorge um die „immer dünner werdende finanzielle Grundlage unternehmerischer Initiative", die aus der geringen Eigenkapitaldecke der Unternehmen resultiere, hat Bundesjustizminister Hans Engelhard Verbesserungen des Gesellschaftsrechts angekündigt.

Seit Mitte der sechziger Jahre habe sich die Eigenkapitalquote deutscher Unternehmen drastisch verschlechtert; sie sei um etwa ein Drittel von 30 auf 18,5 Prozent der Bilanzsumme gesunken. Diese Zahlen müßten jeden Politiker alarmieren, betonte der Minister, „da von der Eigenkapitalbasis der Unternehmen Investitionsfähigkeit und -bereitschaft sowie Beschäftigungsmöglichkeiten ganz wesentlich abhängen". In Anlehnung an die Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl vom 4. Mai 1983 nannte Engelhard die Förderung der Eigenkapitalbildung „eine wichtige Voraussetzung für den Abbau von Arbeitslosigkeit". Mit der Verabschiedung der Entwürfe eines Börsenzulassungs- und eines Unternehmensbeteiligungsgesetzes habe die Bundesregierung bereits wichtige Schritte zur Verbesserung der Investitionsmöglichkeiten ergriffen.

Jetzt gehe es darum, die gesellschaftsrechtlichen Voraussetzungen zu verbessern, nach denen die Förderung der Selbstfinanzierungsmöglichkeiten der Unternehmen weiter liberalisiert werden könne. Der Minister will noch in diesem Jahr die beteiligten Verbände und Institutionen zu einer ersten Anhörung einladen. Er forderte die Unternehmer auf, ihm über ihre Erfahrungen in Fragen der Verbesserung der Eigenkapitalstruktur zu berichten.

PKW-ZULASSUNGSSTATISTIK

Die Mittelklasse spürte die Zurückhaltung am stärksten

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Analyse jüngster Pkw-Zulassungsdaten macht es deutlich: im 1. Halbjahr 1985 haben die Mittelklassewagen (1500 bis 2000 ccm Hubraum) an Marktanteilen verloren. Ihr Anteil an den Gesamtzulassungen deutscher und ausländischer Marken fiel auf 34,6 (36,9) Prozent zurück.

Deutlicher fiel dagegen der Zuwachs im Bereich der oberen Mittel- und Oberklasse (2000 bis über 3000 ccm) aus. Hier wuchs der Marktanteil von neun Prozent im Vorjahr auf 11,3 Prozent bis zur Jahresmitte.

Die kleine Mittelklasse (1000 bis 1500 ccm) hat ihre Anteile (36,4 Prozent) gehalten, während die allerdings zahlenmäßig uninteressante kleine Klasse (bis 1000 ccm) auf 15,3 (13,9) Prozent Marktanteil wuchs. Die Schwäche der Mittelklasse ist bei den Inlandsverkäufen auf deren besondere Anfälligkeit in der Abgasdiskussion zurückzuführen, während die Oberklasse davon wenig berührt wird.

Große Ausnahme bei den „Mittleren" ist der Daimler 190 im positiven, die Modelle von Opel und Ford auf dem ohnehin zur Schwäche tendierenden Markt im negativen Sinn.

Im oberen Marktsegment scheinen BMW (39,4 nach 24,9 Prozent) keine, Daimler (48,8 nach 59,8 Prozent) schon eher Probleme zu haben. Unter dem Dutzend führender Hersteller auf dem deutschen Markt haben nur fünf bei den Verkaufszahlen des 1. Halbjahres zugelegt: VW und Daimler profitierten von der hohen Diesel-Nachfrage, Peugeot vom neuen 205 (auch mit Dieselvariante) sowie die beiden Japaner Nissan und Toyota mit besonders erfolgreichen Nischenmodellen.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Banken erwägen Ausstieg aus Btx

Berlin (dpa/VWD) – Die Geldinstitute sind mit dem Bildschirmtextdienst (Btx) der Bundespost unzufrieden. Sie überlegen, ob sie ihre Beteiligung an Btx einstellen sollen, sagte Hartmut Heinicke vom Bundesverband Deutscher Banken auf der Berliner Funkausstellung. Der geringe Zuspruch bei den privaten Verbrauchern rechtfertige nicht die hohen Investitionen. Als Gründe für das Desinteresse nannte der Bankensprecher vor allem zu hohe Preise für Btx-geeignete Fernsehgeräte sowie eine mangelhafte Informationspolitik der Bundespost.

Geringere Teuerung

Wiesbaden (dpa/VWD) – Die Verbraucherpreise in der Bundesrepublik sind von Juli bis August um 0,3 Prozent zurückgegangen. Die Preise für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte lagen damit im Berichtsmonat nur noch um 2,1 Prozent höher als vor einem Jahr. In den beiden vorangegangenen Monaten Juli und Juni hatte die jährliche Teuerungsrate jeweils 2,3 Prozent betragen, teilte das Statistische Bundesamt am Montag in Wiesbaden mit.

Appell an das Kartellamt

Bonn (VWD) – Der Hauptverband des Deutschen Lebensmittel-Einzelhandels fordert ein Vorgehen des Kartellamtes gegen Massa. Angeblich soll das Unternehmen Waren unter Einstandspreis verkaufen. Nach Ansicht des Verbandes kommt es einer Bankrotterklärung des Amtes gleich, wenn die letzte Reform des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen auf den Fall Massa keine Anwendung findet. Der neu eingefügte Paragraph 37 A regelt das Verhalten von Großunternehmen im Verhältnis zu kleineren und mittleren Mitbewerbern. Skeptisch äußerten sich Sprecher des Verbandes zu der vom Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) vorgeschlagenen Schiedsstelle, da dieser jede Sanktionsmöglichkeit fehle.

Agrarpolitik kritisiert

Bonn (dpa/VWD) – Die deutlich gesunkenen Getreidepreise haben nach Ansicht des Vorsitzenden des Ernährungsausschusses des Deutschen Bundestags, Martin Schmidt (SPD), die Bauern in eine ernste Lage gebracht. Die Marktlage sei offensichtlich im Agrarministerium falsch eingeschätzt worden. Die SPD erwäge, ob sie die Frage des Getreidepreises zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde im Bundestag machen soll.

Kairo erhöht Erdölpreise

Kairo (AFP) – Die ägyptischen Erdölpreise wurden mit Wirkung vom 1. September erhöht. Dies berichteten gestern die Tageszeitungen in Kairo unter Berufung auf Regierungskreise. Nach den Berichten sei Leichtöl um 40 Cents auf 25,65 Dollar und die Schweröl um 30 Cents auf 24,55 Dollar angehoben worden. Die Preiserhöhung wurde mit der allgemeinen Hausse auf den Erdölmärkten begründet.

Technologiemesse eröffnet

Stuttgart (dpa/VWD) – Die Welt der Informationsverarbeitung wird seit gestern in Stuttgart in der internationalen Technologieausstellung „EXHIBIT" dem Publikum präsentiert. Anschließend geht sie nach Berlin und in sieben weitere Ausstellungsorte im Ausland.

Aktive Leistungsbilanz

Peking (dpa/VWD) – China hat in der Zeit von 1982 bis 1984 eine positive Entwicklung in seiner Leistungsbilanz verzeichnet. Nach erstmals veröffentlichten Angaben der chinesischen Nationalbank ergaben sich in der Leistungsbilanz 1982 Überschüsse von 5,7 Mrd. Dollar, 1983 von 4,24 Mrd. und 1984 von 2,03 Mrd. Dollar.

DAMENOBERBEKLEIDUNG

Umsatzentwicklung besser als Branchendurchschnitt

dpa/VWD, **Düsseldorf**

Die Hersteller von Damenoberbekleidung (DOB) setzten im ersten Halbjahr 1985 mit 5,16 Mrd. DM nominal 0,9 Prozent mehr um als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Sie schnitten damit zwar besser ab als die gesamte Bekleidungsindustrie – minus 0,5 Prozent. Dennoch: Real ist der Umsatz gesunken.

Die Beschäftigungsentwicklung in der DOB-Industrie war jedoch weiterhin negativ: Die Zahl der Mitarbeiter sank um 1686 auf 97 196; die der Betriebe um 2,5 Prozent auf 1291, berichtete der Präsident des DOB-Verbandes, Hermann Irringer, aus Anlaß der bevorstehenden Internationalen Modemesse Igedo in Düsseldorf.

Sorgen bereiteten der Industrie die verzerrten Wettbewerbsbedingungen. Insbesondere die Schwellenländer, in denen es inzwischen durchaus eine kaufkräftige Mittelschicht und gute Absatzchancen für deutsche Produkte gebe, müßten ihre Märkte öffnen. So lägen etwa die Einfuhrzölle in Ländern wie Südkorea, Taiwan, den Philippinen, Thailand, Brasilien oder der Türkei zwischen 40 und mehr als 100 Prozent.

Im deutschen Einzelhandel ist 1984 für rund 21 Mrd. DM Damenoberbekleidung gekauft worden. In den ersten sieben Monaten dieses Jahres erreichten die Geschäfte ein Plus von 3,5 Prozent. Der Handel sehe zuversichtlich in die Zukunft, eine konjunkturbedingte Abschwächung sei nicht zu erwarten. Zudem erwarten die Experten auch in den kommenden Jahren zunehmende Ausgaben für Damenoberbekleidung, weil der Anteil der konsumfreudigeren Altersgruppe der 25- bis 40jährigen steigen wird.

BUNDESHAUSHALT / Stoltenberg bringt den Etat 1986 im Bundestag ein

Konsolidierungspolitik geht weiter

PETER JENTSCH, **Bonn**

Die Bundesregierung hält konsequent an ihrem wachstumspolitischen Kurs fest und will die Konsolidierung der Staatsfinanzen nachhaltig vorantreiben, wobei allerdings wachstums- und beschäftigungsfördernde Elemente weiter gestärkt werden sollen. Unter dieser Maxime stehen der Bundeshaushalt 1986 und der Finanzplan 1986 bis 1989, die Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg morgen in der ersten Sitzung des Bundestages nach der Sommerpause einbringen wird.

Der Entwurf des Etats 1986, den die Regierung Anfang Juli beschlossen hat, sieht Ausgaben von 263,93 Milliarden Mark vor. Das bedeutet eine Steigerung um 2,4 Prozent gegenüber den Ausgaben dieses Jahres. Und auch von 1987 an sollen nach dem Finanzplan die Ausgaben des Bundes nur um jeweils 2,9 Prozent steigen. Zum Vergleich: In den sechziger und siebziger Jahren nahmen die Bundesausgaben jährlich um durchschnittlich 8,25 Prozent zu. Gerhard Stoltenberg begründet diese Politik so: „Noch sind nicht alle Ziele der wachstumsstärkenden und zugleich sozialen Konsolidierungspolitik erreicht. Diese Politik war jedoch von Anfang an auf eine schrittweise Überwindung der Fehlentwicklungen und damit auf Stetigkeit angelegt. Sie muß auch in den nächsten Jahren konsequent weitergeführt werden."

Diesem Ziel dient auch die Senkung der Ausgabenansätze um mehr als vier Milliarden Mark pro Jahr gegenüber dem alten Finanzplan. Damit bleibt das Wachstum der Bundesausgaben deutlich hinter der projizierten Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes zurück. In den beiden vergangenen Jahren ist dieser Anteil um je 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen und wird 1985 voraussichtlich bei 48 Prozent liegen. Stoltenberg: „Längerfristig ist ein Staatsanteil von möglichst nahe 40 Prozent anzustreben."

Die Nettokreditaufnahme soll 1986 wie im laufenden Haushaltsjahr knapp unter 25 Milliarden Mark bleiben, immerhin eine Milliarde weniger als nach dem alten Finanzplan. Vor allem wegen der 1986 vorgesehenen Steuerreform und der besseren Beteiligung der Länder am Umsatzsteueraufkommen sollen die Nettokreditaufnahmen in den kommenden vier Jahren auf dem gleichen Niveau verharren und erst zum Ende des Finanzplanungszeitraums auf 23 Milliarden Mark zurückgeschraubt werden. Daran zeige sich, so betont Stoltenberg, „daß die Regierung ihre Konsolidierungspolitik nicht als Selbstzweck betreibt".

Der Haushalt, dessen größter Block mit einem Drittel der Gesamtausgaben auf die soziale Sicherung entfällt, soll am 27. September im Bundesrat beraten werden.

VERSCHULDUNG

Blockfreie beraten

AFP, Luanda

Botschafter und Experten von mehr als hundert blockfreien Staaten versuchen in der angolanischen Hauptstadt Luanda seit Montag Mittel und Wege zu finden, um die wirtschaftliche Entwicklung trotz der ungeheuren Schuldenlast voranzutreiben. Am Mittwoch schließen sich die Außenminister den Beratungen an. Angesichts der zugespitzten Lage in Südafrika und der allgemeinen Spannungen in der Welt werden sie auch nach gemeinsamen politischen Stellungnahmen streben.

Hauptdiskussionspunkt dürfte jedoch die Verschuldung der Dritten Welt sein, deren Außenverbindlichkeiten mit rund 960 Mrd. Dollar in astronomische Höhen treiben. In dem entsprechenden Resolutionsentwurf werden die Außenminister nach Angaben aus Delegationskreisen ihre „tiefe Besorgnis" über die Verschuldung zum Ausdruck bringen. Sie sei „das Hauptmerkmal der Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit" mit „explosiven" politischen, wirtschaftlichen und sozialen Folgen. Der Entwurf bezeichne die gewaltigen Beträge als „nicht rückzahlbar" und fordere „imperativ" einen Schuldenerlaß. Allerdings rufe er nicht zu Zahlungsverweigerungen auf, sondern begnüge sich damit, zunächst einen Sondergipfel der blockfreien Staaten zu fordern. Auf diesem sollten „Dringlichkeitsmaßnahmen" beschlossen und Denkanstöße für eine „neue Wirtschaftsordnung" gegeben werden.

Vor dem Hintergrund der Dürre und Hungersnot hatten die afrikanischen Staaten bereits im Juli auf dem Gipfeltreffen der Organisation für Afrikanische Einheit (OAE) auf die Belastung der Wirtschaft ihrer Länder durch die Außenverschuldung hingewiesen. Auf der Tagung in Luanda werden sie versuchen, mit anderen Ländern, vor allem aus Lateinamerika, eine gemeinsame Plattform zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang geben Experten aus Staaten der Dritten Welt dem Vorschlag Perus, nur einen gewissen Anteil der Exporterträge für den Schuldendienst zu verwenden, keine allzu großen Chancen. Sie verweisen auf den geringeren Spielraum, der angesichts der unausweichlichen neuen Kreditanträge an die Gläubigerländer verbleibe.

WELTWIRTSCHAFT / Forschungsinstitut Wharton sieht im US-Etat- und Handelsbilanzdefizit Hauptgefahren

Die Arbeitslosigkeit verharrt auf hohem Niveau

LEO FISCHER, Bonn

Die Wachstumsraten in Europa und den USA werden sich angleichen. Aber nicht, weil die Europäer aufholen, sondern weil sich das US-Wachstum im laufenden Jahr auf 2,8 Prozent abschwächt. Diese für Europa und die USA wenig zuversichtlich stimmende Prognose gibt das US-Wirtschaftsforschungsinstitut Wharton. Das wachsende Handelsbilanzdefizit der USA wird als Hauptgrund für die Abschwächung des Wachstums in den USA genannt.

Wie Johannes Lapré, der deutsche Geschäftsführer des Wharton-Forschungsinstituts, auf dem Bürgenstock-Meeting der Swiss Commodities and Future Association vor über 200 Rohstoffbrokern und den Präsidenten aller Rohstoffbörsen der Welt ausführte, haben sich die Ungleichgewichte, die 1983 und 1984 entstanden sind, in letzter Zeit weiter verstärkt. Sie rühren vor allem von zwei US-Defiziten her, dem Budgetdefizit und dem Fehlbetrag in der Handelsbilanz. Schon im vergangenen Jahr, so Lapré, haben viele Wirtschaftsforschungsinstitute, unter ihnen auch Wharton, befürchtet, daß die wachsenden Ungleichgewichte zu steigenden Zinsen in den USA und zu einem gedämpften Wirtschaftswachstum führen würden. Statt dessen sei die US-Wirtschaft um „bemerkenswerte" 7,1 Prozent im letzten Jahr gewachsen. Auslandsgüter (hohe Importe) wurden ins Land gezogen, und Auslandskapital floß herein, stärkte den Dollar und hielt den Zinsanstieg in engen Grenzen. Mit dem Ergebnis allerdings, daß die Ungleichgewichte gewachsen sind und die Anpassung für die USA und die Weltwirtschaft erheblich schmerzhafter sein wird.

Und dies sind nach Auffassung des Wharton-Instituts die Hauptgefahren, die der Weltwirtschaft drohen: ein schneller Anstieg der Zinsen (mit allen unangenehmen Folgen für die gesamte westliche Welt), ein schneller Dollar-Verfall (beschleunigt durch einen plötzlichen Vertrauensverlust), eine stark auf wirtschaftliche Kontraktion gerichtete Fiskalpolitik der USA und schließlich eine Zunahme der protektionistischen Bestrebungen. Unter Berücksichtigung all dieser Risiken ist aus heutiger Sicht ein fortgesetztes, aber verlangsamtes Wachstum für die USA im laufenden Jahr und 1986 zu erwarten. Die Teuerungsrate sollte nach Ansicht von Wharton für den Rest der Dekade auf dem jetzigen Niveau bleiben.

Für die Weltwirtschaft sind nach Wharton daraus keine allzu günstigen Prognosen abzuleiten. Außer Großbritannien und Frankreich werden alle größeren westlichen Länder langsamer wachsen als 1984. Für die OECD-Länder wird von Wharton ein Wachstum von etwas weniger als drei Prozent für dieses und nächstes Jahr prognostiziert. Auch für die japanische Wirtschaft wird eine Abschwächung des Wachstums auf etwa drei Prozent prophezeit.

Für die Beschäftigungsentwicklung in den europäischen Staaten werden die Aussichten ebenfalls nicht allzu rosig eingestuft. Nach Wharton reichen die Wachstumsraten in Europa gerade aus, um die Arbeitslosenrate zu stabilisieren. Die durchschnittliche Wachstumsrate bis zum Ende der Dekade wird für Europa auf 2,3 Prozent veranschlagt; es wären aber nach Wharton jährlich mindestens drei Prozent nötig, um die Arbeitslosigkeit wenigstens im kleinen Umfang abzubauen.

Optimistischer sind die Wharton-Leute, was die vielzitierte „weiche Landung" des Dollar anbetrifft. Für Ende August hatten sie 2,8323 Mark für den Dollar prognostiziert, für Ende des Jahres gehen sie von 2,7281 Mark aus. Für Ende 1990 wagen die Wharton-Experten die Prognose eines Dollar-Kurses von exakt 1,7853 Mark.

ITALIEN / Affäre Montedison–Bi-Invest beigelegt

Rückzug der Familieneigner

GÜNTHER DEPAS, Mailand

In der Affäre Montedison–Bi-Invest, die in den letzten Wochen nicht nur die Mailänder Börse, sondern auch die Rechtsanwälte in Atem gehalten hatte, ist zwischen den Beteiligten eine gütliche Einigung gefunden worden. Entscheidend für diese Einigung war der Wille der Hauptaktionäre von Montedison, den Streit zwischen der Bonomi-Gruppe und dem Management des Chemie-Konzerns nicht vor Gericht austragen zu lassen.

Die gütliche Einigung gestattet der Familie Bonomi, sich ehrenvoll aus der bisherigen Familienholding Bi-Invest zurückzuziehen und auch künftig eine, wenn auch wesentlich unbedeutendere, Rolle in der italienischen Finanzwelt zu spielen. Der Montedison-Konzern wird von einem aus 13 Firmen bestehenden Kontrollsyndikat kontrolliert, das insgesamt mit 30,7 Prozent an dem Montedison-Kapital beteiligt ist. Größtes Syndikat-Mitglied ist die Finanzholding Gemina, die an dem Syndikat mit 55,2 Prozent der Anteile beteiligt ist. Innerhalb von Gemina spielt wiederum der Turiner Fiat-Konzern die maßgebende Rolle.

Die getroffene Lösung sieht vor, daß die Familie Bonomi, repräsentiert von dem Bi-Invest-Präsidenten Carlo Bonomi und seiner Mutter Anna, ihren Anteil von Bi-Invest an die Montedison-Tochter MeTa verkauft, die damit die absolute Kapitalmehrheit an dieser Finanzgesellschaft erhält. Für den damit erlösten Verkaufspreis erwirbt die Familie Bonomi von Bi-Invest den 2-Prozent-Anteil an der Finanzholding Gemina sowie das Versandhausunternehmen Postal Market, die Beteiligung an dem Chemie-Unternehmen Saffa und die Auslandsholding Invest-International-Holding, die vor allem im Immobilienbereich tätig ist. Seinerseits verpflichtet sich Montedison zum Verkauf der 2-Prozent-Beteiligung.

GROSSBRITANNIEN / Gewerkschaftskongreß vor einer schweren Belastungsprobe

Spaltung ist nicht auszuschließen

WILHELM FURLER, Blackpool

Im Zeichen der größten internen Schwierigkeiten, denen sich die britische Gewerkschaftsbewegung in ihrer jüngeren Geschichte gegenübersieht, ist im nordenglischen Seebad Blackpool der 117. Gewerkschaftskongreß eröffnet worden. Immer weniger Beobachter schließen aus, daß es noch in dieser Woche zu einer Abspaltung von zwei wichtigen Gewerkschaften vom Gewerkschafts-Dachverband TUC kommen wird.

So hat der Generalsekretär der Elektriker-Gewerkschaft EETPU, Eric Hammond, am Vorabend des Kongresses in aller Öffentlichkeit angekündigt, daß seine Delegation aus Protest den Kongreßsaal verlassen wird, falls es zu einem Ausschluß der Metallarbeiter-Gewerkschaft mit ihren rund eine Million Mitgliedern aus dem TUC kommen sollte.

Wie berichtet, ist den Metallarbeitern der Ausschluß für den Fall angedroht worden, daß sie sich nicht an einen Mehrheitsbeschluß des TUC-Generalrates halten sollten und zu ihrer Entscheidung stehen, weiterhin Regierungsgelder für die Abhaltung von Briefwahlen bei Urabstimmungen anzunehmen. Hammond bekräftigte erneut seine Aussage, daß er seine 380 000 Mitglieder über einen Austritt aus dem TUC abstimmen lassen wird, sollte es zu einem Ausschluß der Metallarbeiter kommen.

Gleichzeitig droht von der Bergleute-Gewerkschaft NUM und ihrem linksgerichteten Präsidenten Arthur Scargill wieder einmal ein Angriff auf die Eintracht der britischen Gewerkschaftsbewegung und der oppositionellen Labour-Partei. So fordert Scargill, daß ein Antrag, wonach auf dem Kongreß von einer künftigen Labour-Regierung die umgehende Wiedereinstellung der während des Kohlestreiks entlassenen Bergleute gefordert werden soll, nicht, wie geplant, zurückgezogen wird. Ein solcher Antrag würde nach Ansicht des Führers der Labour-Partei, Neil Kinnock, sowie der TUC-Führung das Ansehen der Gewerkschaftsbewegung erheblich schädigen.

In seiner Eröffnungsansprache ging der Präsident des Gewerkschaftskongresses, Jack Eccles (Gewerkschaft der Kommunalarbeiter), insbesondere auf die schwierige Lage der Jugendlichen in Großbritannien ein, von denen ein immer größerer Teil keine Hoffnung auf Arbeitsplätze habe.

Darüber hinaus griff er die Regierung wegen ihrer Gesetzgebung an, mit der die Gewerkschaftsbewegung „zerschmettert" werden solle. Frau Thatcher habe mit der ihr hörigen Presse eine regelrechte Anti-Gewerkschaft-Hysterie entstehen lassen.

Gleichzeitig gab der TUC-Präsident allerdings zu bedenken, daß die Gewerkschaftsbewegung nicht mehr den Zustand von gestern wiederherstellen dürfe, sondern erkennen müsse, daß sich Arbeit und Beschäftigung, Struktur und Zusammensetzung der Gewerkschaftsbewegung und schließlich die Arbeitnehmerschaft selbst geändert haben und weiter ändern. Dies erfordere bald mehr Flexibilität einschließlich der Bereitschaft, technologischen Entwicklungen nicht feindlich gegenüberzustehen.

Arbeitsplätze in der Industrie abgebaut

J. Sch. Paris

Die französische Industrie hat 1984 netto insgesamt 168 000 Arbeitsplätze aufgegeben. Ihre Belegschaft ist damit um 4,3 Prozent geschrumpft. Dies ergibt sich aus einer Untersuchung des Industrieministeriums. Das Nationalinstitut für Statistik (Insee) hatte zuvor den Verlust auf 142 000 und das Arbeitsministerium auf 138 000 Arbeitsplätze veranschlagt. Bereits seit 1974 nimmt in Frankreich die Industriebelegschaft ab. Diese negative Entwicklung beschleunigte sich seit 1981. Für die letzten zehn Jahre wird ein Nettoabgang von rund einer Million Personen genannt.

Während aber bis 1982 die von der Industrie freigesetzten Arbeitnehmer weitgehend vom tertiären Sektor übernommen wurden, beginnt dieser inzwischen selbst Arbeitskräfte freizusetzen. Besonders stark reduzierten 1984 die Eisen- und Stahlindustrie, der Schiffbau, die Chemie- und Telefonindustrie Belegschaft, und zwr einschließlich der verstaatlichten Unternehmen. Am besten behaupteten die kleinen Industrieunternehmen ihren Belegschaftsstand.

Neues Defizit der Sozialversicherung

J. Sch. Paris

Die gesetzliche französische Sozialversicherung (Sécurité Sociale) droht erneut in die roten Zahlen zu geraten. Nachdem ihre chronischen, aus Staatsmitteln beglichenen Defizite aufgrund einer temporären Erhöhung der Arbeitnehmerbeiträge sowie verschiedener Sparmaßnahmen im letzten Jahr von einem rechnerischen Überschuß von 16,6 Milliarden Franc abgelöst worden waren, wird für dieses Jahr ein Fehlbetrag von 4,4 Milliarden Franc erwartet. Noch im Juli hatte man mit einem Minus von nur 1,5 Milliarden Franc gerechnet.

Inzwischen veranschlagt die Gewerkschaft das Defizit dieses Jahres auf 25 bis 30 Milliarden Franc, nachdem die Regierung in der Sozialversicherung verschiedene, auf zwölf Milliarden Franc bezifferte zusätzliche Lasten aufgebürdet hat. Stark zu Buche schlagen aber auch die Frühpensionierungen. Allein in diesem Sozialversicherungssektor wird für 1976 bis 1980 ein Defizit von 15 Milliarden Franc erwartet.

Dazu kommen die wieder zunehmenden Ausgaben der Krankenversicherung. Bereits in diesem Jahr werden sie um neun statt um geplante 7,5 Prozent steigen und damit stärker als die Einnahmen, obwohl die Selbstbeteiligung der Versicherten an bestimmten Arzneimittelkosten erneut heraufgesetzt wurde. Dem Arzneimittelverbrauch hat dies aber keinen Abbruch getan. Hier steht Frankreich je Kopf der Bevölkerung nach wie vor in der EG an der Spitze.

Neuseeland ändert das Steuersystem

dpa/VWD, Wellington

Die Senkung der bis zu 66 Prozent reichenden Einkommensteuersätze um bis zu einem Drittel und die Einführung einer Art Mehrwertsteuer von zehn Prozent auf alle Waren und Dienstleistungen, sieht ein Nachtragshaushalt vor, den Schatzminister Roger Douglas dem Parlament in Wellington vorgelegt hat. Das sogenannte Mini-Budget ist der zweite Teil des vor zwei Monaten vorgelegten Haushaltsplanes für das Finanzjahr 1985/86, der wesentliche Abstriche in den öffentlichen Ausgaben vorsah und eine Besteuerung von Gehaltsnebenleistungen wie Firmenwagen und zinsvergünstigten Betriebsdarlehen für Angestellte einführte, um das Defizit zu verringern.

Die Steuerreform – sie soll von 1986 an gelten – ist in Neuseeland stark umstritten, da sie zu einer kräftigen Erhöhung der Lebenshaltungskosten führen wird. Ähnliche Pläne hat die australische Regierung vor kurzem wegen erheblichen öffentlichen Widerstandes aufgegeben. Das neuseeländische Konzept enthält allerdings auch Preissenkungen. So sollen die bisherigen Umsatzsteuern, die bei gewissen Gütern wie Kraftfahrzeugen, Waschmaschinen und anderen Haushaltsgeräten bis zu 40 Prozent betragen, gesenkt und der neuen Mehrwertsteuer angepaßt werden. Außerdem sollen die Minderbemittelten durch erhöhte Unterstützungen für die steigenden Lebenshaltungskosten kompensiert werden.



Preisstopp war unzulässig

J. Sch. Paris

Zum ersten Mal hat ein französisches Gericht eine Preisstoppverfügung der Regierung für unzulässig erklärt. Der wegen angeblich übermäßiger Erhöhung seiner Tarife von der Preiskommission angeklagte Besitzer eines Straßburger Dreisternehotels wurde von der dortigen Strafkammer in erster Instanz freigesprochen. Ein Präzendenzfall?

Die Frage ist, ob die Regierung eine Preisliberalisierungsmaßnahme wieder rückgängig machen kann, wenn sie meint, daß die Freiheit mißbraucht worden ist. Dazu ist sie auf Grund eines Ermächtigungsgesetzes aus dem Jahre 1945 berechtigt. Diesmal aber hat sie nicht verfügt, sondern dem Hotelverband die Preisfreiheit eingeräumt.

Einzelne Hoteliers erhöhten die Preise nachträglich um mehr als 30 Prozent. Der Straßburger Hotelier begnügte sich mit 13 Prozent. Er übertraf damit jedoch die von Paris nachträglich (Ende Juni) auf 4,5 Prozent für 1985 festgesetzte Norm. Im Unterschied zu anderen Hoteliers reagierte er mit der Begründung, daß er die Preisfreiheit zu bedeutenden Investitionen nutzte und für zusätzliches Personal.

POLEN / Konsum ist seit 1980 sehr zurückgegangen

Reallöhne stark gesunken

J. G. G. Bonn

Polen hat noch eine beachtliche finanzielle Durststrecke vor sich. Seit 1980 sind die Nominallöhne in diesem Land zwar deutlich gestiegen, real aber gingen sie um zehn Prozent zurück. Das errechnete der polnische Wirtschaftsexperte Prof. Edward Szczepani, bis zu seiner Pensionierung bediensteter Beamter bei der UNO, der in der Londoner Exilzeitschrift „Rzeczpospolita Polska" die neuesten Wirtschaftsdaten seines Landes vorlegte.

Entsprechend ging auch der Konsum polnischer Haushalte um 15 Prozent zurück. Jede vierte polnische Familie befindet sich somit an der Grenze zum Existenzminimum. Die Hälfte des Familieneinkommens, so der Experte, wird für Lebensmittel ausgegeben, weil die Preise drastisch angezogen haben.

Professor Szczepani untersuchte, wieviel Kaufkraft eine Arbeitsstunde eines polnischen und eines westdeutschen Arbeiters ausmacht. Nach seinen Berechnungen muß der polnische Arbeiter 23 Stunden mehr als sein westdeutscher Kollege arbeiten, um sich ein Hähnchen kaufen zu können. 18,7mal mehr muß er arbeiten, um sich ein Kilo Bohnenkaffee, 7,8mal mehr, um sich ein Ei, 4,2mal mehr, um sich Rindfleisch zum Mittagessen leisten zu können.

Um nur ein Kilo Butter zu kaufen, muß er 2,5mal mehr, für einen Liter Milch zweimal mehr und ein Kilo Brot 1,7mal mehr arbeiten. Ein Kleinwagen der Lizenzmarke Fiat P 126 kostet 36 Facharbeiter-Monatslöhne.

FRAMATOME / Der französische Kernreaktorbauer ist bis 1988 voll ausgelastet

Staatskonzern wird Hauptaktionär

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Das Tauziehen um die Kontrolle von Framatome, dem einzigen Kernreaktorenbauer Frankreichs und dem zweitgrößten der Welt (7600 Beschäftigte), ist praktisch beendet. Der neue Hauptaktionär wird die 1982 verstaatlichte Compagnie Générale d'Electricité (CGE) sein, der größte Elektrokonzern des Landes (162 000 Beschäftigte). Dies bestätigte am Wochenende das Industrieministerium. Die neuen Beteiligungsverhältnisse sind zwar noch nicht definitiv festgelegt. Aber die möglichen Veränderungen gegenüber dem jetzt abgesegneten Schema sollen sich im Rahmen weniger Prozentpunkte halten.

Die französische Atomindustrie wurde zunächst im Zeichen der nationalen Unabhängigkeit vom staatlichen Atomenergie-Kommissariat (CEA) aufgebaut, das Kernreaktoren entwickelte, die mit Natururan betrieben wurden. Nachdem sich diese von Importen und weitgehend auch von ausländischen Lizenzen unabhängigen Atomkraftwerke (an der Loire) als unrentabel erwiesen hatten, beauftragte die Regierung den privaten Creusot-Loire-Konzern (Schneider-Gruppe) als traditionellen Lizenznehmer der amerikanischen Westinghouse die von dieser entwickelten Druckreaktoren nachzubauen. Westinghouse übernahm damals 45 Prozent des Framatome-Kapitals.

Die Gegenofferte der CGE, unter General-Electric-Lizenz, ersatz- oder wahlweise Siedewasserreaktoren herzustellen, wurde aus Rentabilitätsgründen zurückgewiesen, obwohl es die staatlichen Elektrizitätswerke (EDF) lieber gehabt hätten, zwischen zwei Anbietern wählen zu können. Die jetzt getroffene Entscheidung bedeutet für die CGE eine Revanche. Sie wurde durch den Konkurs von Creusot-Loire möglich.

Nachdem das CEA die Westinghouse-Beteiligung an der lizenzunabhängig gewordenen Framatome erworben und danach auf 50 Prozent aufgestockt hatte, wurde ihm vom Konkursrichter die restlichen 50 Prozent der in Liquidation befindlichen Creusot-Loire zur provisorischen Verwaltung anvertraut. Nunmehr soll sich das CEA mit einem Framatome-Anteil von 33-35 Prozent begnügen, was jedenfalls die Sperrminorität bedeutet.

Demgegenüber erhält die CGE 40 Prozent des zu erhöhenden Framatome-Kapitals und die „industrielle Führung", wie es ausdrücklich heißt. Die EDF wird mit 10 Prozent beteiligt, was ihrem lange gehegten Wunsch auf Einsicht in die Framatome-Aktien entspricht. Der Rest verteilt sich auf Hoch- und Tiefbaufirmen sowie das Personal. Im Endergebnis wird die früher vorwiegend private Firma zu über 80 Prozent staatlich.

Für die CGE ist die Transaktion, die sie wahrscheinlich mehr als 1 Mrd. Franc kosten wird, zunächst ein gutes Geschäft. Bis 1988 ist Framatome vollbeschäftigt. Aber die Neubestellungen der EDF werden von jährlich vier Kraftwerkstranchen bis 1986 auf 21987 und 1988 und von da an auf eine Tranche zurückgehen, nachdem die Regierung eine starke Kürzung ihres Kernenergieprogramms geschlossen hatte. Daß die Lücke durch Exportaufträge gefüllt werden kann, erscheint fraglich.

So stehen die neuen Aktionäre vor der Frage, die Aktivitäten der Framatome zu diversifizieren. Dafür bringt die CGE mit ihrem breitgestreutem Produktionsprogramm, das dem von AEG vergleichbar ist, an sich gute Voraussetzungen mit. Auch deckt sie mit ihrer Tochtergesellschaft Alfthom-Atlantique den traditionellen Teil der Kernkraftwerke (Turbo-Alternatoren) ab. Dies kann sich allerdings auch als Handikap für Auslandsaufträge erweisen, bei denen der Kunde auf Beteiligung von Kraftwerksbauern anderer Länder besteht. Aus diesem Grund hat KWU seit 1975 keinen einzigen Exportauftrag mehr erwünscht.

DAS / Firmen-Vertragsrechtsschutz wurde aufgegeben

Schadensbereich entlastet

HARALD POSNY, Düsseldorf

Mehr als die nur um 2,8 (2,8) Prozent auf 638 Mill. DM gestiegenen Prämieneinnahmen haben bei Europas größter Rechtsschutzversicherung, der Münchener D.A.S., die geringere Anzahl von Neuschäden und die insgesamt auf 424 (442) Mill. DM gesunkenen Aufwendungen für Versicherungsfälle zu einer kräftigen Absenkung der technischen Verluste von 37,4 auf 9,3 Mill. DM gesorgt.

Der Geschäftsbericht der zu 90 Prozent den Victoria Versicherungen gehörenden D.A.S. weist insbesondere auf den Rückgang der Schadensfälle aus dem Bereich des jetzt nicht mehr angebotenen Firmen-Vertragsrechtsschutzes hin. Steigende Tendenz hatten dagegen die Schadensmeldungen aus dem privaten Vertragsrechtsschutz und die Zahl der Spätschäden. Der private und gewerbliche Vertragsrechtsschutz waren am Anstieg des Schadensdurchschnitts beteiligt.

Bei der Bildung der Schadensreserve mußte die Gesellschaft dieser Entwicklung mit höheren Gesamtschadensreservierungen und Durchschnittsrückstellungen für nicht erledigte Fälle Rechnung tragen.

Die auf 218 (211) Mill. DM stärker als die Prämien gestiegenen Verwaltungs- und Abschlußaufwendungen begründet der Vorstand mit „kostenintensiven bestandserhaltenden Maßnahmen" bei bevorstehendem Ablauf. Gemessen am Beitragsaufkommen lag die Kostenquote nur gering über dem Vorjahr (34,4 Prozent).

Insgesamt wurden zwar die Ergebnisse des Neugeschäfts 1983 im Berichtsjahr übertroffen, doch machten sich nochmals erhöhte Bestandsabgänge bemerkbar – als Folge von Vertragsauflösungen im Firmen-Vertragsrechtsschutz.

Die erstmals im Herbst 1984 angewandte Beitragsanpassungsklausel konnte das Beitragsaufkommen nicht mehr wesentlich beeinflussen. Insgesamt waren Ende 1984 rund 4,48 Mill. Risiken (plus 44 000) versichert.

Im allgemeinen Geschäft wurden aus 975 (889) Mill. DM Kapitalanlagen 80 (71) Mill. DM an laufenden Erträgen erzielt. Die D.A.S. weist einen Jahresüberschuß von 28 (10,9) Mill. DM aus, von denen 20,3 (5,9) Mill. DM in die Rücklagen gehen. Die Dividende beträgt wieder 16 Prozent auf 30 Mill. Grundkapital.

Im 1. Quartal 1985 blieb das Neugeschäft hinter dem herausragenden Vorjahrsergebnis zurück. Die Schadensmeldungen sind winterwetterbedingt stark gestiegen.

Die Tochtergesellschaft D.A.S. Deutsche Automobil Schutz Versicherungs AG, die die Verkehrs-Service-Versicherung betreibt, hatte 1984 einen „zufriedenstellenden Geschäftsverlauf". Die Beitragseinnahmen wuchsen auf 18,4 (15,2) Mill. DM.

NÄHMASCHINEN / Jubiläum bei Kochs Adler – Von der Haushaltsmaschine zur rechnergesteuerten Anlage

Die Industrie ist überwiegend exportabhängig

H. HILDEBRANDT, Bielefeld

Sein 125jähriges Bestehen konnte Nähmaschinenproduzent Kochs Adler AG, Bielefeld, in diesen Tagen begehen, in unserer schnellebigen Zeit ein durchaus nicht alltägliches Ereignis. Das Unternehmen gehört wie die Branche zu den ersten industriellen Fertigungsbetrieben, die zu Beginn der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts gegründet wurden und damit das Zeitalter der Industrialisierung einläuteten. Aber es gibt nur noch wenige von ihnen, neben Kochs Adler die Dürkoppwerke GmbH, ebenfalls Bielefeld, die Pfaff AG in Kaiserslautern, größter Hersteller hierzulande überhaupt, und einige kleinere Spezialunternehmen.

Die Ursache lag vor allem in dem Strukturwandel auf den Märkten und bei der Produktpalette. Die neuen Konkurrenten aus dem Fernen Osten ließen den mit steigenden Löhnen in Europa produzierten Haushaltsnähmaschinen kaum noch Chancen, sie drangen sogar in das einst lukrative Geschäft mit den Industrienähmaschinen vor.

Erst mitte der sechziger Jahre begann die deutsche Nähmaschinenindustrie sich erfolgreich auf ihre neuen Möglichkeiten im Weltmarkt zu konzentrieren. Von der Haushaltsmaschine hatte man sich weitgehend getrennt. Bei den wesentlich interessanteren Industrienähmaschinen konzentrierte man sich konsequent auf Schwerpunkte.

Nicht die hier benötigten rund 75 Prozent Basismaschinen sind die Zielrichtung, sondern der verbleibende diffizile Sektor der automatisierten Nähanlagen. Einzelfertigung und nicht Serienfertigung lautet hier die Devise, also trotz Baukastensystemen kleine Stückzahlen mit relativ großer Fertigungstiefe. Rechnergestützte Steuerungsmethoden von der Konstruktion bis zum Fertigungsablauf sind dafür allerdings die Voraussetzung.

Die deutsche Nähmaschinenindustrie ist mit dieser Strategie in jüngster Vergangenheit ausgesprochen gut gefahren, denn ihre Produkte sind weltweit gefragt. Nur knapp unter 70 Prozent lagen im vergangenen Jahr die Exportanteile bei Pfaff und Dürkopp, Kochs Adler kam sogar auf 80 Prozent. Westeuropa und die Ostblockstaaten, Südostasien und vor allem die USA gehören zu den wichtigsten Märkten. Die Umsatzsteigerungen lagen 1984 bei den einzelnen Unternehmen zwischen 13 und 15 Prozent, auch in den ersten Monaten 1985 gab es ähnliche Zuwachsraten. Die Hersteller haben inzwischen neue Arbeitskräfte eingestellt oder planen es für die nächste Zukunft.

Aber so ganz ohne Sorgen ist man trotzdem nicht, und diese kommen vor allem von dem so wichtigen US-Markt. Der hohe Dollarkurs hat zwar das Geschäft beflügelt, aber er hat auch eine Kehrseite. Immer mehr amerikanische Nähbetriebe verlegen nämlich ihre Fertigung wegen der hohen Kostenbelastung in Billiglohnländer, vor allem bei leicht transportablen Produkten wie Hemden, Wäsche und auch Schuhen. Ihre Produktionsstätten fallen daher als Abnehmer für deutsche Nähtechnik weitgehend aus.

Prognosen für die weitere Entwicklung sind daher nur bedingt zu machen, zumal auch die Kosten für die Hersteller weiter steigen. Die inzwischen wirksam gewordene Arbeitszeitverkürzung auf 38,5 Wochenstunden bedeutet laut Alfred Zubler, Vorstandsvorsitzender bei Kochs Adler, eine Verteuerung der Herstellungskosten um 3,9 Prozent. Es muß also weiterhin der Beweis erbracht werden, daß man auch in Hochpreisländern mit moderner Technik überleben kann, aber eben nur damit.

BASF

Kapitalerhöhung als „Vorsorge"

adh. Frankfurt

Als „Vorsorge" bezeichnet der Vorstand der BASF AG die Kapitalerhöhung um 200 Mill. DM auf 2511 Mill. DM aus genehmigtem Kapital. Die neuen Aktien werden den BASF-Aktionären im Verhältnis 14:1 zum Preis von 190 DM je 50-DM-Aktie angeboten (Bezugsfrist 17. 9. bis 1. 10. 85); ein entsprechendes Bezugsrecht gilt für die Inhaber von Optionsscheinen der BASF. Der BASF-Vorstand hatte sich auf der Hauptversammlung Ende Juni insgesamt 400 Mill. DM Kapital genehmigen lassen. Bei der Ludwigshafener Chemiegruppe expandierte der Gewinn vor Steuern im ersten Halbjahr dieses Jahres um 37 Prozent auf 1,72 (1,25) Mrd. DM. Für 1984 waren an die Aktionäre 9 (7) DM Dividende je 50-DM-Aktie gezahlt worden. Die BASF-Aktie notierte am Montag in Frankfurt mit 220 DM.

NAMEN

Carl Artur Frormann, Präsident des Verbands der Vereine Creditreform e. V., Neuss, wird am 4. September 65 Jahre.

Helmut Abel, Mitglied des Vorstands der Girmes-Werke AG, scheidet aus gesundheitlichen Gründen aus dem Vorstand aus.

Hans-Dieter Fremann (46), Sprecher der Geschäftsleitung der Landesbausparkasse Münster/Düsseldorf, hat als Nachfolger von **Konrad Müller** den Vorsitz in der Bausparkassen-Kommission der 13 Landesbausparkassen in der Bundesrepublik übernommen.

Alfred Stumpf, Mitglied des Präsidiums des Deutschen Brauer-Bundes und Brauereibesitzer der Brauerei Stumpf KG, Lohr, starb am 26. August nach schwerer Krankheit.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Wieder keine Dividende

Rheda (hdt.) – Die als Zulieferer im Bau- und Möbelbereich tätige Westag & Getalit AG, Rheda-Wiedenbrück, konnte ihre Umsätze in den ersten sieben Monaten 1985 um 2,6 Prozent auf 70,4 Mill. DM steigern. Wie auf der HV verlautete, ist jedoch auch für 1985 mit keiner Dividende zu rechnen. Das Jahresergebnis 1984 weist bei einer Umsatzsteigerung von 3,7 Prozent auf 123,1 (118,8) ein Fehlbetrag von 0,28 Mill. DM aus.

Verschmelzung vollzogen

München (dpa/VWD) – Die Fusion der beiden Münchner Unternehmen Knorr-Bremse GmbH und Süddeutsche Bremsen AG, ist mit der Eintragung ins Handelsregister rechtswirksam geworden. Der neue Aufsichtsrat der jetzt unter Knorr-Bremse AG firmierenden Gesellschaft wird spätestens zum 1. April besetzt sein. Die Neuordnung war notwendig geworden, nachdem Mehrheitsgesellschafter Jens von Bandemer seine Absicht erklärt hatte, sich von seinen Gesellschaftsanteilen zu trennen und sein Privatvermögen in die Glaubensgemeinschaft „Heimholungswerk Jesu Christi" einzubringen. Der Gruppenumsatz der Knorr-Bremse belief sich zuletzt auf rund 1,3 Mrd. DM.

Anlage für UdSSR

Springe (dos) – Die Bison-Werke Bähre und Greten, Springe, haben an die UdSSR eine Anlage zur Herstellung von Zementplatten im Wert von über 21 Mill. DM verkauft. Nach Angaben des Unternehmens ist der noch neue Bereich Anlagen-Technologie überaus erfolgreich. 1985 seien bisher Aufträge für gut 60 Mill. DM hereingenommen worden.

Schwieriges Jahr

Zell (dpa/VWD) – Die Spinnerei und Webereien Zell-Schönau AG, Zell im Wiesental, wird sich mit ihrer Bett- und Tischwäsche-Marke Irisette auch weiterhin nicht am Preiskampf der Branche beteiligen. Das abgelaufene Jahr sei schwierig gewesen, teilte die Unternehmensleitung mit. Ein harter Kampf um Marktanteile habe den Markt gekennzeichnet. Der Umsatz der AG ging 1984 um 6,2 Prozent auf 126,3 (134,6) Mill. DM zurück. Der Jahresüberschuß von 1,06 (3,73) Mill. DM geht wieder voll in die Rücklagen. Im Konzern stieg der Außenumsatz um 5 Prozent auf 195,0 Mill. DM. Beschäftigt wurden in der Gruppe insgesamt 1790 (1829) Mitarbeiter.

Kobusch investiert

Warburg (hdt.) – Rund 18 Mill. DM will die Kobusch – Folien GmbH & Co. KG, Warburg, bis 1988 in die Erweiterung ihrer Produktionsanlagen investieren. Das Unternehmen im Mehrheitsbesitz der niederländischen Tetterode-Gruppoe erzielte 1984 einen Umsatz von rund 43 Mill. DM, für 1985 liegen die Planzahlen bei 48 Mill. DM.

FASSON / Problem sind nur die Lieferfristen

Erfolg mit „Selbstklebern"

J. GEHLHOFF, Düsseldorf

Hübsch passend zum nun vollen ersten halben Jahrhundert ihrer Geschichte werde die Avery International Inc., Pasadena/Kalifornien, 1985 mit ihrem im letzten Jahr um 13,4 Prozent auf 913 Mill. Dollar gewachsenen Umsatz die erste Milliardenhürde überspringen und die Gewinnmarge von 5,2 Prozent dieses Umsatzes wohl noch verbessern. Verläßlich bleibe die für das Gros des weltweiten Auslandsgeschäfts zuständige Tochter „Fasson Europa", Leiden/Holland, mit circa 40 Prozent-Anteil von Umsatz und Gewinn an dieser Blüte beteiligt. Desgleichen deren Dortmunder Tochter Fasson Handelsgesellschaft mbH, die ihren Umsatz im deutschsprachigen Raum 1984 um zwölf Prozent auf 122 Mill. DM steigerte.

Der Dortmunder Geschäftsführer Horst Brendt erinnert zum Jubiläumsjahr an den Beginn: Der arbeitslose R. Stanton Avery, heute Ehrenvorsitzender im Aufsichtsrat seiner 8000 Beschäftigte und wohl ebensoviele Aktionäre zählenden Firma, jobbte einst in der Weltwirtschaftskrise als Blumenstraußausträger für noch florierende Floristen und tüftelte heraus, daß ablösbare Etikettenaufkleber auf den Cellophan-Hüllen der Sträuße ihn vor Schelte wegen Adressatenverwechslung schützten.

Der junge Mann witterte den latenten Bedarf in Nahrungsmittel- und sonstiger Konsumgüterindustrie und wurde 1935 selbständiger Etikettenproduzent. Der daraus entstandene Konzern blüht heute noch mit drei Vierteln seines Weltumsatzes durch Selbstklebeartikel, hier nun mit herausragenden Wachstumsraten auf den Feldern Medizin und Hygiene.

Das alles spiele sich derzeit auf einem Markt ab, sagt Horst Brendt, der den Herstellern von Selbstklebematerialien „sehr gute" Beschäftigung und als einziges Problem die zum Teil überlangen Lieferfristen beschere. „Fasson Europa" schwimmt da auf der Expansionswoge auch mit Beteiligungszukauf: In England wurde 1985 schon der Büromaterialproduzent Meyer Inc. (120 Mill. DM Umsatz) erworben, in der Bundesrepublik stehe der Erwerb einer „artverwandten" Firma mit 20 Mill. DM Umsatz vor dem Abschluß.

MAN Nutzfahrzeuge konsolidiert weiter

dpa/VWD, München

Der Bereich Nutzfahrzeuge der MAN Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG, Augsburg, strebt ein Jahr nach dem Ende der zweijährigen Konsolidierungsphase nach mehr Effizienz bei kleinerem Volumen. Das erklärte Vorstandsmitglied Wilfried Lochte anläßlich der Präsentation des neuen Modellprogramms, das auf der Internationalen Automobilausstellung in Frankfurt (IAA) gezeigt werden soll.

Nach einem Nachfragetiefpunkt bei Linienbussen im Geschäftsjahr 1984/85 (30. 6.) will MAN mit drei neuen Modellen 1985/86 einen Überschuß aus dem laufenden Geschäft erzielen. Obwohl auch 1985 noch europaweit 20 Prozent weniger Bedarf an mittelschweren und schweren Lastwagen (mehr als neun Tonnen Gesamtgewicht) erwartet wird als im Spitzenjahr 1979, will MAN im laufenden Geschäftsjahr mit 24 000 Fahrzeugen 15 Prozent mehr absetzen als 1984/85. Das Umsatzziel liegt bei 3,6 (3,27) Mrd. DM.

Geplant sei, so Vorstandsmitgied Lochte, daß etwa die Hälfte der MAN-Lastwagen- und Omnibusproduktion im Inland und bis zu 40 Prozent in den Nachbarländern abgesetzt werden. Das Augenmerk bleibe auch auf die außereuropäischen Märkte gerichtet. In den USA hätten 1984 allerdings Gespräche mit General Motors über die Lieferung von Teilen und Komponenten aus dem MAN-Programm nicht zu einem Ergebnis geführt.

LAURA ASHLEY / Den deutschen Markt bisher noch nicht vollständig erschlossen

Blühendes Geschäft mit Kleingeblümtem

SABINE SCHUCHART, Bonn

„Typisch Englisches" im Blümchen-Look ist gefragt wie kaum zuvor. Die britische Laura Ashley Gruppe, Carno (Wales), die Damen- und Kinderbekleidung sowie Heimtextilien herstellt und vertreibt, wird in diesem Jahr ihre weltweite Ladenkette von 180 auf rund 225 Geschäfte ausdehnen. Zu den ehrgeizigen Expansionsplänen heißt es in einer firmeneigenen Studie: „Weltweit gibt es für die Anziehungskraft des charakteristischen Laura-Ashley-Stils keine der üblichen demographischen Grenzen."

Der Erfolg rechtfertigt die selbstbewußte Haltung des Familienunternehmens, in dem neben den Firmengründern Laura und Bernard Ashley auch deren vier Kinder in leitenden Positionen tätig sind. Von Großbritannien aus, wo sich in allen Teilen des Landes die betont schlicht gehaltenen Geschäfte mit dem grazilen Blütenzweig im Firmenemblem finden, wurden andere Kontinente erobert: Von Paris, Genf, Brüssel über Athen, Düsseldorf, San Francisco, Toronto und Sydney bis hin zu Tokio ist „Laura Ashley" auf den Prachtstraßen der Metropolen zu finden.

Im vergangenen Jahr schnellte der Umsatz auf 105 Mill. Pfund (420 Mill. DM), nachdem drei Jahre zuvor erst die 50-Mill.-Pfund-Marke überschritten und 1974 noch ein Jahresumsatz von 2 Mill. Pfund erzielt worden war. 4000 Beschäftigte sorgen heute auf der ganzen Welt für reichhaltig gefüllte Regale.

Hinter den Verkaufserfolgen steht ein seit Jahrzehnten kaum verändertes Konzept, das in einer Londoner Küche mit dem Bedrucken von Sets und Halstüchern 1953 seinen Anfang nahm. Sämtliche Kollektionen basieren ausschließlich auf Naturfasern und sind nach „Design-Grundsätzen aufgebaut, die die besten Elemente aus der Vergangenheit und Gegenwart des englischen Landlebens in sich vereinen". Darin kommt eine Lebensphilosophie zum Ausdruck, die der Sehnsucht des Menschen nach Naturverbundenheit, nostalgischer Romantik und anheimelnder Atmosphäre glänzend entgegenkommt.

Das Sortiment reicht von Kleidern, Blusen, Röcken, spitzenverzierter Nacht- und Unterwäsche über Kinderkollektionen und Brautmoden bis zu zart geblümter Bettwäsche, Teegeschirr, Lampen, Briefpapier, Tapeten und Fliesen. Den Schlüssel zum Erfolg bildeten ursprünglich die Kleiderentwürfe. Große Bedeutung hat heute auch der erst 1974 neu hinzugekommene Bereich der Innenausstattung. Die rund 1350 verschiedenen Artikel in diesem Bereich machen inzwischen 45 Prozent des Gruppenumsatzes aus. Produziert wird neben dem Hauptwerk in Carno, das auch Sitz der Hauptverwaltung ist, und anderen Herstellungsbetrieben in Großbritannien auch in den Niederlanden, Irland und den USA.

Obwohl nach Auffassung des Unternehmens hervorstechendstes Merkmal der Laura-Ashley-Kundin ihr ausgeprägter Individualismus ist, verkaufen sich die Design-Produkte bisher überall auf der Welt, ohne daß Konzessionen an den regionalen Geschmack notwendig wären. Erst mit dem Vorstoß in den ostasiatischen Raum werden derartige Differenzierungen erwogen.

Mit einem Umsatz von 52 Mill. Dollar sind die USA wichtigster Absatzmarkt außerhalb der britischen Inseln. 1985 sollen hier 25 neue Läden entstehen. Innerhalb Europas finden die im viktorianischen Stil gehaltenen Entwürfe in Frankreich die meisten Anhänger. Hier gab es Ende vergangenen Jahres 19 Laura-Ashley-Geschäfte, davon neun in Kaufhäusern. Auf dem deutschen Markt, der mit bisher sieben Geschäften als noch nicht voll erschlossen gilt, öffnen in diesem Jahr vier weitere Läden. Nach Bremen werden demnächst noch Niederlassungen in Köln, Hannover und Essen oder Wiesbaden folgen.

Die Gesamtinvestitionen der Unternehmensgruppe erreichen in diesem Jahr mit 20 Mill. Pfund ein etwa doppelt so hohes Niveau wie 1984. Neben dem Ausbau der Einzelhandelskette profitiert davon auch eine neue Stoffabrik in Newtown (Wales), die die Produktionskapazität ab 1986 um 50 Prozent steigern soll. Zur Finanzierung des Expansionsprogramms will Laura Ashley Anfang nächsten Jahres an die Börse gehen.



Kleine Schritte zur Entspannung sollen den Wirtschaftsaufschwung sichern

Von MANFRED NEUBER

In Korea keimt die Hoffnung auf eine Annäherung zwischen den beiden feindseligen Regimen in der gespaltenen Nation. Sowohl im Süden als auch im Norden des geteilten Landes spricht die Führung von Wiedervereinigung. Angesichts der scharfen Gegensätze ist das nichts weiter als eine schöne Illusion. Die Bevölkerung wäre schon froh, wenn kleine Schritte zu menschlichen Erleichterungen wie in Deutschland führten.

Vier Jahrzehnte nach der Befreiung von der japanischen Herrschaft und 32 Jahre nach dem Ende des Korea-Krieges, der entlang des 38. Breitengrades die offene Wunde der Trennung hinterließ, ist Bewegung in die starren Fronten gekommen. Zum ersten Mal besteht Aussicht auf Entspannung.

Südkorea sehnt sie herbei als Voraussetzung für seinen wirtschaftlichen Aufstieg und seine internationale Anerkennung. Die Asiatischen Spiele 1986 und die Olympischen Sommerspiele 1988 in Seoul sollen vor aller Welt bezeugen, welches System die lebenswertere Gesellschaft hervorbringt.

Nordkorea trachtet danach, seine selbstverschuldete Isolierung zu überwinden. Weil es mit Terror politische Ziele verfolgte, ist es international verfemt. Um seine wirtschaftliche Rückständigkeit überwinden zu können, wirbt es seit kurzem um westliches Kapital und Know-how.

Das geschieht auf Drängen der Volksrepublik China. Peking wünscht keine Spannungen um Korea. Das würde seine Zusammenarbeit mit dem Westen bei der industriellen Modernisierung stören. Und sie verzögerten eine Normalisierung des Verhältnisses zu Seoul, die für beide vorteilhaft sein kann.

Mittlerweile bestehen auf fünf Ebenen parallele Kontakte zwischen Nord und Süd. Erstes konkretes Resultat ist die Übereinkunft über Familienbesuche, die im August in Panmunjom getroffen wurde. Westliche Diplomaten sehen zwar noch keinen Durchbruch, aber eine ermutigende Entwicklung.

So breitgefächerte Verhandlungen zwischen Nord- und Südkorea schienen noch vor geraumer Zeit undenkbar. Nach dem Mordanschlag auf die Begleitung des südkoreanischen Präsidenten bei seinem Staatsbesuch im Oktober 1983 in Birma durch Agenten Nordkoreas standen die Signale eher auf kriegerische Zuspitzung.

Seither hat Peking mäßigend auf Pjöngjang eingewirkt, und Seoul verzichtete stillschweigend auf seine Forderung, Nordkorea müßte ein öffentliches Schuldbekenntnis ablegen. Ob die inzwischen begonnenen Gespräche zu einem Minimum an Vertrauen führen, läßt sich noch nicht abschätzen.

Seoul hegt den Verdacht, daß die Gegenseite möglicherweise nur Verhandlungsbereitschaft vortäuscht, um China zufriedenzustellen und um mit den USA ins Gespräch zu kommen. In Wirklichkeit wolle Pjöngjang aber den Abzug der Amerikaner aus dem Süden erreichen, während es selbst weiter aufrüste.

Südkoreas Präsident Chun Doo Hwan bekräftigte am 40. Jahrestag der Befreiung Koreas von den Japanern sein Angebot an den nordkoreanischen Staats- und Parteichef Kim Il Sung zu einem Gipfeltreffen. Dabei solle über einen Nichtangriffspakt und die Wiedervereinigung gesprochen werden.

Obwohl Korea nicht in den Zweiten Weltkrieg verwickelt war und nur aufgrund der Entwaffnung der Japaner durch Amerikaner und Russen in zwei Lager geriet, hat es heute noch härtere Folgen als Deutschland zu tragen: Es gibt weder Reiseverkehr noch Post zwischen beiden Teilen, und die Telefonverbindung beschränkt sich auf einen „heißen Draht".

„Wir sollten uns ohne Rivalität und Feindschaft im Interesse der Aussöhnung und der Einheit treffen", appellierte er an seinen Gegenspieler in Pjöngjang. „Wir sollten im guten Glauben und mit Hingabe für das Wohlergehen der Nation und für den Weltfrieden miteinander sprechen."

Die kommunistischen Machthaber im Norden haben bilaterale Gespräche stets abgelehnt und dreiseitige Verhandlungen unter Einbeziehung der USA gefordert, bei denen es vorrangig um den Abzug der Amerikaner aus dem Süden gehen soll. Offenbar setzen sie darauf, so Südkorea und die Vereinigten Staaten entzweien zu können.

Nordkorea hat nahezu 800 000 Mann unter Waffen und ist kürzlich von der Sowjetunion mit modernen MiG-23-Düsenmaschinen ausgerüstet worden. Die Streitkräfte Südkoreas zählen rund 600 000 Mann. Unter der Flagge der Vereinten Nationen, die im Korea-Krieg die kommunistische Aggression zurückwies, sind 40 000 US-Soldaten im „Lande der Morgenstille" stationiert.

Washington befürwortet eine Politik der kleinen Schritte zur Entspannung in Korea. Außenminister George Shultz trat dafür ein, „daß sich beide Seiten als gleichrangige Partner anerkennen und gemeinsam den Frieden, die Einigung und den Wohlstand der Nation anstreben". Am militärischen Beistand für den Süden gibt es jedoch keine Zweifel.

Nachdem in den siebziger Jahren der Kissinger-Vorschlag von der „kreuzweisen Anerkennung" (Südkorea nimmt Beziehungen zu China und der Sowjetunion auf, Nordkorea wird von Japan und den USA anerkannt) nichts gefruchtet hat, werden nunmehr Teillösungen angestrebt. Daran sind China und Japan gleichermaßen interessiert.

Während in Nordkorea das Ende der Ära Kim Il Sung dämmert und sein Sohn mit Moskauer Plazet als Nachfolger aufgebaut wird, tauchen Fragezeichen über der politischen Zukunft Südkoreas auf. Der ehemalige Fallschirmjäger-General Chun hat wiederholt erklärt, daß er nur bis zum Ende dieser Präsidentschaft im Amt bleiben werde.

Die erstarkte Opposition in Seoul wartet auf ihre Chance zur Übernahme der Regierung. Unter den gegenwärtigen Kautelen ist vorläufig nicht damit zu rechnen. Sollte ein Wechsel auf der Straße oder an den Universitäten erzwungen werden, dürfte das Pendel stärker in die autoritäre Richtung ausschlagen.

Für die politische Lage in Südkorea erhält die Wirtschaftsentwicklung eine ständig größere Bedeutung. Die Masse der Bevölkerung will Anteil haben am „koreanischen Wirtschaftswunder". Während das Bruttosozialprodukt in den vergangeen 25 Jahren durchschnittlich um 8,4 Prozent stieg, dürfte es in diesem Jahr nur fünf bis sechs Prozent erreichen.

Die Opposition verlangt, daß die Auslandsschulden (43 Milliarden Dollar) verringert werden. Sie lehnt eine Liberalisierung des Handels ab, weil dann noch mehr fremde Waren gegen teure Devisen ins Land kämen. Die Regierung gerät in eine Zwickmühle: Sie kann nicht den Protektionismus beklagen und selbst Barrieren errichten.



Ein Foucaultsches Pendel registriert die Schwerkraft im Zentrum von Seoul FOTO: HHH

Exportboom schuf eine fernöstliche Erfolgsstory

Von CHR. v. d. DECKEN

Während sich das wirtschaftliche Gefälle zwischen den meisten Entwicklungsländern und den Industrienationen ungeachtet aller Entwicklungshilfeanstrengungen Jahr für Jahr vergrößert, findet eine kleine Zahl aufstrebender Volkswirtschaften zunehmend Anschluß an die fortgeschrittenen Industrieländer.

Aus der Gruppe dieser dynamischen „Newly Industrializing Countries" ragt die Republik Korea in vielfacher Hinsicht heraus. Im Zeitraum 1964–1984 erzielte Südkorea ein reales jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich 9 Prozent; seine gesamtwirtschaftliche Leistung erreichte im vergangenen Jahr 81 Milliarden US-Dollar. Das Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung erhöhte sich in den letzten zwanzig Jahren von 100 auf 2000 US-Dollar.

Die Triebkräfte des dynamischen Aufschwungs, den die koreanische Volkswirtschaft verzeichnete, sind leicht auszumachen. An erster Stelle steht das ausgeprägte Streben nach Industrialisierung: Während sich der Beitrag der Landwirtschaft zum Sozialprodukt des Landes in den letzten zwanzig Jahren auf rund 15 Prozent mehr als halbierte, hat sich der Anteil der Industrie auf 43 Prozent gut verdreifacht. Von der Erzeugung von Nahrungsmitteln, Textilien und Bekleidung verschob sich dabei der Schwerpunkt im Laufe der Jahre hin zum Maschinen- und Schiffbau, zur Elektrotechnik und Chemie.

Ein weiteres Charakteristikum der südkoreanischen Volkswirtschaft ist ihre weitreichende Integration in die Weltwirtschaft. Güter- und Dienstleistungsexporte entsprechen knapp 40 Prozent des Sozialprodukts. Über 90 Prozent der Ausfuhren bestehen aus verarbeiteten Produkten – eine Relation, die von vielen Industrieländern nicht erreicht wird.

Die frühzeitig vollzogene Kehrtwendung von einer binnen- zur exportorientierten Industrialisierung

● Fortsetzung Seite 13

Die Nachfrage kommt aus dem Ausland

● Fortsetzung von Seite 12

sowie die Anpassung von Zinsen, Preisen und Wechselkursen an die Markterfordernisse weckten die Wachstumskräfte des Landes und führten zum Aufblühen einer dynamischen Privatwirtschaft. Die wirtschaftlichen Erfolge Südkoreas scheinen den Vergleich zu einer anderen „success story" des ostasiatischen Raums – dem Vordringen Japans in die Spitzengruppe der Industrieländer – geradezu herauszufordern. Auf den ersten Blick *existieren tatsächlich* Parallelitäten, die von der exportgetragenen Industrialisierung bis hin zur starken Einflußnahme der Wirtschaftspolitik auf den Privatsektor reichen. Die koreanischen Großhandelshäuser, die fast 50 Prozent der Exporte des Landes bestreiten, ähneln den japanischen „Sogo Shoshas" sehr stark.

Obwohl das Beispiel der japanischen Wirtschaftsentwicklung die koreanische Industrie zweifellos beflügelte, bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den beiden *Nachbarländern, insbesondere in politischer*, historischer und sozialer Hinsicht. Zudem unterliegt Japan, das sich auf einen Binnenmarkt mit 120 Millionen kaufkräftigen Verbrauchern stützen kann, außenwirtschaftlich in deutlich geringerem Maße als Südkorea den weltwirtschaftlichen Konjunkturschwankungen.

Diese ausgeprägte Abhängigkeit von internationalen Einflüssen zeigte sich einmal mehr im ersten Halbjahr 1985, als angesichts der Konjunkturberuhigung in den USA, die über ein Drittel der koreanischen Exporte aufnehmen, die Ausfuhr Südkoreas um 4 Prozent zurückging und sich das Wirtschaftswachstum auf 4,7 Prozent verlangsamte. Von einer raschen Wiederbelebung der Auslandsnachfrage ausgehend, rechnet die Regierung aber für 1985 insgesamt mit einem Anstieg des Sozialprodukts um 6,3 Prozent, der sich im kommenden Jahr auf knapp 7 Prozent beschleunigen könnte. Damit dürfte Südkorea weiterhin zu den expansivsten Volkswirtschaften der Welt gehören.

Christoph von der Decken ist Mitglied des Vorstandes der Deutschen Bank AG

WIRTSCHAFTSBEZIEHUNGEN / Aufmerksamkeit für das ferne Schwellenland

Rascher ökonomischer Erfolg gilt als nationale Aufgabe

Von P. BIALAS

Als ein „Schwellenland", das in Teilbereichen eine internationale Wettbewerbsfähigkeit erreicht hat, wird Korea zunehmend Aufmerksamkeit zuteil. Schon erkennt man in den Koreanern neue, ernst zu nehmende Wettbewerber aus Fernost, die es den Japanern offensichtlich nachmachen wollen.

Für Besucher immer wieder auffällig ist die Emsigkeit, hinter der sich ein verbissener Fortschrittswille verbirgt. Im hektischen Schaltzentrum der 10-Millionen-Metropole Seoul finden nur noch Eingeweihte die Überreste einer eher besinnlichen, traditionalen Kultur des einstigen „Landes der Morgenstille". Trotz kultureller Blütezeiten überließ die 2000jährige Geschichte das Land den Menschen am Ende arm und karg. Nun haben sie ein neues gemeinsames Ziel: das Wachstum ihrer Wirtschaft.

Deren aufstrebende Dynamik, die das Aussehen der Städte und das Angebot an Gütern und Dienstleistungen beinahe von Monat zu Monat *sichtbar verändert, ist der wichtigste* Grund für die Anwesenheit der etwa 6000 ausländischen Zivilpersonen, darunter 600 Deutsche.

Wo vor 25 Jahren noch Fahrräder und Lastenträger in engen Gassen das Bild dominierten, kriechen heute auf breiten Schnellstraßen Schlangen von Autos, ganz überwiegend koreanischer Herkunft, in Stundentakten durch Seoul.

Die Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes lag 1984 bei 7,6 Prozent und erreichte damit, wie in den Vorjahren, das im Fünfjahreswirtschaftsplan gesteckte Ziel. Das Pro-Kopf-Einkommen stieß mit *1978* US-Dollar nahe an die projektierte 2000-Dollar-Grenze und wird nach realistischen Einschätzungen bis 1988, dem Jahr, in dem sich Korea als Gastnation der Olympischen Spiele der Welt präsentieren will, auf mindestens 2500 Dollar ansteigen.

Deutschland ist neben Großbritannien für Korea der größte und wichtigste Handelspartner in Europa und befindet sich, die Erdölstaaten eingeschlossen, unter den ersten sechs überhaupt, wenn auch mit großem Abstand nach den USA und Japan; das Handelsvolumen mit Deutschland wies 1984 1,7 Milliarden Dollar auf. Dies waren 6,4 Prozent des gesamten Ostasienhandels der Bundesrepublik Deutschland.

Koreanische Firmen lieferten für 920 Millionen US-Dollar hauptsächlich Textilien, Leder, Rauchwaren, Unterhaltungselektronik und einfache elektrotechnische Erzeugnisse, während deutsche Exporteure für 790 Mill. US-Dollar vor allem Produkte der chemischen Industrie, Maschinen, elektrotechnische Spezialgeräte und Transportausrüstungen verkauften.

Im Moment stehen die Zeichen für den deutschen Export besonders gut: Ein Handelsbilanzdefizit von 1 Milliarde US-Dollar nur im ersten Jahresdrittel 1985 mit Japan zwingt koreanische Einkäufer, ihre Geschäfte, wenn irgend möglich, mit Anbietern aus anderen Nationen zu tätigen. Bei Chemikalien, Maschinen und Anlagen, die den Hauptteil des japanischen Exports nach Korea ausmachen, sind die Deutschen am Zuge. Doch auch bei technologisch höherwertigen Gütern ist der Handel inzwischen keine Einbahnstraße mehr.

Nachdem „Billigwaren", made in Korea, schon seit vielen Jahren deutsche Kaufhäuser überfluten, machen inzwischen zum Beispiel auch koreanische Maschinenbauer den deutschen Ingenieuren ihre ureigenste Domäne streitig. Das neue industrielle Zentrum in Fernost ist damit ernst zu nehmender Konkurrent, aber ebenso auch möglicher Partner.

Eine Reihe deutscher Banken und industrieller Unternehmen hat bereits seit den 60er Jahren Investitionen, meist in Form von Joint-ventures, getätigt. *Über 80* Prozent konnten bereits in ihrem zweiten Geschäftsjahr in Korea Gewinne ausweisen.

Dennoch sind deutsche Investitionen gering. Mit 29 Millionen US-Dollar bei insgesamt 23 Projekten haben deutsche Unternehmer bisher nur einen Anteil von 1,4 Prozent an den gesamten getätigten ausländischen Investitionen.

Die neuere, liberalisierte Investitionsgesetzgebung könnte zukünftig mehr deutsche Präsenz hervorrufen. Angesichts drohender protektionistischer Tendenzen wäre dies eine bewährte Maßnahme, technisch hochwertige deutsche Güter über manche Einfuhrbeschränkung hinweg doch noch ins Land zu liefern. Gemeinschaftsunternehmen gestatten ferner die Einflußnahme auf Produktion und Absatzstrategien der Industrie dieser Region und erweitern damit auch den einheimischen unternehmerischen Planungshorizont.

Interessant ist aber vor allem die Teilhabe an Unternehmensgewinnen in einem der am schnellsten wachsenden Märkte der Welt. Eines ist sicher: Wenn die deutschen Unternehmen nicht in Korea investieren, tun es die Amerikaner und Japaner.

Wichtiger noch als die Kapitaleinfuhr ist für Korea der damit meist verbundene Technologietransfer. Der härtere Wettbewerb zwingt zu immer schnellerer Umorientierung auf andere Märkte sowie zu Anpassungen der Produktionsstrukturen.

Im Bewußtsein ihrer starken Abhängigkeit von den USA und Japan versucht die stolze und selbstbewußte koreanische Führungselite verstärkt, andere Nationen in den Aufbau des Landes einzubeziehen. Lieferanten von fortschrittlichem technologischem Know-how werden zahlreiche steuerliche Anreize sowie andere Vergünstigungen geboten. Wenn es auch in Forschung und Entwicklung noch hinter dem Niveau der Industrieländer zurückliegt, wird Korea durch seine von der Regierung forcierte Imitationsstrategie unaufhaltsam zur Spitze der Produzenten technisch hochwertiger Erzeugnisse auf dem Weltmarkt vordringen. Dazu aber braucht das Land Partner, die beim Aufbau der entsprechenden Industrien mitzuwirken bereit sind, ohne dadurch ihre eigenen klassischen Absatzmärkte zu gefährden. Was das pazifische Becken anbetrifft, sind hier die USA und Japan neuerdings naturgemäß zurückhaltender, als es Europäer sein müssen.

Deutschland, nicht nur durch das Teilungsschicksal besonders verbunden, sondern auch seit einem Jahrhundert ein fester Pol in der wissenschaftlichen und kulturellen Erziehung, erhält somit höchste Priorität.

P. Bialas ist stv. Geschäftsführer der Deutsch-Koreanischen Industrie- und Handelskammer, Seoul

ENTWICKLUNG / Joint-ventures als Vorbilder

Deutsches Image besser als das Anlage-Volumen

Von YEUN-SOON CHUNG

Angesichts der Knappheit an natürlichen Ressourcen ließ konsequenter Einsatz des Arbeitskräftepotentials der Republik Korea das reale Bruttosozialprodukt über Jahre auf ein hohes Niveau steigen, manchmal wurden sogar zweistellige Zuwachsraten erzielt.

Mit zu dieser positiven Entwicklung hat in entscheidendem Maße auch der Außenhandel Südkoreas beigetragen.

Die Bedeutung der Bundesrepublik kann man daraus ersehen, daß dieses Land jeweils an sechster Stelle der wichtigsten Export- und Importländer Koreas steht. In der Exportliste rangieren die USA mit 36 Prozent an den Gesamtausfuhren und Japan mit rund 16 Prozent weit vorn. Es folgen Hongkong, Saudi-Arabien und Großbritannien mit nur geringfügig höheren Exportanteilen als die Bundesrepublik Deutschland (3,2 Prozent).

Bei den Einfuhren aus der Bundesrepublik *standen chemische und* schwerindustrielle Erzeugnisse an der Spitze. Dabei betrug der Anteil von Maschinen und Fahrzeugen rund 41 Prozent und der chemischer Produkte etwa 24 Prozent. Es folgen elektrische und elektronische Erzeugnisse im Werte von 241 Millionen D-Mark. Das entspricht einem Anteil von rund 14 Prozent.

Man legt in Korea höchsten Wert auf modernste Investitionsgüter „Made in Germany" und sieht beste Chancen für die deutsche Industrie.

Koreas Hauptausfuhrgüter in die Bundesrepublik stammen größtenteils aus der Leichtindustrie: Textilien und Bekleidung im Werte von 943 Millionen US-Dollar (Anteil: nahezu 40 Prozent), Lederwaren für 423 Millionen US-Dollar und einem Anteil an den Gesamtexporten in die Bundesrepublik von rund 18 Prozent. Hinzu kommen elektronische Erzeugnisse und Metallwaren, die zusammen einem Wert von 441 Millionen US-Dollar entsprechen. Dabei erreichten die elektronischen Artikel mit 325 Millionen US-Dollar einen Anteil von etwa 14 Prozent.

Angesichts der starken Abhängigkeit der südkoreanischen Außenhandelswirtschaft von den USA und Japan bemüht sich das Land zunehmend um europäische Firmen, um sie zu wirtschaftlicher Zusammenarbeit zu bewegen. Zur Unterstützung dieser Absicht hat die koreanische Regierung das Gesetz über die Auslandsinvestitionen geändert. Dieses Gesetz sieht nun eine weitgehende Liberalisierung der ausländischen Investitionen und den Versuch vor, den ausländischen Anlegern größere Rechtssicherheit zu verschaffen.

Das Volumen deutscher Investitionen in Südkorea betrug 1983 rund 101 Millionen Mark. Dies entsprach zwar nur 1,5 Prozent der offiziell genehmigten Auslandsinvestitionen (Japan: 48,6 Prozent, USA: 27,7 Prozent), aber abgesehen von der quantitativen Betrachtung gibt man den Deutschen Erfolgschancen. So gelten die Joint-venture-Unternehmungen von Hoechst, BASF, Boehringer-Ingelheim und Siemens als Vorbilder deutsch-koreanischer Zusammenarbeit auf dem wirtschaftlichen Sektor.

Trotzdem können die Probleme in den deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen nicht übersehen werden: Die Kontingentierung der Importe von Bekleidung und Textilien gemäß dem Welt-Textilabkommen, die Selbstbeschränkungsmaßnahmen bei Bestecken sowie die Tendenz der EG, die Einfuhr von anderen Artikeln, etwa Schuhen aus Stoffen, zu beschränken. Von koreanischer Seite wird zur Lösung dieser Probleme die Meistbegünstigungsklausel des Gatt favorisiert.

Um sowohl deutsche als auch koreanische Unternehmen bei der Suche nach den jeweils passenden Partnern zu unterstützen, hat die koreanische Regierung in Hamburg und in Frankfurt koreanische Handelszentren unter der Bezeichnung Korea Trade Center (Kotra) eingerichtet. Diese Büros beschäftigen sich mit der Anbahnung und Pflege der deutsch-koreanischen Wirtschaftsbeziehungen, stellen die koreanische Wirtschaft auf Messen vor und sind vor allem der Ansprechpartner für deutsche Unternehmen, die Verbindungen nach Korea suchen.

Yeun-Soon Chung ist Direktor des Korea Trade Center, Frankfurt

Faktor zu Lande und in der Luft

Vor 16 Jahren waren es lediglich 380 000 Passagiere, die mit den Maschinen der „Korean Airlines" (seit 1985: Korean Air) flogen. Letztes Jahr waren es rund 5,37 Millionen. Nichts macht den rasanten Anstieg der Fluglinie zur drittgrößten in Asien und achtgrößten in der Welt deutlicher.

1969 wurde die Gesellschaft an den privaten Hanjin-Konzern verkauft. Heute fliegen 47 Jets, darunter vier Jumbos, Airbusse und Fokker-Maschinen 37 Stationen in 19 Ländern an. *Frankfurt zählt dazu.*

Nicht nur im Passagierbereich ist die Fluglinie ein wichtiger Faktor in Asien geworden. Neben Japan, Hongkong und Singapur ist Südkorea inzwischen zu einem der größten Luftfracht-Transporteure aufgestiegen. An erster Stelle stehen Textilien (38 Prozent), Elektronik (13,9 Prozent), dann folgen Nahrungsmittel mit 12,7 Prozent. In der Gegenrichtung befördern die Großraumflugzeuge vor allem industrielle Erzeugnisse.

Auch am Boden stehen die Zeichen der Fluglinie auf Expansion. Die Terminals in New York und Los Angeles wurden modernisiert. Für Blumen und leichtverderbliche Güter werden neue Kühlhallen gebaut. Präsident Choong Hoon Cho: „Hier sehen wir Wachstumschancen, da der Markt für verderbliche Güter auf schnelle Transportwege angewiesen ist."

Cho gehört auch dem Management der Hanjin-Gruppe als Chairman an, die die „Korean Air" betreibt.

Zur Reederei, Luftfahrt- und Speditionsgesellschaft gehören inzwischen auch eine Reisebürokette, ein Bauunternehmen mit Aufträgen vor allem aus den arabischen Ländern, einige Farmbetriebe und Steinbrüche (Jedong Industries), Versicherungsgesellschaften (The Oriental Fire & Marine Insurance Company), Rückversicherungen (Hanil Securities Company), eine Bank (Korean French Banking Corp.), eine eigene Universität, die „Inha University", und eine eigene Luftfahrtschule unter dem Namen „Chongsok Foundation Korea Aviation College". US

Korea
Redaktion: H.-H. Holzamer, Bonn
Anzeigen: Hans Biehl, Hamburg

Aktienmarkt verunsichert

Aber zum Schluß Käufe zu steigenden Kursen

DW. – Der Börsenfeiertag in New York, der an den deutschen Aktienmärkten die Zahl der ausländischen Kaufaufträge merklich drosselte sowie der Ereignisse in Südafrika bestimmten über weite Strecken die Aktientendenz. Der Berufshandel war bereit, sich von einem Teil seiner Bestände auch zu niedrigeren Kursen wieder zu trennen. Hoffnungsschimmer für die weitere Entwicklung gingen von einigen Anlagekäufen aus, die in der zweiten Börsenstunde zumindest einen Teil der zunächst eingetretenen Kurseinbußen wieder ausglichen.

Überrascht hat der kräftige Anstieg bei RWE-Aktien um rund 8 DM; er wird mit der hier erzielbaren guten Rendite begründet. Auch andere Versorgungspapiere blieben aus ähnlichen Erwägungen stabil. Keine nennenswerten Rückschläge gab es bei den Autowerten, die immer noch von der bevorstehenden Automobilausstellung profitieren. Eindeutig rückläufig waren dagegen die meisten Bankaktien. Dies geht auf die von Südafrika gestoppten Kreditrückzahlungen zurück, von denen auch die großen deutschen Banken betroffen werden. Selbst wenn endgültige Einbußen bei ihnen schwerlich zu befürchten sind, so geht man an der Börse doch davon aus, daß die Institute die Gelegenheit nutzen werden, für Südafrika-Engagements gewinnmindernde Wertberichtigungen zu bilden. Bei den in der Vorwoche bevorzugten Maschinenbauwerten kam es zu Glattstellungen. Die Titel der Großchemie wurden bis zu 3 DM zurückgenommen.

Frankfurt: BBC erhöhten um 13 DM, Die Blauen Quellen um 14,80 DM und Wella um 7 DM. Didier zogen um 2,50 DM und Enzinger Union um 6 DM an. Riedel de Haen gaben um 15 DM nach.

Düsseldorf: Dortmunder Ritter und EVA verbesserte sich um je 10 DM. Gildemeister stockten um 2,80 DM und Schiess um 2,70 DM auf. Verloren haben Dt. Texaco 3,50 DM und Kromschröder 5,50 DM. Allianz Vers. verminderten um 17 DM.

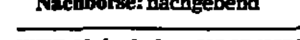
Hamburg: NWK Vz. verminderten um 4 DM. HEW konnten sich in etwa behaupten. Beiersdorf verloren 2 DM. Phoenix Gummi und Vereins- u. Westbank verloren je 1 DM. Reichelt verbesserten sich um 3,40 DM.

Berlin: Bergmann zogen um 15 DM an. Kempinski konnten 5 DM und Bekula 1,40 DM zulegen. Herlitz St. schwächten sich um 6,50 DM und Dt. Hypobank Berlin um 5 DM ab. Orenstein und Rheinmetall büßten je 3 DM ein.

München: Agrob St. verloren 5 DM. AKS verminderten um 4 DM und Leonische Draht um 6 DM. NAK Stoffe erhöhten um 1 DM. Patrizier verbesserten sich um 3 DM und Dywidag um 6 DM.

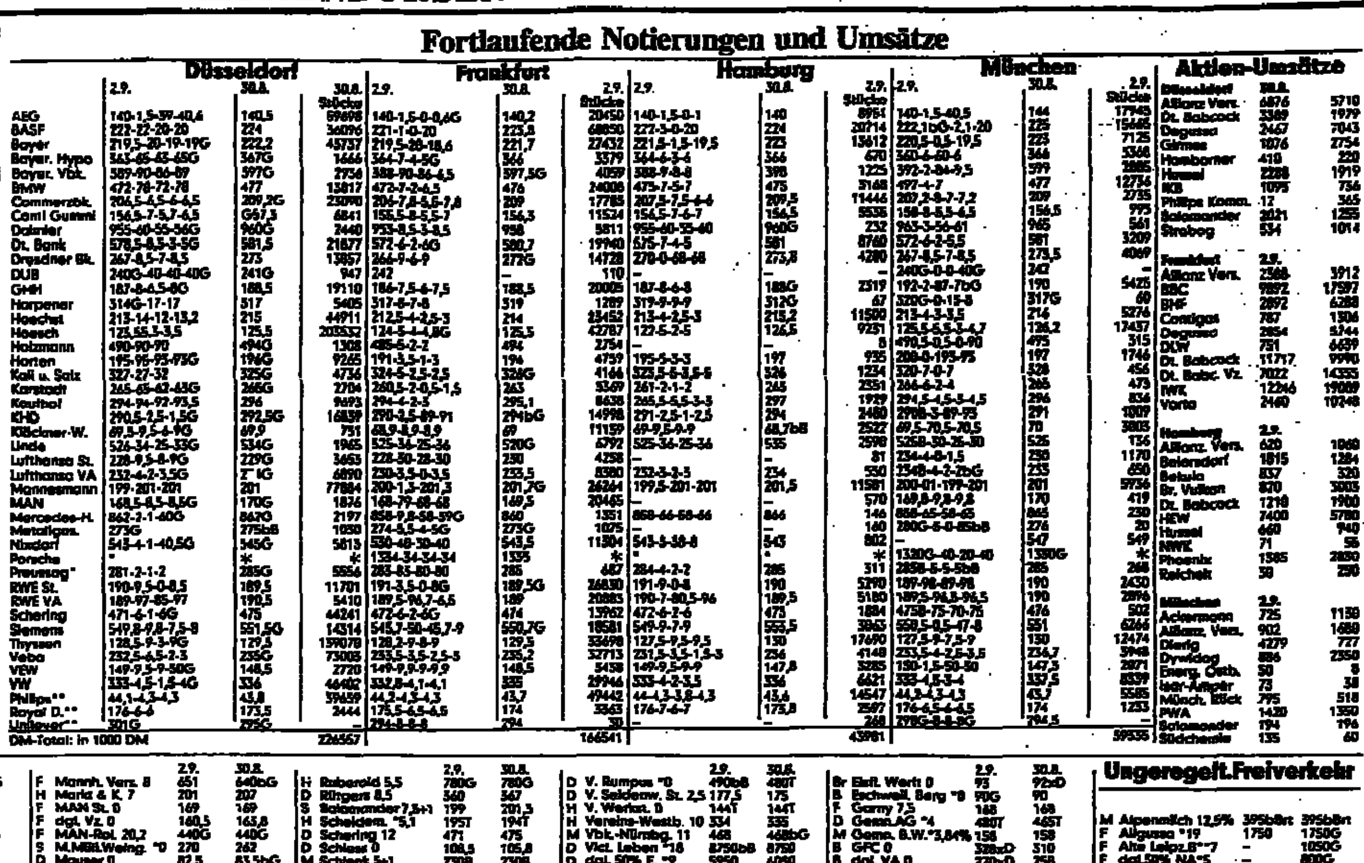
Stuttgart: Südzucker wurden 17 DM höher bezahlt. Zeag erhöhten um 11 DM. Vereinigte Filz wurden um 14 DM billiger. Müller-Weingarten und Aesculap waren mit 8 DM und 7 DM bei den Gewinnern.

Nachbörse: nachgebend



WELT-Aktienindex: 205,97 (207,56)
WELT-Umsatzindex: 5137 (4451)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



Inland

	2.9.	30.8.
H Aach M Bell. 10	1660	1692
H Aach. M. Vers. 7	755	765
D Aach. Rück. 9	2250	2200
D Aseag *4	450G	450T
M Ack-Gögg. 6	120	121
H Adca 3	140	139,5
D Adler 9	295G	285G
F Adt 0	35T	34,5
F AEG-Telef. 0	141	141
D AEG-Kabel 9	275G	273G
S Aesculap 9	429	422
F AGAB 5	117,5	116,5
D Agrippina *0	1500	1470T
M Agrob *0	170bB	175bG
H Br.H.Hypo 10+1	373G	384
Hn Brsch.Jute *0	96G	95
H Brallenb.-C. *28	620G	600G
H Br. Straßb. *0	435G	435G
H Br. Vulkan 0	77	77
H Br. Wollk. 7	166	170
F BBC 6	256	242
S BSU Textil 0	1320G	1320G
D Buckau-W. 4,1	121	124
D Buderus *12,6	390	395
M BgLBr Ing. *17+1	980G	980G
S BgLBrh.Rav. *0	375TB	375bB
S Calw D. **18	750G	730
F Cassella *15	537	531
F Ceag 0	161,5	161
F Chem. Vw *16	470	479,9
M En. Obertr. 6	275B	275bB
M En. Ostb. 6	210bB	218bB
H Elbrath 0	84G	85,1
B Engelhardt 7	214bB	214bG
D Enka 7,5	354	354
M Erlus 10	329B	329B
M Erste Kulmb. 9	1250	1285G
S esbl *0	8,4	7bG
S Essl. Masch. *6	445G	445
M Esterer **10	555G	565G
D Farb. Liqu.*RM 0	7,6	7,7
F Flachglas 9	263	265
D Ford *19,56	850T	850T
B Forst. Ebn. *4 %	3800T	3600
M Fr. Oberl. Wk. 5	228G	228
F Frankf. Hypo 12	700	690
F Frankona R. 5	480bG	465T
S Hohner *6	165	170,5
H Holsten-Br. 6	240bB	240
F Holzmann 10	482	494
D Horten 6	194	196
B Hw. Kayser *12	274,5	275B
D Hussel 8	380	380
M Hutschenr. 9+1	264,8	263
H Hypo Hbg. 10+2,5	505G	501
D IKB 7,5	216	217,2
S IWKA 3	307	307
M Isar-Amper 7,5	339	337
D Isenbeck 4,75	160bG	168
H Jacobsen *8	635G	630G
H Jute Bremen 4	250T	240T

Optionshandel

Frankfurt: 2. 9. 85
1511 Optionen = 88 300 (111 600) Aktien,
davon 388 Verkaufsoptionen = 19 500 Aktien

Kaufoptionen: AEG 10-140/6, 10-150/1,7, 1-120/23, **BASF** 10-191/57, 10-211/9,5, 10-20/8, 10-230/35, 1-201/35, 1-220/18,4, **Bayer** 10-220/9, 10-221/6, 10-230/3, 1-220/18, 1-230/12, 1-231/11,05, 1-240/7, 1-280/3, **Bay. Hypo** 1-370/25, **BMW** 10-430/27, 10-490/5, 1-400/15,1, 4-500/25, **Bay. Vereinsbk.** 10-400/20, **Commerzbk.** 10-181,75/29,8, 10-200/12, 10-210/6,9, 10-220/4,4, 1-200/25, **Conti** 10-147/9,2, 10-160/2,4, 1-160/11, 1-170/4,9, **Daimler** 1-939,5/80, 1-1000/49, 4-1100/20, **Dt. Babcock St.** 1-170/11, **Deutsche Bk.** 1-550/45, 1-570/35,5, 1-600/19, 1-610/16,5, 1-620/11,4, 4-600/41,9, **Degussa** 10-380/19, **Dresdner Bk.** 10-232,5/49, 1-250/36, 1-280/18, 4-300/20, 4-320/9, **GHH St.** 1-180/17,6, **Hoechst** 10-210/12,7, 1-211/19,8, 1-230/6, 1-231/13, 1-240/6,8, 1-250/4, **Hoesch** 10-110/15, 10-130/3,5, 1-110/18, 1-120/12, 1-130/6,5, **Karstadt** 1-270/13,4, **Kaufhof** 1-280/22,3, **Klöckner** 10-70/3, 1-65/7,6, 1-70/5, 1-75/2,5, **Lufthansa Vz.** 1-220/18,4, **MAN** 4-170/15, **Mannesmann** 10-186/15, 10-190/13,2, 1-190/21, 1-200/15, 1-210/9,4, 1-220/7, **RWE St.** 10-190/8, 1-180/21, 1-190/15, **RWE Vz.** 10-170/26, 10-180/16, 10-190/6, **Siemens** 10-580/5,5, 10-590/4, **Thyssen** 10-100/30,8, 10-108,25/21,6, 10-110/20, 10-118,25/12, 10-120/10,6, 10-130/4,5, **Veba** 10-191/44, 10-201/38, 10-230/10, 10-250/2, 1-221/22, 1-230/16, 1-240/12,6, 1-250/7,2, 1-251/7, 1-280/5, **VEW** 1-140/18, **VW** 10-310/30, 10-360/9,6, 10-330/16, 1-320/36, 1-325/30, 1-330/27,5, 1-350/22, 1-360/17, 1-375/10,6, **Alcan** 1-90/5,8, **General Motors** 1-210/7, **IBM** 10-380/8, **Norsk Hydro** 10-40/1, **Philips** 10-45/1,6, **Sony** 4-550/1,5, **Sperry** 4-150/15,6, **Xerox** 1-140/8,8, **Kaufoptionen: AEG** 1-130/3, 1-140/6,8, 4-130/4, **BASF** 10-220/2, 1-210/2, 1-220/3,7, **Bayer** 1-210/1,8, 1-230/3,4, 4-210/2, **BMW** 10-450/13, 1-440/12, **Conti** 10-150/2, 1-150/5, **Daimler** 10-930/7, 1-890/12, 1-900/16,1, 4-940/20, **Dt. Bank** 10-560/6, 1-540/6,4, 1-550/9,4, 1-560/12, **Dresdner Bk.** 10-260/3, 10-270/7, 1-250/4,4, 1-260/10, 1-270/12,4, **Hoechst** 10-210/1,6, 1-210/3, 1-220/7,2, **Hoesch** 10-120/5, **Klöckner** 1-65,4/1,6, 1-65/4, 4-65/3,4, **Mannesmann** 1-190/3, 4-190/4, **Nixdorf** 1-610/12, **Siemens** 10-540/5, 10-550/9,9, 1-520/3,2, 1-530/6, 1-540/10, **Thyssen** 1-130/4,5, 4-120/3,1, **Veba** 1-220/1,5, 4-230/6, **VW** 10-300/1, 10-320/5,4, 10-330/9, **Alcan** 10-85/5.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 30.8.85 ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	7⅝-8⅛	4⅝-4⅞	4⅛-4⅜
3 Monate	7⅞-8¼	4⅝-4⅞	4½-4¾
6 Monate	8-8⅜	4½-4¾	4⅝-4⅞
12 Monate	8½-8¾	4⅝-4⅞	4¾-5

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 2. 9. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1340,00	1721,40
10 US-Dollar (Indian)**	1300,00	1587,35
5 US-Dollar (Liberty)	475,00	655,50
1 £ Sovereign alt	219,50	273,03
1 £ Sovereign Elizabeth II.	216,25	269,33
20 belgische Franken	170,59	222,87
10 Rubel Tscherwonez	227,50	288,71
2 südafrikanische Rand	212,75	284,20
Krüger Rand, neu	949,25	1122,05
Maple Leaf	963,75	1138,56
Platin Noble Man	880,00	1157,10
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	221,25	280,73
20 schweiz. Franken „Vreneli"	185,75	240,36
20 franz. Franken „Napoléon"	172,75	228,58
100 österr. Kronen (Neuprägung)	892,00	1081,86
20 österr. Kronen (Neuprägung)	176,50	224,01
10 österr. Kronen (Neuprägung)	91,75	121,70
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	413,25	506,31
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	96,75	133,10

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Devisen und Sorten

2.9.85	Frankf. Devisen Geld	Frankf. Devisen Brief	Wechs. Ank.-Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Frankf. Sorten* Verkauf
New York[3])	2,8241	2,8321	2,7945	2,76	2,88
London[1])	3,912	3,926	3,840	3,84	3,99
Dublin[1])	3,105	3,119	3,088	3,021	3,160
Montreal[3])	2,061	2,069	2,036	2,01	2,11
Amsterd.	88,785	89,005	88,595	88,78	90,77
Zürich	121,61	121,81	121,52	120,25	123,00
Brüssel	4,934	4,954	4,874	4,77	4,97
Paris	32,875	32,835	33,230	31,75	33,50
Kopenh.	27,515	27,635	27,365	26,75	28,50
Oslo	33,965	34,085	33,340	33,00	34,75
Stockh.**)	33,70	33,86	32,890	32,75	34,50
Mailand[2])**)	1,49	1,50	1,4585	1,44	1,84
Wien	14,212	14,252	14,195	14,13	14,35
Madrid**)	1,701	1,711	1,668	1,66	1,78
Lissabon**)	1,665	1,685	1,573	1,25	2,05
Tokio	1,185	1,188	–	1,14	1,20
Helsinki	47,11	47,31	46,165	46,00	48,00
Buen.-Air.	–	–	–	–	3,50
Rio	–	–	–	0,03	0,18
Athen*)**)	2,073	2,129	–	1,85	2,45
Frankl.	–	–	–	–	–
Sydney*)	1,9595	1,9785	–	1,91	2,01
Johannbg.*)	–	–	–	0,65	1,35

Alles in Hundert; [1]) 1 Pfund; [2]) 1000 Lire; [3]) 1 Dollar; [4]) Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; *) nicht amtlich notiert; **) Einfuhr begrenzt gestattet.

Devisenmärkte

Die Befestigung des Dollarkurses setzte sich am Freitag in New York fort, so daß man am 2. 9. bei 2,82 den Handel aufnahm. Da auch der Dollar-Zins-Zug sich mit einem Achtelprozentpunkt Gewinn in Bewegung setzte, schienen Baisse-Positionen auch auf der erhöhten Basis nicht besonders erfolgversprechend zu sein. Der Kurs lag am Nachmittag nach einer amtlichen Notiz von 2,8281 bei 2,8340. New York blieb wegen eines Feiertages geschlossen. Der Handel in Südafrikanischen Rand wurde mit 41 bis 42 Cent wiederaufgenommen. Später wurden Kurse zwischen 45 und 46 genannt. Die Zentralbank stand den südafrikanischen Banken auf Anfrage zur Verfügung. US-Dollar in: Amsterdam 3,1900; Brüssel 57,2200; Paris 8,6345; Mailand 1891,20; Wien 19,8690; Zürich 2,3236; Ir. Pfund/DM 3,112; Pfund/Dollar 1,3867; Pfund/DM 3,919.

Devisenterminmarkt

⅛ Prozent befestigte Euro-Dollar-Depots hatten am 2. September eine deutliche Erweiterung der Dollar-Termin-Abschläge zur Folge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,87-0,77	2,55-2,45	5,12-4,92
Pfund/Dollar	0,45-0,43	1,20-1,16	1,95-1,90
Pfund/DM	3,10-1,70	7,30-8,10	12,0-11,6
FF/DM	23-7	58-42	114-88

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 2.9.: Tagesgeld 4,80-5,00 Prozent; Monatsgeld 4,55-4,70 Prozent; Dreimonatsgeld 4,55-4,70 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,70 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.

75 Jahre IBM Deutschland. 75 Jahre Informationsverarbeitung.





Frisch vom IBM Software Markt:

Jetzt gibt es vier besondere Programme für Ihr Büro. Die helfen Ihnen, Texte bearbeiten, Daten verwalten, Berichte verfassen, Grafiken erstellen und Dokumente schreiben.

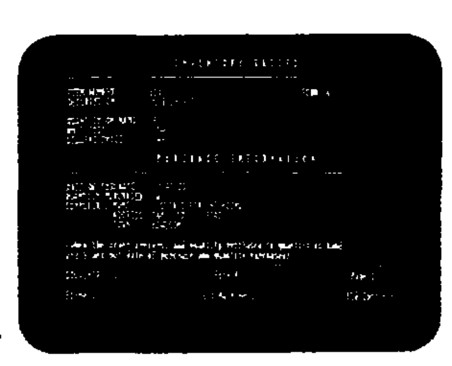
Diese vier Programme bilden die IBM PC Assistant Serie. Sie wurden speziell für den IBM Personal Computer entwickelt, sind alle einfach zu bedienen und ergänzen sich gegenseitig. Was sind das nun für Programme?

Das Programm IBM PC Filing Assistant: Es verwaltet Ihre Daten, damit Sie schneller und leichter darauf zugreifen können, wenn Sie Berichte, Tabellen und fertige Grafiken erstellen wollen.

Das Programm IBM Reporting Assistant: Es strukturiert Ihre Daten zum Beispiel in Form von übersichtlichen Tabellen. Und es errechnet Gesamt- und Durchschnittswerte.

Das Programm IBM PC Graphing Assistant: Es hilft Ihnen, Ihre Daten in Balken-, Kreis- und Kurvendiagrammen darzustellen.

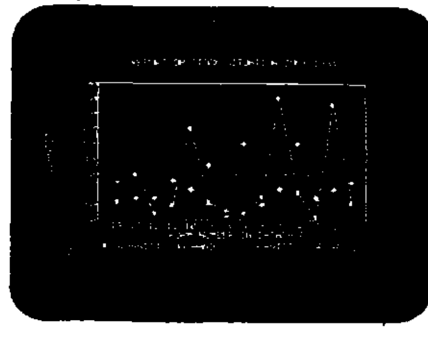
Das Programm IBM PC Writing Assistant: Es unterstützt Sie beim Erstellen und Bearbeiten von Texten und kann Daten, Tabellen und Grafiken aus den anderen IBM Assistant Programmen in Briefe oder Berichte übernehmen.



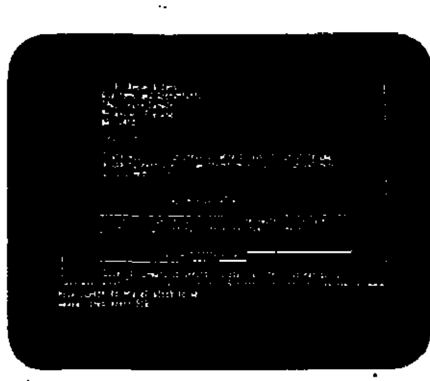
Filing Assistant



Reporting Assistant



Graphing Assistant



Writing Assistant

Alle vier Programme arbeiten unabhängig voneinander. Am meisten haben Sie aber davon, wenn Sie die vier kombinieren.

Mit Tabellen aus dem Reporting Assistant, Schaubildern aus dem Graphing Assistant und Texten aus dem Writing Assistant können Sie Ihren Kunden im Nu ein Angebot machen oder für die Geschäftsleitung einen Bericht vorbereiten.

Neben der IBM PC Assistant Serie gibt es noch viele andere IBM PC Programme: Zum Beispiel Anwendungen für Ihre Finanzbuchhaltung und Fakturierung und sogar spezielle Branchenanwendungen, wie das neue IBM PC Programm Elektro für das Elektro-Handwerk.

Welcher IBM PC mit welchen PC Programmen für Ihre Firma in Frage kommt, das weiß unser IBM PC Vertragshändler. Er führt Sie gern durch den IBM PC Software Markt.

Gehen Sie einfach mal zu ihm oder in einen IBM Laden. Und fragen Sie auch gleich nach den IBM PC Seminaren. Die genauen Adressen erfahren Sie telefonisch zum Ortstarif von Hallo IBM: 01 30-45 67.

IBM

Warenpreise – Termine

Mit gegenläufigen Tendenzen schlossen am Freitag die Edelmetallnotierungen an der New Yorker Comex. Gold notierte schwächer, Silber ging fester aus dem Markt. Leichte Gewinne bei Kupfer. Höher wurden Kaffee und Kakao bewertet.

Getreide und Getreideprodukte

Weizen Chicago (c/bush)	30.8.	29.8.
Sept.	274,75	267,00
Dez.	287,50	282,00
März	294,75	290,50

Weizen Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	234,55	230,20
Amber Durum	231,46	227,14

Roggen Winnip. (can.$/t)		
Okt.	118,00	120,60
Dez.	121,30	124,00
März	126,50	127,00

Hafer Winnip. (can. $/t)		
Okt.	93,00	92,50
Dez.	95,60	95,90
März	99,10	99,00

Hafer Chicago (c/bush)	30.8.	29.8.
Sept.	116,50	111,50
Dez.	125,00	122,00
März	129,50	126,50

Mais Chicago (c/bush)		
Sept.	230,00	230,25
Dez.	219,00	217,75
März	228,50	227,25

Gerste Winnipeg (can.$/t)	30.8.	29.8.
Okt.	107,00	107,50
Dez.	110,60	111,40
März	113,50	114,00

Genußmittel

Kaffee New York (c/lb)	30.8.	29.8.
Terminkontr. Sept.	135,70	135,40
Dez.	138,50	137,90
März	140,10	139,35

Kakao New York ($/t)	30.8.	29.8.
Terminkontr. Sept.	2140	2130
Dez.	2215	2210
März	2260	2250
Umsatz	1476	3488

Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Sept.	4,60	4,75
Okt.	4,74	4,82
Jan.	4,86	4,90
März	5,12	5,16
Mai	5,25	5,28
Umsatz	-	12423
	30.8.	29.8.
Isa-Preis fob karibische Häfen US-c/lb)	4,79	4,76

Kaffee London (£/t) Robusta	30.8.	29.8.
Kontrakt Sept.	1580-1584	1588-1592
Nov.	1630-1634	1633-1634
Jan.	1675-1679	1666-1669
Umsatz	6600	3241

Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt Sept.	1707-1709	1713-1714
Dez.	1730-1731	1720-1721
März	1747-1748	1738-1739
Umsatz	4270	5400

Zucker London (£/t) Nr. 6	30.8.	29.8.
Okt.	128,40-128,60	127,80-128,00
Dez.	131,60-132,00	131,00-132,00
März	138,40-138,60	137,80-138,00
Umsatz	2190	3661

Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100kg)	2.9.	30.8.
schw. Sarawak spez.	735,00	720,00
weißer Sarawak	855,00	855,00
weißer Muntok	865,00	865,00

Orangensaft New York (c/lb)	30.8.	29.8.
Sept.	133,70	134,15
Nov.	129,40	129,80
Jan.	125,50	126,00
März	124,00	124,60
Mai	122,90	123,50
Umsatz	500	400

Öle, Fette, Tierprodukte

Erdnußöl New York (c/lb)	30.8.	29.8.
Südstaaten fob Werk	36,00	36,00

Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk.	22,75	22,75

Sojaöl		
Chicago (c/lb) Aug.	22,48	22,30
Sept.	22,15	21,98
Okt.	22,00	21,82
Dez.	22,20	21,95
Jan.	22,45	22,20
März	22,60	22,40
Mai	22,81	22,50

Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal fob Werk.	21,75	21,75

Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	16,50	16,50
Choise white hog 4 % fr. F.	12,50	12,50

Talg New York (c/lb)		
top white	14,75	14,75
fancy	14,00	14,00
bleichfähig	13,50	13,50
yellow max. 10% fr. F	10,25	10,25

Schweine Chicago (c/lb)		
Okt.	36,27	36,25
Dez.	38,95	39,10
Feb.	40,65	40,45

Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
Feb.	58,35	58,40
März	58,20	58,15
Mai	59,65	59,65

Rinder Chicago (c/lb)	30.8.	29.8.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	56,50
Kühe einh. schwere River Northern	45,00	45,00

Sojabohnen Chicago (c/bush)		
Aug.	515,50	511,25
Sept.	512,00	508,50
Nov.	521,75	518,75
Jan.	532,00	529,75
März	541,00	537,50
Mai	544,00	541,00
Juli	543,00	541,25

Sojaschrot Chicago ($/sht)		
Aug.	125,40	124,70
Sept.	126,10	126,00
Okt.	129,50	129,10
Dez.	131,00	130,50
Jan.	134,00	133,50
März	135,50	135,50
Mai	138,50	138,50

Leinsaat Winnipeg (can. $/t)	30.8.	29.8.
Okt.	303,50	302,30
Dez.	307,80	306,80
März	318,00	317,00

Kokosöl New York (c/lb)	30.8.	29.8.
Westküste fob Werk	25,00	25,00

Erdnußöl Rotterdam ($/t)	2.9.	30.8.
jegl. Herk. cif	850,00	870,00

Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	570,00	570,00

Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	380,50	370,00

Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	158,00	153,00

Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	455,00	440,00

Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	243,00	242,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

Baumwolle New York (c/lb) Kontrakt Nr. 2:	30.8.	29.8.
Okt.	58,40	58,50
Dez.	58,45	58,67
März	59,67	59,85
Mai	60,05	60,25
Juli	60,04	60,05
Okt.	55,06	55,00

Kautschuk New York (c/lb); Händlerpreis		
loco RSS-1	44,00	43,50

Wolle Lond. (Neusl. c/kg) Kreuzz.:	2.9.	30.8.
Okt.	498-499	498-500
März	514-515	515-517
Mai	519-521	-
Umsatz	59	34

Wolle Roubaix (F/kg) Kammzüge	30.8.	29.8.
Okt.	53,80	52,50
Dez.	54,80	54,80
März	54,90	54,90
Mai	55,00	55,10
Umsatz	0	0
Tendenz: ruhig		

Wolle Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standardtype	30.8.	29.8.
Okt.	605,00-608,00	610,00-611,00
Dez.	612,00-614,00	615,00-617,00
März	619,00-620,00	622,00-623,00
Umsatz	21	12

Sisal London ($/t) cif eur. Haupthäfen	2.9.	30.8.
East African 3 long	680,00	680,00
undergraded:	570,00	570,00

Seide Yokoh. (Y/kg) AAA ab Lager	30.8.	29.8.
Sept.	12535	12585
Okt.	12527	12548

Kautschuk London (p/kg)	30.8.	29.8.
Nr. 1 RSS loco	61,25-63,25	61,00-63,00
Okt.	–65,00	–65,00
Nov.	–65,00	–65,00
Dez.	–65,00	-
Tendenz: ruhig		

Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)	30.8.	29.8.
Aug.	182,50-183,50	182,50-183,50
Sept.	182,00-185,00	181,50-182,50
Nr. 2 RSS Aug.	170,00-171,00	171,00-172,00
Nr. 3 RSS Aug.	167,50-168,50	168,50-169,50
Nr. 4 RSS Aug.	163,00-164,00	164,00-165,00
Tendenz: ruhig		

Jute London (£/lgt)	2.9.	30.8.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengenang.: 1 troyounce (Feinunze) 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	2.9.	30.8.
Aluminium: Bas. Lond.		
laufend. Monat	284,83-285,22	281,97-282,36
drittfolg. Monat	293,86-294,06	290,75-290,94
Blei: Bas. London		
laufend. Monat	118,37-118,57	119,54-119,75
drittfolg. Monat	118,37-118,57	118,76-118,95
Nickel: Bas. London		
laufend. Monat	1354,47-1358,40	1343,55-1347,45
drittfolg. Monat	1381,95-1383,92	1370,85-1374,75
Zink: Bas. London		
laufend. Monat	194,73-195,52	191,88-192,27
drittfolg. Monat	196,30-197,09	193,44-193,83
Produz.-Preis	235,06	231,22
Reinzinn 99,9 %	3779-3816	3806-3844

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	2.9.	30.8.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz)*	404,77-408,11	399,95-403,27
Blei in Kabeln	126,00-127,00	127,25-128,25
Aluminium f. Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorziehdraht	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	2.9.	30.8.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	359-360	355-358
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	397-400	396-397
MS 63	396-400	395-397

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn	2.9.	30.8.
ab Werk prompt (Ring./kg)	30,65	30,85

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	2.9.	30.8.
Leg. 225	350-355	350-355
Leg. 226	352-357	352-357
Leg. 231	387-390	387-390
Leg. 233	397-400	397-400

Preise für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

Platin (DM je g)	30,05	32,40
Gold (DM/kg Feing.)		
Banken-Vkfpr.	31180	30780
Rücknahmepr.	30480	30050
Gold (DM/kg Feing.) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	31190	30700
Rücknahmepr.	30590	29910
verarbeitet	32720	32200
Gold (Frankf. Börsenkurs) (DM je kg)	30510	30180
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkfpr.	580,80	573,50
Rücknahmepr.	543,60	556,50
verarbeitet	606,30	598,70

Internationale Edelmetalle

	2.9.	30.8.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	335,45	335,75
15.00	334,65	333,25
Zürich mittags	335,50-336,00	335,70-336,20
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	95800	92000
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	449,00	446,55
3 Monate	461,75	458,80
6 Monate	473,05	470,35
12 Monate	497,25	493,60
Platin (£/Feinunze) London	30.8.	29.8.
fr. Markt	241,00	240,55

Palladium (£/Feinunze) London	30.8.	29.8.
f. Händlerpreis	76,35	76,45

New Yorker Metallbörse

	30.8.	29.8.
Gold H & H Ankauf	333,25	337,25
Silber H & H Ankauf	625,50	628,50
Platin fr. Händlerpr.	331,00-333,00	331,00-333,00
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	107,00-108,00	107,00-108,00
Produz.-Preis	150,00	150,00
Silber (c/Feinunze)		
Sept.	623,00	621,80
Okt.	628,00	626,30
Dez.	636,50	633,00
Jan.	641,40	639,50
März	650,00	645,00
Mai	659,50	657,00
Juli	669,60	666,80
Umsatz	15000	18000
Kupfer (c/lb)	30.8.	29.8.
Sept.	60,95	60,40
Dez.	61,80	61,60
Jan.	62,10	62,00
März	62,60	62,75
Mai	63,35	63,05
Juli	63,55	63,50
Sept.	64,00	64,00
Umsatz	-	18100

Londoner Metallbörse

	2.9.	30.8.
Aluminium (£/t)		
mittags Kasse	725,50-726,50	727,50-728,50
3 Monate	748,50-749,00	750,00-750,50
Blei (£/t) mittags	301,50-302,00	303,50-304,50
3 Monate	301,50-302,00	302,00-302,20
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1010,50-1011,00	1005,00-1005,50
3 Monate	1036,00-1036,50	1028,00-1028,50
abends Kasse	-	1005,00-1005,50
3 Monate	-	1030,00-1030,50
(Kupfer-Standard) mittags Kasse	983,00-984,00	978,00-980,00
3 Monate	1013,00-1014,00	1006,00-1008,00
Zink (£/t) mittags	496,00-498,00	494,00-494,50
3 Monate	500,00-502,00	498,00-498,50
Zinn (£/t) mittags	9085-9088	9087-9091
3 Monate	9050-9052	9052-9055
Quecksilber ($/Fl.)	-	285-290
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	-	65-70



Die WELT hilft wieder beim Tausch von Studienplätzen. Die Tauschbörse organisiert der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS). Ausschließlich er nimmt die Tauschwünsche entgegen. Auch die Antworten auf die Offerten sind ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon 02 28 / 46 49 33, zu richten. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. An erster Stelle ist jeweils der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort genannt.

Die Tauschaktion betrifft das Wintersemester 1985/86

Rechtswissenschaften

Erstsemester

von	nach
1 Bielefeld	Bonn
2 Bielefeld	Köln
3 Bielefeld	Münster
4 Bielefeld	Tübingen
5 Bonn	Bochum
6 FU Berlin	Hamburg
7 Freiburg	Göttingen
8 Gießen	Bonn
9 Gießen	Bremen
10 Gießen	Hamburg
11 Gießen	Köln
12 Gießen	Tübingen
13 Hamburg	Bonn
14 Uni Kiel	Hamburg
15 Konstanz	Göttingen
16 Konstanz	Bremen
17 Konstanz	Hamburg
18 Konstanz	Münster
19 Marburg	Bonn
20 Marburg	Göttingen
21 Marburg	Hannover
22 Marburg	Hamburg
23 Marburg	Köln
24 Marburg	Uni Kiel
25 Marburg	Münster
26 Mainz	Bonn
27 Mainz	Hamburg
28 Mainz	Köln
29 Mainz	Uni Kiel
30 Osnabrück	Hannover
31 Regensburg	Uni Münch.
32 Regensburg	Saarbrück.
33 Regensburg	Würzburg
34 Trier	Bonn
35 Trier	Hannover
36 Trier	Heidelberg
37 Trier	Hamburg
38 Trier	Köln
39 Trier	Uni Kiel
40 Würzburg	Bonn
41 Würzburg	Göttingen
42 Würzburg	Köln
43 Würzburg	Münster

Betriebswirtschaft

Erstsemester

von	nach
1 Bamberg	Erlangen
2 Bamberg	Hamburg
3 Bamberg	Köln
4 Bamberg	Mannheim
5 Bamberg	Münster
6 Bamberg	Uni München
7 Bamberg	Osnabrück
8 Bamberg	Regensburg
9 Bielefeld	Dortmund
10 Bielefeld	Essen
11 Bielefeld	Hamburg
12 Bielefeld	Köln
13 Bielefeld	Mannheim
14 Gießen	Frankfurt
15 Marburg	Frankfurt
16 Marburg	Würzburg
17 Saarbrücken	Köln
18 Siegen	Aachen
19 Siegen	Köln
20 Siegen	Münster

buc
Kosten
Buchh

Renten bröckelten ab

Der gestiegene Dollar und die am Wochenende schwächeren Kurse der US-Bonds lösten am deutschen Rentenmarkt eine Verstimmung aus. Öffentliche Anleihen bröckelten bis zu 0,20 Prozentpunkte ab, Bundesobligationen bis 0,15. Das Angebot soll weitgehend aus spekulativ aufgebauten Beständen gekommen sein. DM-Auslandsanleihen überwiegend abbröckelnd. Unruhe auf dem Markt der südafrikanischen DM-Anleihen, die teilweise zurückgenommen wurden. Gespannt ist man darauf, wie der Markt die neue 6¾prozentige Eurofima-Anleihe (Laufzeit 12 Jahre) aufnimmt.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschr.

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

FINANZANZEIGE

Allianz Aktiengesellschaft Holding



Allianz

Berlin und München

– Wertpapier-Kenn-Nummer 840 400 –

Aufforderung zum Umtausch der auf Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft lautenden Aktien

In der ordentlichen Hauptversammlung vom 27. Juni 1985 wurde beschlossen, die Firma der Gesellschaft von „Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft" in „Allianz Aktiengesellschaft Holding" zu ändern. Dies wurde am 28. Juni 1985 in die Handelsregister der Amtsgerichte Berlin-Charlottenburg und München eingetragen.

Infolge der Umfirmierung sind die auf „Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft" lautenden Aktien unrichtig im Sinne des § 73 AktG geworden; sie sollen in neue, die nunmehrige Firma tragende Urkunden umgetauscht werden.

Es ergeht daher die Aufforderung an die Aktionäre, die auf „Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft" lautenden Aktien nebst dazugehörigen Erneuerungsscheinen, Eintragungsbestätigungen und Abtretungserklärungen in der Zeit

vom 16. September 1985 bis zum 14. März 1986

zum Umtausch gegen neue Urkunden einzureichen. Die neuen Aktien tragen die Firma „Allianz Aktiengesellschaft Holding"; sie sind mit einem die Gewinnanteilscheine Nr. 1 bis 20 und den Erneuerungsschein enthaltenden Gewinnanteilscheinbogen ausgestattet.

Umtauschstellen in der Bundesrepublik Deutschland sind:

Dresdner Bank AG
Bank für Handel und Industrie AG
Deutsche Bank AG
Deutsche Bank Berlin AG
Bayerische Hypotheken- und Wechsel-Bank AG
Bayerische Vereinsbank AG
Joh. Berenberg, Gossler & Co.
Berliner Commerzbank AG
Berliner Handels- und Frankfurter Bank
Commerzbank AG
Grunelius & Co.
Georg Hauck & Sohn Bankiers KG a. A.
Merck, Finck & Co.
B. Metzler seel. Sohn & Co.
Sal. Oppenheim jr. & Cie.
M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.
Bayerische Raiffeisen-Zentralbank AG
Bayerische Volksbanken AG
J. H. Stein
Trinkaus & Burkhardt KG a. A.

Umtauschstellen in der Schweiz sind:

Schweizerische Bankgesellschaft
Schweizerischer Bankverein
Schweizerische Kreditanstalt

Umtauschstelle in Großbritannien ist:

Dresdner Bank AG London Branch

Zusammen mit den umzutauschenden alten Aktien nebst dazugehörigen Erneuerungsscheinen, Eintragungsbestätigungen und Abtretungserklärungen ist der von der Gesellschaft vorbereitete und jedem Aktionär zugesandte Umtauschvordruck einzureichen.

Soweit Aktionäre für die zum Umtausch eingereichten Aktien noch nicht im Aktienbuch der Gesellschaft eingetragen sind, müssen gleichzeitig mit dem Aktienumtausch Anträge auf Umschreibung im Aktienbuch gestellt werden. Hierzu sind die üblichen Umschreibungsvordrucke zu verwenden; diese können bei den genannten Umtauschstellen bezogen werden.

Nach Überprüfung der zum Umtausch eingereichten Unterlagen werden die neuen auf „Allianz Aktiengesellschaft Holding" lautenden Aktien samt Gewinnanteilscheinbogen, Eintragungsbestätigung und Abtretungserklärung ausgegeben.

Wie bisher werden Urkunden über eine Aktie (Nominalwert DM 50,–) sowie Sammelurkunden über 10 Aktien (Nominalwert DM 500,–), 50 Aktien (Nominalwert DM 2.500,–) und 10.000 Aktien (Nominalwert DM 500.000,–) ausgereicht.

Die neuen Urkunden werden den Aktionären provisions- und spesenfrei zur Verfügung gestellt. Die Depotbanken werden gebeten, sich wegen der Erstattung ihrer Provision mit einer der genannten Umtauschstellen in Verbindung zu setzen. Soweit Aktionäre noch ihre Eintragung im Aktienbuch der Gesellschaft herbeizuführen haben, müssen sie jedoch die hierdurch anfallenden Gebühren der dies vermittelnden Bank selbst tragen.

In der Zeit vom 16. September 1985 bis zum 20. Dezember 1985 sind an den Wertpapierbörsen sowohl die auf die alte als auch die auf die neue Firma lautenden Aktien lieferbar. Vom 23. Dezember 1985 an sind nur noch die neuen, die Firma „Allianz Aktiengesellschaft Holding" tragenden Aktienurkunden lieferbar.

Die bis einschließlich 14. März 1986 nicht eingereichten alten, also auf „Allianz Versicherungs-Aktiengesellschaft" lautenden Aktienurkunden werden gemäß § 73 AktG für kraftlos erklärt. Die hierzu erforderlichen Genehmigungen haben das Amtsgericht Berlin-Charlottenburg durch Beschluß vom 20. August 1985 und das Amtsgericht München durch Beschluß vom 16. Juli 1985 erteilt.

Berlin und München, im August 1985

Der Vorstand

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer, Matthias Walden† Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Manfred Schell, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marita Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt, WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke, WELT-Report Inland: Hans-Rudolf Scheller (stellv.); WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Gerakes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje
Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Dominik Schmidt; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Rainer Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 583, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 63 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 13 gültig ab 1. 7. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 49.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

Stefan Bellof, der sein Leben in die Waagschale warf

Er hat nie davon gesprochen, aber stets so gehandelt: Nämlich das Wissen um die eigenen Grenzen verdrängt. Dort, wo andere schnell waren, war Stefan Bellof superschnell. Wenn andere den Fuß vom Gaspedal nahmen, galt das für ihn noch lange nicht. Bremspunkte schienen ihm grenzenlos. Besonnenheit stand nie auf seinem Panier. Er stellte sich zur Disposition. So wie einst Graf Trips oder Gilles Villeneuve, der Kanadier.

Wer Stefan Bellof wenige Minuten vor der Wagenübernahme bei einem Langstrecken-Rennen beobachtete, noch bevor er den Helm aufsetzte, mochte etwas von dem ahnen, was in ihm vorging. Das Gesicht erstarrte zur Maske aus Drohung und Trotz. Countdown der Irrationalität?

Er hat nicht darüber gesprochen, aber sein belgischer Teamkollege Thierry Boutsen hat in Spa Anzeichen dafür erkennen wollen, daß Bellof es Jacky Ickx zeigen wollte. Ausgerechnet in Spa, wo Ickx Hausherr und Direktor ist, wo er jeden Quadratzentimeter Asphalt kennt. Aber gerade das hat ihn herausgefordert. Bellof hat ihn mit der Verbissenheit eines Mannes gejagt, für den es um alles oder nichts ging. Dabei ging es um nichts – für Bellof allenfalls um die ehrenvolle Teilnahme. Das 1000-km-Rennen von Spa konnte doch für einen wie ihn nur ein Abstecher von der Formel 1 sein.

Und dann dies: Er versuchte, Ickx in einer Kurve zu überholen, in der das unausgesprochene Überholverbot gilt. Aber so war er ja: Wenn andere am Limit fuhren, überschritt er es, schaltete für den Bruchteil einer Sekunde Hirn und Vernunft aus, warf sein Leben in die Waagschale. Wie letztes Jahr in Monte Carlo. Hätte damals Arnoux nicht nachgegeben . . .

Als ich ihn mal fragte, was er am liebsten mag, sagte er: „Weltmeisterschaftspunkte und Siege." Als ich fragte, mit was er als Kind am liebsten gespielt habe, antwortete er: „Mit Spielzeugautos, nur immer mit Spielzeugautos." Er war besessen von der Geschwindigkeit. Das saß in ihm – wie ein tödlicher Bazillus.

Der Reutlinger Privatfahrer Jürgen Lässig, er fuhr in Spa hinter ihm, sagt: „So sehr mich sein Tod berührt: Ich muß sagen, daß er selbst schuld ist." Niki Lauda: „In der Eau Rouge von Spa, einer der gefährlichsten Kurven der Welt, überholt man nicht."

Stefan hat überholt. Wer denn sonst?

27 Jahre alt ist er geworden. Mit 26 war er schon Weltmeister. In der Formel 1 fuhr er mit 300 PS weniger den turbogerüsteten Kollegen geradezu um die Ohren. Ken Tyrrell, sein Teamchef, bezeichnete ihn als größtes deutsches Rennfahrer-Talent nach dem Krieg. Jackie Stewart als künftigen Formel-1-Weltmeister. Kein Widerspruch. Nur besteht nach seinem Tod die Gefahr, daß einer wie er zum Mythos stilisiert wird, zum Sinnbild für motorsportliche Tugenden.

Sicher, er war kein Crash-Fahrer, auch kein Bruder Leichtfuß. Dafür hatte er viel zu schnell gelernt, in Grenzbereichen zu leben – um am Leben zu bleiben. Doch jeder der Kollegen wußte es: Wenn Bellof etwas passieren würde, würde es ganz und gar passieren, gnadenlos. Dieser schiere Wahnsinn, dieser Sprung vom Zehn-Meter-Turm in ein Wasserglas, hat sie in Spa alle schaudern lassen. Harald Grohs heulte hemmungslos. Stuck und Mass schienen wie paralysiert, nicht fähig zu begreifen, was geschehen war. Klaus Ludwig glich der zur Person gewordenen Anklage wider das Schicksal. Ickx sprach anderntags vom Selbstmord eines Kollegen, der 20 Meter weiter gefahrlos zur Überholung hätte ansetzen können.

Doch das Zähneklappern hilft nichts, solange mit 1000 PS im Kreuz über die Straßen gedonnert wird. Solange wir von Talenten reden und schreiben, sie zum Mythos verklären, weil sie ihr Leben zur Disposition stellen. So wie Graf Trips, wie Villeneuve, wie Bellof.

Es geht nicht darum, ein Verbot des Rennsports zu fordern. Es geht darum, Grenzen aufzuzeigen, damit der Tod am Nachmittag nicht zum Champion auf den Rennpisten wird. Unfälle wird es immer wieder geben, aber es gibt überhaupt keinen Grund, sie auch noch zu provozieren. KLAUS BLUME

STAND ● PUNKT

Rastloser Weltreisender: „Lady Chatterley"-Autor D. H. Lawrence

Auf der Suche nach der reinen Natur

David Herbert Lawrence wurde 1885 in Nottinghamshire geboren, Sohn eines Bergmanns und einer Lehrerin. Er ließ sich als Lehrer ausbilden, gab zwei Jahre lang Unterricht in Croydon, verließ aber 1911 das Klassenzimmer endgültig: Sein Roman „Der weiße Pfau" war erschienen.

1912 heiratete er Frieda von Richthofen, eine Schwester des Jagdfliegers, die sich zu diesem Zweck von ihrem britischen Professorengatten scheiden ließ. Das Paar begab sich sodann auf eine rastlose Wanderung, die bis zu Lawrence' Tod im Jahr 1930 währte. Deutschland und Italien waren die ersten Ziele. Während des Ersten Weltkrieges beschränkten sich die Umzüge auf britische Orte. Im Londoner Stadtteil Hampstead etwa kann man das scheußliche kleine viktorianische Reihenhaus besichtigen, in dem die Lawrences 1915 gelebt haben.

Sobald der Krieg vorüber war, wurde nahezu die ganze Welt des Dichters Wohnplatz. Neben dem europäischen Süden lebte er mit seiner Frau in Australien, auf Tahiti, in Mexiko, in den Vereinigten Staaten, aber auch in der Schweiz, in Deutschland. Lady Chatterleys Geschick wurde in der Nähe von Florenz beschrieben. Die letzten Jahre seines Lebens bevorzugte Lawrence Frankreich.

Er starb 1930 in Vence, ein schwieriger Mann, ein didaktischer Prediger wider die Gefühlsfeindschaft der Industriegesellschaft, im bescheidenen Ausmaß ein Nietzscheaner, und stets dem Credo treu, das er mit achtundzwanzig Jahren in einem Brief notierte: „Meine große Religion ist der Glaube an das Blut, an das Fleisch, als weiser denn der Intellekt."

Lawrence' Werk – Romane, Kurzromane, viele Erzählungen, Reisebücher, Lyrik, auch kämpferische Abhandlungen – ist umfangreich. Die respektlose Frage scheint verzeihlich, wann eigentlich er die Zeit gefunden hat, all dies zu verfassen, in noch nicht zwei Jahrzehnten, und meistens doch unterwegs: Sein Freund Aldous

Dichtung oder Pornographie – ARD, 23.00 Uhr

Huxley nennt im Vorwort der Briefe mit akribischer Aufzählung an die fünfzig Wohnorte. Jedoch, er hat nun einmal alles geschrieben, von „Söhne und Liebhaber" bis zu meisterlichen Erzählungen, und eben auch bis zu jener Lady mit ihrem Forstmann, Skandalobjekt für viele Jahre, heute allenfalls noch gut für eines englischen Fräuleins müdes Lächeln bei der Lektüre – wobei dann prompt übersehen wird, daß das Vorliegende zwar nicht obszön sein mag, aber doch ein treffliches Stück Prosa.

Gemalt hat Lawrence übrigens auch noch, und nicht schlecht. Wahrscheinlich hätte er seine umfangreiche und dabei bedeutende Leistung (genialisch zum mindesten, und in manchen Stücken mit dem Siegel des Genies) nicht anders erbringen können als unter beständigem Druck, rastlos begabt für starke Leidenschaften und trotz mancher Nachdenklichkeit unbegabt für Meditation.

Wonach er auf der Suche war mit seiner Frau, auf Reisen durch die Kontinente, das war doch wohl eine Existenz frei von Konventionen und falscher Scham, bestimmt von sich-tender Intelligenz, aber auch vom mystizistischen Aufgehen in unverdorbener Natur. Er hat diese Existenz für sich selbst gelegentlich gefunden, doch irgendwo blieb sie stets unvollkommen. Mag sein, daß deswegen des rastlosen Meisters beste Arbeiten nicht die Romane mit Programm sind, sondern die Erzählungen mit Einfühlung in bestimmte Lebensarten und Zustände.

Er war eine erstaunliche Erscheinung, überlebensgroß aus Prinzip, und er ist bei aller angestrebten Volksnähe erstaunlich unpopulär geblieben. Das mag zum Teil damit zusammenhängen, daß zum einen selbst satirisch-didaktische Gedichtbände wie „Pansies" brav britisch als unzüchtig totgeschwiegen wurden – und daß zum anderen im Schatten der Rechtsdiktaturen Europas sein naturnahes Bizepshüpfen in Prosa verdächtiger aussah, als es war. Lawrence, insofern, bleibt ein wenig ein Ärgernis: Man kommt nicht um ihn herum. CHRISTIAN FERBER

NACHRICHTEN

Brasilien gegen Nigeria

Moskau (dpa) – Titelverteidiger Brasilien gegen Nigeria und Spanien gegen die UdSSR – so lauten die Halbfinals bei der Fußball-WM „U 20" in der Sowjetunion. Brasilien hatte Kolumbien 6:0 geschlagen, Nigeria die Mexikaner 2:1, die UdSSR mit 1:0 über China und Spanien 2:1 über Bulgarien gewonnen.

Steffen wieder in die USA

Hamburg (dpa) – Fußball-Profi Kai Steffen verläßt den Hamburger SV. Der 23jährige Reservespieler will im Herbst zum zweiten Mal in die USA wechseln und dort an der Hallen-Meisterschaft teilnehmen. Steffen spielte früher für Seattle Sounders und California Surfs.

Doping: Diethelm Mette

Darmstadt (dpa) – Der deutsche Meister der modernen Fünfkämpfer, Diethelm Mette (Berlin), ist mit sofortiger Wirkung für ein halbes Jahr gesperrt. Der 32jährige Polizist hatte zur Bekämpfung einer Erkältung anläßlich der deutschen Meisterschaften in Berlin ein Medikament eingenommen, das auf der Dopingliste des Verbandes steht. Der Titel wurde ihm nicht aberkannt.

Nur Schmid und Just

Düsseldorf (sid) – Beim 4. Leichtathletik-Weltcup vom 4. bis 6. Oktober in Canberra (Australien) werden wahrscheinlich nur zwei der sieben nominierten deutschen Athleten starten: Harald Schmid (Gelnhausen) und Klaus Just (Kornwestheim). Falls sich Alberto Cova (Italien) nur für eine Langstrecke entscheidet, rückt Thomas Wessinghage (Köln) über 5000 m nach.

Langer Europameister

Sunningdale (sid) – Der deutsche Golfprofi Bernhard Langer hat zum zweiten Mal in Folge die mit 200 000 Dollar dotierte Offene Europameisterschaft gewonnen. Er gewann im englischen Sunningdale mit 269 Schlägen (66+77+64+67) vor dem Iren John O'Leary (272).

ZAHLEN

TENNIS

104. US-Open in Flushing Meadow, Herren-Einzel, dritte Runde: Leconte (Frankreich) – Schwaier (Deutschland) 6:2, 6:2, 6:1, Noah (Frankreich) – Gerulaitis (USA) 6:3, 6:4, 6:3, Edberg (Schweden) – Gilbert (USA) 4:6, 6:4, 6:1, 6:4, Lendl (CSSR) – de la Pena (Argentinien) 6:1, 6:1, 6:3, Connors (USA) – Tulasne (Frankreich) 7:5, 6:2, 6:4, Günthardt (Schweiz) – Jaite (Argentinien) 6:7, 3:6, 7:6, 6:4, 6:1, Berger – Teacher (beide USA) 4:6, 7:6, 6:4, 7:6. – Doppel, zweite Runde: Leconte/Noah (Frankreich) – Becker/Zivojunovic (Deutschland/Jugoslawien) 6:7, 7:6, 7:6. – Damen, Einzel, dritte Runde: Graf (Deutschland) – White (USA) 6:4, 6:2. – Doppel, zweite Runde: Bunge/Pfaff (Deutschland) – Karlsson/Scheuer-Larsen (Schweden/Dänemark) 6:2, 6:4, Reynolds/Smith (USA) – Schropp/-Jausovec (Deutschland/Jugoslawien) 6:2, 6:0, Fernandez/White (USA) – Durie/Graf (England/Deutschland) 6:4, 7:6. – **Bundesliga**, 8. Spieltag, Gruppe 1: Neuss – Leverkusen 8:1, München – Ravensburg 4:5, Hamburg – Hannover 4:5. – Gruppe 2: Stuttgart – Großhesselohe 5:4, Essen – Bamberg 3:6, Karlsruhe-Rüppur – Amberg 4:5.

LEICHTATHLETIK

Universiade in Kobe: Speerwerfen: 1. Negoita (Rumänien) 84,62, 2. Gambke (Deutschland) 84,46.

EISHOCKEY

Europa-Pokal, Endrunde in Megève/Frankreich: Köln – Dukla Jihlava 3:5 (1:2, 0:3, 2:0).

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 14, 16, 27, 37, 38, 40, Zusatzspiel: 42. – **Rennquintett:** Rennen A: 3, 13, 10. – Rennen B: 24, 33, 35. (Ohne Gewähr).

TENNIS / Die deutschen Damen sind vom Becker-Boom nicht beeindruckt

Kohde: „Er hat die Popularität verdient, mich juckt das nicht"

H.-J. POHMANN, **New York**

Für die deutschen Tennis-Damen gilt es, sich in diesen Tagen mit einer neuen Situation vertraut zu machen. Jahrelang weckten sie mit ihren guten Leistungen das Interesse der Öffentlichkeit, standen auch bei den Medien im Mittelpunkt. Jetzt auf einmal haben sich die Vorzeichen geändert. Zwar stimmen die Leistungen immer noch, haben sich sogar verbessert, dafür ist das Damen-Tennis hierzulande aber so gut wie aus den Schlagzeilen verschwunden.

Boris Becker hat fast die besten Tennis-Spielerinnen zu Aktiven zweiter Klasse degradiert. Eine Tatsache, die wurmt, obwohl die Damen die Leistungen von Boris Becker voll akzeptieren. „Boris hat diese Popularität verdient, mich juckt das überhaupt nicht," so kommentierte Claudia Kohde-Kilsch bei den US-Open den Becker-Boom.

Eine Aussage, in der das gesteigerte Selbstvertrauen der Saarbrückerin zum Vorschein kommt. Obwohl sie sich im Innern doch ein wenig zurückgesetzt fühlt. Zu recht. In den letzten Wochen hat sie sich in die absolute Weltklasse der fünf besten Damen vorgespielt. Nur Chris Evert-Lloyd und Martina Navratilova sind dabei (noch) außen vor zu lassen. Die beiden gewinnen nun schon seit Jahren alles, was sie wollen; die Finalspiele, bei denen die zwei Superstars auf Grand-Slam-Turnieren aufeinandertrafen, sind schon nicht mehr zu zählen.

Hana Mandlikova und Pam Shriver auf Platz drei und vier sind von Claudia Kohde dagegen jederzeit zu schlagen, nicht zuletzt wegen ihres neuen Trainers Olaf Merkel. Merkel, früher selbst einmal Bundesligaspieler, hat bei der manchmal etwas phlegmatisch wirkenden 21jährigen eine Menge herausgeholt. Auf einmal ist sie in der Lage, auch mit ihrer Rückhand offensiv zu passieren. Ein Schlag, der noch im Mai in Berlin bei den Internationalen Deutschen Meisterschaften zu ihren Schwächen zählte.

Noch viel wertvoller ist ihre enorm verbesserte Beinarbeit. Da leistete der Franzose Yannik Noah große Hilfestellung. Als sich beide im Frühjahr bei dem amerikanischen Trainer Nick Bollitierie in Florida trafen, konnte Claudia zum erstenmal mit eigenen Augen sehen, wie sich die weltbesten Herren quälen. Da arbeitete Noah auf der Laufbahn und im Gymnastikraum derart intensiv, daß sich die Weltranglistenfünfte spontan entschloß, fortan noch mehr an sich zu arbeiten.

Jetzt steht auf ihrem täglichen Trainingsprogramm auch eine spezielle Gymnastik. Stretching, Bauch- und Rückenmuskeltraining wie Sprint und Fächerläufe werden regelmäßig durchgeführt. Der Lohn der Arbeit ist auch im äußeren Erscheinungsbild von Claudia Kohde-Kilsch zu erkennen. Vorbei ist es mit der manchmal unsicher wirkenden Nachwuchsspielerin, vor einem steht eine hübsche, selbstbewußte Spitzenspielerin, die sich anschickt, ganz nach oben zu kommen.

Ein Ziel, das auch die zweite deutsche Spielerin, die bei den US-Open für Aufmerksamkeit sorgt, anpeilt. Genau genommen sind die Erfolge der 16 Jahre alte Steffi Graf noch überraschend. Wie mit dem Strich gezogen zeigt die Leistungskurve von Steffi Graf kontinuierlich nach oben. Kaum eine überraschende Niederlage und immer wieder die Fähigkeit, sich im richtigen Moment zu steigern.

„Für mich war es ganz gut, daß Boris auf einmal auftauchte. So konnte ich wenigstens in Ruhe arbeiten." Nach ihrem Sieg gegen die langbeinige Kalifornierin Ann White ist sie auf der nächsten Computerrangliste, die zwei Wochen nach den US-Open veröffentlicht wird, auf Rang neun.

Und das alles unter der Führung ihres Vaters Peter, der sich in den letzten Jahren wie ein Einzelkämpfer durch den Dschungel der Managergruppen und Veranstalter durchkämpfte.

Peter Graf hat in der Karriere seiner Tochter alles organisiert, vom Trainer, Masseur, Sparringspartner, Turnierplätzen bis hin zum Turnierplan und dem Buchen von Hotels und Flügen.

Bislang hat er mit seiner Tochter den totalen Erfolg. Jetzt weht unter den Top Ten ein anderer Wind. Von nun an heißt es die noch vorhandenen Schwächen, wie Rückhand und das Netzspiel, auszumerzen.

GALOPP / Kuriose Situation in Iffezheim

„Wir hatten zuviel Publikum auf der Bahn"

K. GÖNTZSCHE, **Baden-Baden**

„Wir hatten zuviel Publikum auf der Bahn." Wenn ein Veranstalter, der von Wettumsätzen des Publikums lebt, dies sagt, müßte man normalerweise an seinem Verstand zweifeln. Am Abend des letzten von sechs Renntagen der Internationalen Woche auf der Galopprennbahn in Iffezheim ergänzte Carl-Friedrich Fürst zu Oettingen-Wallerstein dies noch: „Wir waren froh, als einige Besucher nach dem Hauptrennen gegangen sind."

Die auf den ersten Blick unverständlichen Äußerungen des Präsidenten des Internationalen Clubs von Baden-Baden, Veranstalter der Rennen in Iffezheim, hatten aber einen durchaus realistischen Hintergrund. Der Massenbesuch am letzten Renntag sorgte für Probleme bei der Abwicklung des Totogeschäfts. Eine erste Anlayse ergab, daß offensichtlich viele Erstwetter auf der Bahn waren. Die haben erfahrungsgemäß Probleme mit der korrekten Ausfüllung der Wettscheine, riskieren keine hohen Einsätze und blockieren oft die Schalter für Besucher mit größeren Einsätzen. 561 934 Wettscheine sind an den sechs Tagen durch die Computer gelaufen, 1984 waren es 531 224. Der Durchschnitts-Wettumsatz pro Schein fiel aber von 29,49 Mark auf 26,88 Mark. Auch die höheren Einsätze auf die leichteren Wettarten Sieg und Platz sind ein Indiz für die fürstliche Theorie.

Aber die Veranstalter mußten auch eingestehen, daß zu wenig Kassen zur Verfügung standen. Am Sonntag fand gleichzeitig in Gelsenkirchen-Horst eine Veranstaltung statt, bei der ein Wettumsatz von 427 337 Mark erreicht wurde. In Iffezheim kam man am gleichen Tag auf 3 560 152 Mark. Trotzdem standen in Gelsenkirchen 50 Kassen, es gibt eine entsprechende vertragliche Vereinbarung zwischen der Firma Data-Sport, die die Computer stellt, und den Veranstaltern. Baden-Badens Manager Karsten von Werner: „Das ist ein untragbarer Zustand. Wir hätten gut und gerne noch 20 Kassen gebrauchen können." Da klagt der Galopprennsport auf der einen Seite über Finanzsorgen und ist nicht in der Lage, Wettkassen dort anzubieten, wo Bedarf, sprich Umsatz, auf der Straße liegt.

30 000 Mark wurden an Eintrittskarten in Iffezheim mehr verkauft als im Vorjahr. 25 000 Zuschauer werden wohl den Großen Preis verfolgt haben. Im nächsten Jahr werden dort exakte Zahlen vorliegen, denn es wird Zählkreuze an den Eingängen geben.

Der Gesamtwettumsatz der Großen Woche betrug 16,1 Millionen Mark, insgesamt sind bei den zwei Meetings 28,3 Mill. Mark durch die Kassen geflossen. Im Vergleich zum Vorjahr blieben die Umsätze in etwa stabil.

Im sportlichen Bereich das gleiche Bild wie 1984: Von vier möglichen Siegen in den international offenen Rennen gingen drei ins Ausland. Oettingen-Rennen: Hot Rodder mit Lester Piggott, Goldene Peitsche: Gabitat mit Paul Cool, Moët & Chandon-Zukunfts-Rennen: Alshinfarah mit Tony Murray und der Große Preis von Baden durch Gold and Ivory mit Steve Cauthen. Lediglich Lirungs Erfolg im Fürstenberg-Rennen verhinderte einen totalen Triumph der Ausländer. Im Großen Preis enttäuschte Abary restlos, 100 Meter hinter dem Sieger wurde er Vorletzter. Daun aus dem Gestüt Röttgen bot dagegen als Zweiter eine gute Leistung, er kämpfte den Engländer Crazy noch nieder. Der Japaner Sirius Symboli kam auf den vierten Platz. 1986 wird das bislang nur den deutschen Pferden vorbehaltene Spreti-Rennen (Sieger: Anatas) endlich auch international ausgeschrieben.

FUSSBALL

Eike Immel kehrt zurück

dpa, **Frankfurt**

Die Rückkehrer Eike Immel (Borussia Dortmund) und Guido Buchwald (VfB Stuttgart) stehen im 25köpfigen Aufgebot, das von Franz Beckenbauer und Horst Köppel für den Kurzlehrgang der Fußball-Nationalmannschaft vom 8. bis 10. September in Herzogenaurach nominiert wurde. Immel bestritt sein letztes Länderspiel 1982 gegen Norwegen, Buchwald stand bei der Europameisterschaft 1984 gegen Rumänien letztmals im Nationalteam.

Zum Kader gehören ferner aus der „Unter 21"-Auswahl Wolfgang Funkel (Uerdingen), Kohler (Mannheim), Roth (Schalke 04), Rolff und Waas. Der Deutsche Fußball-Bund (DFB) forderte bei Inter Mailand und Hellas Verona auch Karl-Heinz Rummenigge und Hans-Peter Briegel an. Briegel hat die Genehmigung erhalten, da er zum Saisonstart in Italien gegen Lecce wegen einer Zerrung wahrscheinlich nicht spielen kann. Nicht berufen wurde der verletzte Kölner Klaus Allofs.

Das Aufgebot: Tor: Immel, Schumacher, Stein; Abwehr: Augenthaler, Berthold, Brehme, Karl-Heinz Förster, Funkel, Herget, Jakobs, Kohler, Roth; Mittelfeld: Briegel, Buchwald, Magath, Rolff, Matthäus, Rahn, Thon; Angriff: Littbarski, Meier, Völler, Mill, Rummenigge, Waas.

*

Mit vier vorgezogenen Spielen wird die Bundesliga bereits heute ihren fünften Spieltag beginnen. Meister Bayern München bangt vor dem Spiel beim Aufsteiger Saarbrücken (19.30 Uhr) um Nationalspieler Ludwig Kögl, der sich beim Privatspiel in Waldkraiburg eine leichte Zerrung zuzog. Wohlfarth oder Nachtweih stehen als Reservisten bereit. Die Saarbrücker müssen erneut auf ihre Neuerwerbung Jürgen Mohr verzichten.

Um 20.00 Uhr spielen: Bochum – Frankfurt, Mannheim – Kaiserslautern, Uerdingen – Schalke 04.

STUDIO

Aus Anlaß des 25. Jahrestages des Baus der Berliner Mauer im August 1986 will das ZDF die damaligen Ereignisse in einer umfassenden zweiteiligen Dokumentation rekonstruieren. Neben den politischen und militärischen Ereignissen soll das Schicksal von Betroffenen im Mittelpunkt der Sendung stehen. Darum sucht die **ZDF-Redaktion „Zeitgeschichte"** Menschen, die den Mauerbau unmittelbar erlebten oder im Zusammenhang damit besondere Erinnerungen haben. Zuschauer, die Dokumente, Fotos oder Amateurfilme zu diesem Thema besitzen, möchten sich an den Mainzer Sender wenden. dpa

Das amerikanische Fernseh-Unternehmen **Cable News Network** (CNN), das rund um die Uhr Nachrichten sendet, wird künftig auch direkt aus Deutschland berichten. Sechs CNN-Journalisten nehmen noch in diesem Monat in Frankfurt ihre Arbeit auf. Neben der Berichterstattung aus Deutschland ist das Büro in der Main-Metropole künftig auch für gründliche Recherchen aus ganz Mitteleuropa zuständig. CNN war bislang in London, Rom, Beirut, Jerusalem, Kairo, Tokio und Moskau mit Korrespondentenbüros vertreten, im kommenden Jahr sollen auch noch Paris, Peking und Neu-Delhi hinzukommen. SAD

Die **ARD-Fernsehlotterie** „Ein Platz an der Sonne" startet am 22. Januar nächsten Jahres. In einer Sonderaktion können Besucher der Internationalen Funkausstellung in Berlin schon jetzt Lose kaufen. Auch in dieser Lotterie-Runde warten Häuser, Traumreisen und viele Sachwerte auf die Gewinner. Seit Beginn der Fernsehlotterie wurden bisher 823 Millionen Mark ausgeschüttet, davon knapp die Hälfte an das „Hilfswerk Berlin". dpa

Der Roman „Seefahrt ist not" und andere Erzählungen von Gorch Fock (1880-1916) bilden die Vorlagen für eine sechsteilige Fernsehserie unter dem Titel **Finkenwerder Geschichten**, die im Auftrag des Norddeutschen Rundfunks in den nächsten Monaten produziert wird. An der Serie, die voraussichtlich Ende nächsten Jahres gesendet werden soll, sind Wigand Witting, Alexander Weisswange, Gerlind Rosenbusch, Klaus Dittmann, Roland-Momme Jantz, Gernot Kleinekemper und Ferdinand Dux beteiligt. Carlheinz Caspari schrieb die Drehbücher und inszenierte. dpa







ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

Nur über ARD:
9.45 Live von der IFA
ZDF-Info Gesundheit
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Via Mala (2)
11.55 Umschau
12.10 Probe aufs Exempel:
Fernheilung (2)
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

IFA-Programm (nur über ZDF):
9.55 Guten Morgen
10.00 Tagesschau
10.03 Quasselbox
10.10 Sie
11.00 Städteturnier
12.00 Künstlertreff in 5 nach 12
13.00 Tagesschau
13.15 ARD und ZDF im Gespräch mit Zuschauern

ARD

14.45 Funkausstellung Berlin 1985
Die goldene Eins
17.40 Funkausstellung aktuell
Der Tag im Rückblick
17.50 Tagesschau
Dazwischen Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Alles oder nichts
Spiel und Show mit Max Schautzer
Heute: James Bond 007
21.00 Monitor
WDR-Magazin
Was erwarten die Bundesdeutschen vom Dreiergipfel? – Eine Monitor-Umfrage zum Treffen des Kanzlers mit den Tarifparteien / Hilfe für Krebskranke Kinder / US-Armee plant Stationierung der Neutronenbombe
Moderator: Klaus Bednarz
21.45 Magnum
Zwischen Leben und Tod
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Dichtung oder Pornographie?
Anthony Burgess über D. H. Lawrence
Der Dichter Anthony Burgess bemüht sich in diesem Film um eine Neueinschätzung des Autors. Für Anthony Burgess ist Lawrence ein Außenseiter, der sich gegen die Bürgerlichkeit seiner Zeit auflehnt, gegen den Militarismus und gegen die doppelbödige Moral der viktorianischen Gesellschaft.
23.45 Tagesschau

ZDF

13.45 Funkausstellung Berlin 1985
Video Derby
14.30 Grüezi, Servus, Guten Tag
14.45 Zehnkampf der Fernsehklasse
16.00 Alice's Teeparty
Artistik und Musik
17.00 heute
17.05 Showplatz Berlin
18.00 Alte Gauner
Gesegnete Mahlzeit
19.00 heute
19.30 Via Mala (3)
Nach dem Roman von John Knittel
Anschließend:
Ratschlag für Kinogänger
„Birdy" von Alan Parker
21.12 Mach mit – der Umwelt zuliebe
21.15 WISO von der Funkausstellung
Europäische Unterhaltungselektronik – Wer bremst die Japaner? / Elektronik-Schneider: eine deutsche Antwort – Ideen-Schmiede aus dem Allgäu
21.45 heute-journal
22.05 Die Sport-Reportage
Fußball-Bundesliga
Bericht vom 5. Spieltag
22.35 Filme von Frauen
Menschengesichter
Französischer Spielfilm, 1981
Mit Sabine Mamou, Mathieu Demy
Regie: Agnès Varda
23.35 In Wahrheit Video
Eine elektronische Satire von Julien Temple
0.35 heute

SAT 1

13.30 Perrine
Der Aufbruch
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
Wo ist Johnny?
15.00 Black Beauty
Unschuldslämmer
15.30 Musicbox
16.30 Mork vom Ork
Das Ei aus dem Weltall
17.00 Die Leute von der Shiloh Ranch
Wettkampf ohne Gnade
18.00 Alle meine Lieben
Der Riesenauftrag
USA 1971/72
oder Regionalprogramm
18.30 AFP blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Mariandls Heimkehr
Österreichischer Spielfilm, 1962
Mit Conny Froboess, Rudolph Prack u. a.
Regie: Werner Jacobs
20.30 Mit Schirm, Charme und Melone
Auf Wiedersehen
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
mit aktuellen Berichten, Interviews und Sportreportagen von der Internationalen Funkausstellung in Berlin
22.15 Du kannst anfangen zu beten
Franz.-italien. Spielfilm, 1968
Mit Alain Delon, Charles Bronson u. a.
Regie: Jean Herman
Zwei ehemalige Algerienkämpfer knacken im Auftrag einer zwielichtigen jungen Frau einen Tresor. Ihre anfängliche gegenseitige Abneigung überwinden sie unter dem Druck der zunehmenden Gefahr.
0.10 APF blick:
Letzte Nachrichten

III.

WEST
14.00 Aus dem Deutschen Bundestag
– zur Spionage-Affäre
19.00 Aktuelle Stunde
19.45 Fensterprogramme der Landesstudios

NORD
18.00 Sport-Treff
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Rockpalast

HESSEN
14.00 Aus dem Deutschen Bundestag
– zur Spionage-Affäre
18.00 Sport-Treff
18.30 Das feuerrote Spielmobil
19.00 Nirgendwo ist Poenichen
Gemeinschaftsprogramm:

WEST / NORD / HESSEN
20.00 Tagesschau
20.15 Wanderungen durch die DDR
21.00 Rückblende
Adenauer in Moskau
21.15 Der seidene Schuh (3)
22.45 Schach-WM – aufs neue (1)
Anatoli Karpow und Garri Kasparow
23.15 Reisewege zur Kunst: Sardinien
0.00 19. Deutsches Jazzfestival
0.55 Letzte Nachrichten

SÜDWEST
14.00 Aus dem Deutschen Bundestag
– zur Spionage-Affäre
18.30 Telekolleg II
Nur für Baden-Württemberg:
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz:
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland:
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm:
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
20.15 Leben um zu beten
21.00 Land der tausend Abenteuer
22.50 Christliche Kunstwerke
23.05 Nachrichten

BAYERN
18.15 Familienjournal
18.45 Rundschau
19.00 Casablanca
20.40 Z. E. N.
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Sperrfrist
22.30 Im Gespräch
23.15 Rundschau

3SAT

18.00 Grüezi, Servus, Guten Tag
18.30 Direkt
19.00 heute
19.30 Fernsehen anno dazumal
Deutsches Fernsehen in den 30er Jahren
20.30 Ringstraßenpalais
3. Die Spekulanten
21.15 Zeit im Bild 2
21.25 Kalifornien hin und zurück
Von Klaus Emmerich
22.00 Club 2
anschl. 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.15 Regional 7
18.35 Blick in die Welt
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.13 Karichen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Knight Rider
20.30 Der unheimliche Besucher
22.20 Zeichentrick für Erwachsene
2250 Hier ist Berlin
22.46 Horoskop
22.50 Betthupferl

Mamma Ebe macht mobil

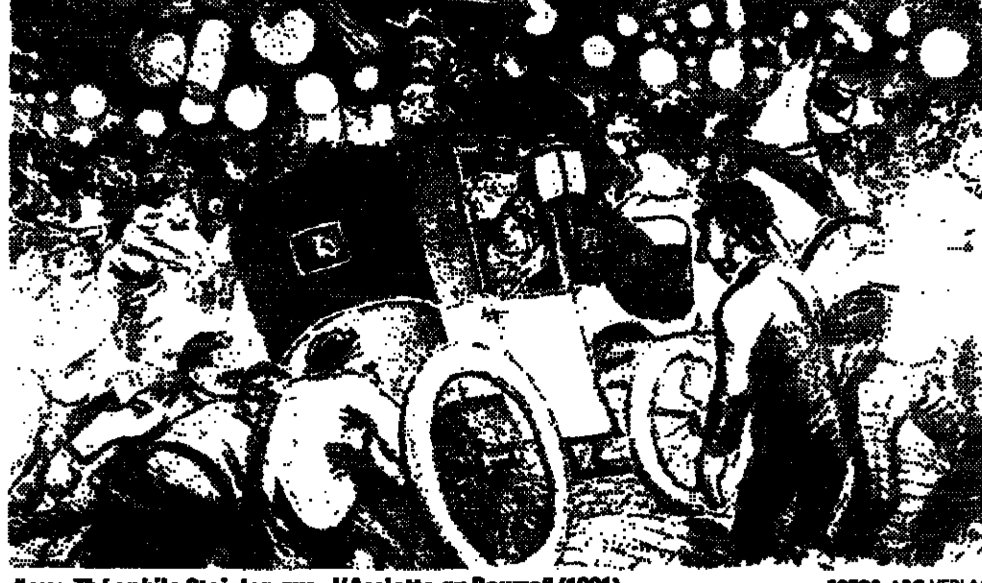
bln – Das Filmfest von Venedig bietet ein schönes Podium der Aufmerksamkeit. Deshalb versuchen es auch immer wieder Leute, die mit dem Metier nichts tun haben, zu erklettern. Letztes Jahr war es Günter Grass, der – Präzeptor auch außerhalb Germaniens – Festa Campaniles Film über Mussolini und seine ihm treu ergebene Geliebte zum Skandal erklärt wissen wollte. Diesmal ist es Carlo Lizzanis recht mittelmäßiger Film „Mamma Ebe".

Der Justizfall hatte vor knapp zehn Jahren die italienischen Gemüter erregt. *Mamma Ebe alias Ebe* Giorgini, Stifterin einer von der Kirche verurteilten religiösen Gemeinschaft, hatte es verstanden, unglückliche junge Leute von sich abhängig zu machen, sie einem strengen „Ordenskanon" zu unterwerfen und bei Ungehorsam unmenschlich zu strafen. Dennoch hätten die Jünger fast alle für Mamma jederzeit ihren Kopf gelassen. Doch ein paar schwarze Schafe verrieten Mamma und sagten vor Gericht gegen sie aus. Die Giorgini wurde zu zehn Jahren Haft verurteilt, die nach sechs Jahren in „häuslichen Arrest" umgewandelt wurde. Derzeit sitzt Frau Ebe daheim, doch streng bewacht, ihre letzten beiden Jahre ab.

Nun meldete sie sich aus ihrer Gefangenschaft und schickte Lizzani ihre Anwälte auf den Hals. Sie fühle sich durch seinen Film, den sie im übrigen gar nicht gesehen hat, diffamiert und fordere Schadenersatz. Dabei hatte sie zuvor Projekt und Drehbuch ausdrücklich gebilligt. Lizzani wird die Entschädigung wohl nicht zahlen müssen. Schließlich beruht sein Film ausschließlich auf den Prozeßakten des Falles.

Trotzdem können alle zufrieden sein. Lizzanis Film verkauft sich aufgrund dieses Hickhacks weltweit blendend. Und Mamma ist nach Jahren endlich dem Schweigen entrissen, ist wieder, was sie immer sein wollte: eine Primadonna. Das lukrative Geschäft mit dem lieben Gott schlug ihr fehl. So begnügt sie sich mit dem Ruhm, den ihr der kleine, gut eingefädelte Skandal zur Biennale einbringt.





Anklagen, um zu helfen: „Winter" (l.) und „Die Staatskalesche" von Théophile Steinlen aus „L'Assiette au Beurre" (1901) FOTOS: ABC-VERLAG

Ein romantischer Anarcho-$ozialist des Jugendstils

Wenn man Hans Müller heißt, Fritz Meier oder Peter Schmidt, dann kann es nicht überraschen, wenn man auf einen Namensvetter stößt. Bei selteneren Namen ist das etwas anderes. Und wenn der „Doppelgänger" auch noch denselben Neigungen frönt, werden der Verwechslung und Verwirrung Tür und Tor geöffnet. So muß sich der Berliner Dieter Hildebrandt damit abfinden, daß seine Artikel und Bücher Verwunderung auslösen, weil man dem eifernden Kabarettisten soviel Übersicht nicht zutraut; bei den historischen Sachbüchern weiß man nicht auseinanderzuhalten, welches von welchem Hermann Schreiber stammt; und in Sachen Architektur fordern ein Berliner und ein Süddeutscher Frank Werner zu solchen Denksportaufgaben heraus.

Künftig nun muß sich der Leser – und der Unterzeichnete erst recht – damit abfinden, daß auch ein *Peter Dittmar*, der sich über Kunst und Kunstgeschichtliches äußert, nicht einmalig (und nicht verwandt) ist. Gerade nämlich hat der ABC-Verlag in Zürich den Band „Steinlen" von Peter Dittmar (176 S., 263 Abb., 106 Mark) vorgelegt. Es ist die erweiterte Fassung der Dissertation des Autors, was noch in einigen Umständlichkeiten zum Ausdruck kommt, in der ausführlichen Beschreibung von Bildern z. B., die gleich daneben reproduziert sind, oder in Zitaten, die weniger zur Sache beitragen, als daß sie die Belesenheit des Kandidaten belegen.

Das Schwergewicht von Peter Dittmars Monographie liegt bei den Zeichnungen Steinlens für den „Chat noir", den „Gil Blas illustré", den „Chambard socialistes" und „L'Assiette au Beurre". Die Plakate, die wesentlich zum Ruhm des Künstlers beitrugen, rücken eher an den Rand. Den Buchillustrationen sowie der Malerei (die der Autor zu Recht als ein diesem Künstler nicht adäquates Metier beschreibt) sind eigene Kapitel gewidmet. Originalzeichnungen werden nur bei der abschließenden Betrachtung der späten Arbeiten berücksichtigt, denn dem Autor geht es mehr um die politischen und sozialen Absichten Steinlens als um die künstlerischen Eigenarten.

Einen „poetischen Realisten in der Epoche des Jugendstils" nennt er Théophile Alexandre Steinlen, der 1859 in Lausanne geboren wurde und 1923 in Paris starb, damals den Zeitgenossen bereits weitgehend ein Unbekannter. Ein „romantischer Anarcho-Sozialist" wäre gewiß ebenso richtig, denn Steinlen war mit seinen Blättern zwar Ankläger, aber nie Agitator. Wie so manche seiner Kollegen, die für die damals recht zahlreichen Karikaturenzeitschriften arbeiteten, obwohl sie nicht eigentlich Karikaturen zeichneten, glaubte er, die soziale Lage der Armen und Benachteiligten ändern zu können, wenn er sie bekanntmachte. Und wahrscheinlich hatte er damit nicht einmal unrecht. Das Buch kann darauf keine Antwort geben, weil es diese Möglichkeit gar nicht in Betracht zieht, sondern von einem Modell antagonistischer Klassen ausgeht, deren Widersprüche nur revolutionär zu lösen sind.

Aber da der Band neben einer ausführlichen Biographie mit Hinweisen auf bislang kaum beachtete Quellen vor allem viele gut reproduzierte Bilder bietet, ist er betrachtens- und beachtenswert. PETER DITTMAR

Schwierigkeiten mit Gigantomanien und geistiger Koexistenz – Der Weltkongreß der Geschichtswissenschaftler in Stuttgart

Was kann Max Weber die Historiker lehren?

Es war gewiß kein Zufall, daß ein Colloquium über „Max Weber und die Methodologie der Geschichte" als erstes der „Grands Thèmes" auf die Agenda des Weltkongresses der Historiker in Stuttgart gesetzt worden war. Wer hätte schließlich besser und präziser als der große Nichthistoriker und dennoch Lehrmeister der Historikerzunft zur Standortbestimmung der Geschichtswissenschaft in Ost und West herausfordern können?

Der Bielefelder Historiker Jürgen Kocka charakterisierte Weber gleich zu Beginn zutreffend als den großen Entzauberer einer angeblich auf das paradiesische Endziel zusteuernden Geschichte; eben jenes Endziel also, auf das die Weltgeschichte, der dialektisch-materialistischen Geschichtsauffassung des Marxismus-Leninismus zufolge, in einem zwangsläufigen, von unversöhnlichen Klassenkämpfen geprägten historischen Prozeß ausgerichtet sei. Damit schien die Debatte vorprogrammiert, der Methodenstreit zwischen Marxisten und „Weberianern" unvermeidlich.

Doch es kam anders, als von vielen erwartet. Die Diskussionsbeiträge, auch aus dem Osten, fielen differenziert aus, und ausgerechnet Ernst Engelberg (Leipzig), Verfasser einer vielbeachteten Bismarck-Biographie und drüben als „Liberaler" bekannt, formulierte den eher orthodoxen Standpunkt. Engelberg konstatierte, daß es Max Weber gewesen sei, der mit seiner methodischen Trennung von wertsetzendem Handeln und wertfreier Wissenschaftsrationalität den Keim für die Erosion der universalhistorischen Geschichtsschau gelegt habe, *während doch Marx*, bei Lichte betrachtet, der eigentliche Bewahrer einer großen, über Hegel vermittelten philosophisch-historischen Tradition gewesen sei.

Hingegen verteidigte der drüben als „orthodox" geltende Joachim Herrmann (Ost-Berlin) ziemlich vehement die Aktualität Webers. Eine Diskussion um Max Weber, so meinte Herrmann, könne viele Anregungen auch für den Historischen Materialismus geben.

Übrigens war solch grundsätzliches Klingenkreuzen selten in Stuttgart. Hier und da hatte man den Eindruck, als flüchteten die Historiker geradezu in die Methodenlehre, um Kontroversen über die richtige Bewertung zeitgeschichtlicher Ereignisse auszuweichen. So gab es interessante Veranstaltungen über die neue Disziplin der „Psychohistorie" und über die Brauchbarkeit der Verhaltensforschung bei der Analyse historischer Ereignisfolgen.

Ansonsten war der Kongreß einfach zu groß, um Möglichkeiten für qualifizierte Streitgespräche zu eröffnen. Es gab allzu viele Sektionen und Seminare, die sich überschnitten oder überlappten, jedenfalls die Übersicht ungemein erschwerten. Der Wert eines Weltkongresses besteht ja auch nicht in erster Linie darin, das Fach methodologisch voranzubringen. Es geht vielmehr ums Kennenlernen und Kontakteknüpfen, man will erst einmal Verbindung aufnehmen, bevor man sich eventuell wieder abgrenzt.

Stuttgart machte da keine Ausnahme. Es war eine wahre Mammutveranstaltung mit mehr als 2100 Historikern aus 59 Ländern und Hunderten von Einzelreferaten, und viele Teilnehmer seufzten vernehmbar über die allenthalben zutage tretende „Gigantomanie". Man mußte schon ein sehr erfahrener Kongreßgänger sein, um angesichts solcher Gigantomanie *wirklich etwas nach Hause* tragen zu können.

Überraschend, daß die schier unzähligen Einzelvorträge, Colloquien und Round-table-Gespräche, gemessen an der Teilnehmerzahl und von Ausnahmen abgesehen, relativ gering besucht waren. Haupttreffpunkt schien die weite Lobby der Stuttgarter Liederhalle zu sein, wo es immer strömte und quirlte und wo gewisse Größen des Fachs regelrecht hofhielten.

Der amerikanische Historiker Gordon Craig war ein solcher Zentralpunkt. Ganz offensichtlich genoß er die Atmosphäre des Treffens. Endlich habe man wieder einmal Gelegenheit, mit vielen guten Bekannten gleichzeitig zusammenzukommen, meinte er gutgelaunt. Zugleich gab er jedoch zu bedenken, daß solche riesigen internationalen Konferenzen nicht selten für propagandistische und nationalistische Zwecke mißbraucht würden.

Tatsächlich fehlte es nicht an derlei Mißbrauchsversuchen in Stuttgart. Wie kaum anders zu erwarten, brachten sowjetische Historiker das Tagesthema „Frieden, Abrüstung und die Gefahren des Weltraumrüstens" aufs Tapet. Sergej Tichwinskij, Mitglied der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften und Rektor der Moskauer Diplomatenschule, erklärte vor der Presse, daß 300 Wissenschaftler aus der ganzen Welt im Rahmen eines Colloquiums eine Erklärung verabschiedet hätten, in der sie, in „tiefer Sorge" um den Frieden in der Welt, den Stopp der Herstellung von Atomwaffen und die Einstellung von Nukleartests gefordert hätten.

Die Erklärung des scheidenden polnischen Präsidenten des Weltkongresses, Aleksander Gieysztor, zum Abschluß der Stuttgarter Veranstaltung, daß die wissenschaftlichen Diskussionen von einer „wachsenden Entideologisierung" geprägt gewesen seien, nahm sich angesichts solcher Vorfälle ein wenig optimistisch aus. Die Ideologie war nicht überwunden, sie war in den Beiträgen, wenigstens des Westens, allenfalls ausgeklammert worden. Man wollte „nicht das Konferenzklima stören". Wenn schon nicht auf Konsens, so war die Stuttgarter Veranstaltung doch auf Koexistenz bei unterschiedlichen Interpretationen historischer Vorgänge ausgerichtet, wie man jedenfalls immer wieder hören konnte.

Einen Eklat verursachten die Sowjets, als sich eines ihrer Delegationsmitglieder weigerte, eine Arbeitssitzung zu eröffnen, wenn nicht vorher eine in der Liederhalle ausgelegte Unterschriftenliste, in der Historiker gegen Repressalien Prager Behörden gegenüber tschechoslowakischen Kollegen protestierten, entfernt werde (s. WELT v. 29. 8.). Dies geschah denn auch vorübergehend. Als die Liste dann dennoch wieder ausgelegt wurde, waren sofort auch wieder die Sowjets zur Stelle und machten sich eifrig Notizen, offenbar in der Absicht, unterschriftswillige Historiker aus dem Ostblock einzuschüchtern.

Was schließlich Prof. Gieysztor anbelangt, der die angebliche Entideologisierung der Stuttgarter Veranstaltung feierte, so mußte er sich sagen lassen, daß niemand anders als das Jaruzelski-Regime es war, das dem renommierten oppositionellen Historiker B. Geremek, ehemals Berater der verbotenen Solidarność, trotz vorheriger Zusage die Reise zum Weltkongreß verweigerte. Tichwinskij, offiziell darauf angesprochen, spielte die verfolgte Unschuld. Er habe zwar „davon gehört", sagte er, doch sei dies eine „private Angelegenheit" der Polen.

Wer in dem zweibändigen Folianten mit sämtlichen der Konferenz vorliegenden Beiträgen unter dem Stichwort „Situation der Ausländer, Minoritäten und Randgruppen der Gesellschaft" blätterte, stieß dabei auf die Arbeit eines polnischen Historikers über die Situation der Minderheiten in Ostmitteleuropa in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Symptomatisch die zeitliche Eingrenzung des Themas. Daß die Minderheitenproblematik nach dem Zweiten Weltkrieg schlichtweg mit der Vertreibung nicht nur der Deutschen, sondern z. B. auch der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei aus ihren angestammten Gebieten „gelöst" wurde – davon kein Wort. Und in einer Arbeit des offiziellen tschechischen Historikers Ivan Krema wurde die Vertreibung der Deutschen und der Ungarn mit der Begründung erwähnt, daß dies eben die „Logik des Revolutionsprozesses" gewesen sei. Erst dadurch sei eine „ganzstaatliche Politik" im Zusammenwirken von Tschechen und Slowaken möglich geworden.

Offenbar hielten sich wieder nur einmal der Westen und vor allem die deutschen Gastgeber in puncto „heiße Eisen" zurück. Die französische Historikerin Hélène Ahrweiler, Generalsekretärin des Kongresses, meinte, darauf angesprochen, daß die einzelnen Themen und ihre Abgrenzung schon lange vor der Stuttgarter Veranstaltung in zum Teil zähem Ringen unterschiedlicher Interessengruppen festgelegt worden seien. Das war eine interessante Auskunft, erfuhr man dadurch doch, wie sehr solche Weltkongresse in ihrem Verlauf heute bereits im organisatorischen Vorfeld geprägt werden.

Dem Organisator der Stuttgarter Veranstaltung, dem Verband der Historiker Deutschlands, ist gewiß kein Vorwurf zu machen. Auf die Auswahl der Themen hatte er nur begrenzten Einfluß, und als Gastgeber war man in der Tat zur Zurückhaltung verpflichtet. So verdient es um so lobender herausgestellt zu werden, daß weder der Vorsitzende des Historikerverbandes, *Christian Meier, noch der* Bundespräsident in ihren Begrüßungsreden das deutsche Thema, das Problem der nationalen Identität einer geteilten Nation, ausklammerten.

AXEL SCHÜTZSACK

Janet Taylor Caldwell †

Sie war auf Bestseller abonniert

Sie war eine Nonne und wurde gefoltert, wie Savonarola, deshalb stürzte sie sich aus dem Fenster. Einmal war sie Küchenmädchen bei George Eliot, ein andermal die Mutter der Maria Magdalena. Wer kommt auf den Gedanken, daß es sich dabei um eine amerikanische Erfolgsautorin von Unterhaltungsliteratur handelt? Janet Taylor Caldwell hat sich viele Jahre mit dem Problem des Lebens nach dem Tode beschäftigt. Sie war praktizierende Katholikin, wollte von Seelenwanderung und Wiedergeburt nichts wissen und sagte sogar: „Bloß das nicht – schrecklicher Gedanke, noch mal so viel durchzumachen". Trotzdem war sie zu einigen hypnotischen Experimenten bereit. Dabei wurde herausgefunden, sie habe *mehr als dreißig Existenzen* durchgemacht, die sie im Unterbewußtsein mit sich trage.

Geboren wurde Janet Taylor Caldwell am 7. September 1900 in Manchester, kam jedoch als Kind nach Amerika und verbrachte dort ihr Leben. Zu schreiben begann sie schon als junges Mädchen. Nach der Schule arbeitete sie als Gerichtsreporterin und studierte daneben an der Universität von Buffalo. Der erste ihrer umfangreichen Romane, „Einst wird kommen der Tag", erschien, als sie 38 Jahre alt war. Es ist eine ausführliche Familiengeschichte, die sich über Generationen hinzieht. Das Schema hat sie beibehalten. Aber – das unterscheidet ihre Bücher von der Massenkonfektion der Unterhaltungsliteratur – Hintergrund, Fakten und Farben stimmen. Es ist auch der Grund, warum sich die Lektüre der 500 und 600 Seiten immer lohnt. Man wird neben der spannenden Unterhaltung noch hinterrücks informiert über Arbeits- und Sozialfragen oder über die Gesellschaftsmoral um die Jahrhundertwende in Amerika.

Die meisten ihrer Romane, etwa „Die Armaghs" und „Nie siegreich, nie geschlagen", wurden auf Anhieb große Erfolge, viele blieben lange Zeit Bestseller. Bis 1980 erschienen alle ihre Bücher bei Doubleday; dann schloß sie für 3,9 Millionen Dollar mit Putnam's Sons einen Vertrag über zwei *Romane* ab, von denen der erste, „Antworte wie ein Mann", 1981 auf den Markt kam. Doch im Mai 1980 erlitt sie einen Schlaganfall. Ein Jahr später konnte sie am Stock wieder gehen und begann nach intensiver Sprachtherapie auch wieder zu sprechen und das zweite Buch für Putnam's in Angriff zu nehmen, ihren 40. Roman. Er wird unvollendet bleiben. Taylor Caldwell ist am Wochenende, wenige Tage vor ihrem 85. Geburtstag, im amerikanischen Greenwich gestorben. ANNE UHDE

MUSIK-KALENDER

7. **Zürich**, Opernhaus; Verdi: Macbeth (ML: Santi; R: Asagaroff, B: Svoboda)
   Oberhausen, Theater; Lortzing: Casanova (ML: Schenk, R: Kirchhoff)
8. **Aachen**, Stadttheater; Beethoven: Fidelio (ML: David, R: Schultz)
   Bielefeld, Stadttheater; Mozart: Die Entführung aus dem Serail (ML: de Villiers, R: Palma)
12. **Köln**, Funkhaus; Musik der Zeit: Gruppen (bis 15. 9.)
13. **Basel**, Stadttheater; Weber: Der Freischütz (ML: Rodmann, R: Markun)
14. **Düsseldorf**, Deutsche Oper am Rhein; Verdi: La Traviata (ML: Erede, R: Düggelin)
   Frankfurt, Opernhaus; Purcell: Dido und Aeneas (ML: Boder, R: Tamchina)
15. **Köln**, Opernhaus; Donizetti: Lucia di Lammermoor (ML: Pritchard, R: Wood, B: O'Brien)
   Bonn, Großes Haus; Puccini: Turandot (ML: Masini, R: Riber)
21. **Kassel**, Staatstheater; Wagner: Siegfried (ML: Nelsson, R: Schoenbohm)
22. **Mönchengladbach**, Opernhaus; Reimann: Lear (ML: Schwarz, R: Gramss)
   Duisburg, Deutsche Oper am Rhein; Strauss: Die schweigsame Frau (MK: Wakasugi, R: Roth)
25. **Bremen**, Theater am Goetheplatz; Beethoven: Fidelio (ML: Steinberg, R: del Monaco)
27. **Wien**, Staatsoper; Donizetti: Maria Stuarda (ML: Fischer, R: Asagaroff)
29. **Wiesbaden**, Staatstheater; Wagner: Götterdämmerung (ML: Köhler, R: Joel)
   Zürich, Opernhaus; Haydn: Die Schöpfung (ML: Weikert, Ch: Scholz, A: Rosalie)

Große Fälschungen in Kunst und Literatur (XIII): Die Rifesser-Madonna

Die gotischen Irrwege des Dorotheums

Es ist schon mehr als zwei Jahrzehnte her, daß dem bis dahin unumstrittenen Ruf des Dorotheums in Wien als verläßlicher Stelle für Kunstexpertisen eine arge Schlappe zugefügt wurde, von der es freilich heute so wenig wissen will, daß Fragen nach den näheren Umständen schon als taktlos empfunden werden.

Das Dorotheum ist seinerzeit von Kaiser Josef II. als Hilfe für verschämte Arme ins Leben gerufen worden, die dort, nach seiner Vorstellung, ohne Namensnennung und ohne lästige Fragen nach der Herkunft des Gegenstandes Kostbarkeiten und auch Gebrauchsgegenstände belehnen und versteigern lassen konnten. Da unter den angebotenen Dingen natürlich Kunstgegenstände stark vertreten waren, ergab sich die Notwendigkeit, diese richtig zu beurteilen, was zur Heranbildung vorzüglicher Experten führte.

Wie so vieles im Leben des volksverbundenen Kaisers hatte auch diese gutgemeinte Institution ihre Kehrseite: Da niemand nach der Herkunft der Pfänder fragte, stand der Einlieferung von unrecht erworbenem Gut nichts im Wege. Das Dorotheum entwickelte sich also nicht nur zu einer Zuflucht der Armen, sondern auch der Diebe und Räuber. Es blieb dennoch und vielleicht nicht so ungern dem recht praktischen Grundprinzip bis heute treu und schaltete nur gewisse Kautelen ein, ohne damit jeden Mißbrauch abstellen zu können. Es wurde dabei mehr und mehr zum allgemeinen Auktionshaus, das aufgrund eines juristisch fragwürdigen Privilegs dem Staat erkleckliche Gewinne einbrachte. Die Vorstellung, Bedürftigen zu helfen (wenn man den Staat nicht so einordnen will), trat in den Hintergrund.

Nun wurde also eines Tages von einem Händler eine gotische Madonna eingeliefert, über deren Herkunft er satzungsgemäß keine Auskunft zu erteilen brauchte. Im Ausstellungssaal, wo die später zur Versteigerung kommenden Gegenstände zur Besichtigung aufgestellt werden, fiel sie durch ihren Liebreiz unter den anderen Skulpturen eigens auf. Der Ausrufungspreis von 60 000 Schilling entflammte nicht wenige Liebhaber mit Hoffnung auf einen günstigen Erwerb.

Denn wenn auch der Preis bei der Versteigerung voraussichtlich steigen würde, wozu dann noch die Gebühr (bis 30 Prozent) kam, mittels derer, nicht eben im Sinne Josefs II., der Staat wohltuend an der Not seiner Einwohner teilnimmt, so rechneten sich die Kunden des Dorotheums doch eine kaum wiederkehrende Chance zum Erwerb eines köstlichen Kunstwerks aus.

Aber sie sollten enttäuscht werden. Denn kurz vor der Versteigerung verschwand die Madonna wieder aus dem Saal. Sie war aber nicht etwa geraubt worden, sondern der Rechtlichkeit eines Künstlers zum Opfer gefallen. Der Südtiroler Bildhauer Rifesser hatte nämlich seine Arbeit erschrocken im Katalog als echte gotische Madonna angekündigt gefunden, alldieweil die Experten des Dorotheums sie tatsächlich dafür hielten. Daß der Händler mit dem ihm vorgeschlagenen Ausrufungspreis nicht unzufrieden gewesen war, läßt sich denken. Nicht mehr nachzuweisen ist, ob er das Seine dazu getan hatte, ihn zu erreichen. Aber der Bildschnitzer aus dem frommen Land Tirol verhinderte im letzten Moment eine Publikumstäuschung und holte seine Arbeit in die Heimat zurück. Die „Rifesser-Madonna" beschäftigte Wien nichtsdestotrotz noch eine ganze Weile.

Welchen Preis Rifesser dann dafür erzielte, ist nicht bekannt; aber gewiß war er dank der Sensation, die von der Presse vergnüglich ausgeschrotet worden war, nicht eben gering. Und auch andere Werke Rifessers profitierten davon. Mit einem Wort, es trat der seltene Fall ein, daß sich Anstand bezahlt machte, was dem braven Mann nur zu gönnen ist. Er lebt noch. Und Interessenten haben die Möglichkeit, ohne Zwischengewinn des Dorotheums einen echten Rifesser zu erwerben. ERIK G. WICKENBURG



Angeblich 600 Jahre alt: Die Madonna, die der Südtiroler Rifesser gerade geschnitzt hatte

FOTO: H. G. TRENKWALDER

JOURNAL

Berlin eröffnet die Saison in Los Angeles

dpa, **Berlin**

Die Deutsche Oper Berlin wird mit einem Gastspiel vom 9. bis 22. September die Musik-Saison in Los Angeles eröffnen. Den Auftakt macht Giacomo Puccinis „Tosca" unter Silvio Warviso, Erich Wolfgang Korngolds „Die tote Stadt" dirigiert Heinrich Hollreiser, und zum Ausklang steht Mozarts „Figaros Hochzeit" auf dem Programm.

Ein Orden für den Bildhauer R. Serra

dpa, **Paris**

Mit der Auszeichnung des „Chevalier dans l'Ordre des Arts et des Lettres" hat der französische Kultusminister Jack Lang den amerikanischen Bildhauer Richard Serra ausgezeichnet. Der 1939 in Kalifornien geborene Künstler, der heute in Kanada und New York lebt, hat durch seine Plastiken aus monumentalen Stahlplatten einen wichtigen Beitrag zur modernen Bildhauerei geliefert.

Osteuropäische Fotografie

DW. **Düsseldorf**

Das VI. Internationale Foto-Symposion auf Schloß Mickeln (Düsseldorf) befaßt sich mit der „zeitgenössischen Fotografie Ost- und Südosteuropas". Referenten der Veranstaltung, die vom 20. bis 22. September stattfindet, sind u. a. Lásló Beke aus Ungarn, Antonoin Dufek aus der ČSSR, Marek Grygiel aus Polen und Davor Matičevic aus Jugoslawien.

Zum zehnten Mal: Design-Börse in Essen

DW. **Essen**

Zum zehnten Mal findet in diesem Jahr die Design-Börse im Essener Haus Industrieform statt. Vom 1. bis 5. Oktober werden 153 Entwürfe von 93 Nachwuchs-Designern gezeigt, die an einer der 16 deutschen Ausbildungsstätten für Design studieren oder dort gerade ihr Diplom gemacht haben. Die Börse versteht sich als Kontaktstelle zu industriellen Nutzern.

„Ein Totentanz" von Dieter Groß

DW. **Hannover**

Das alte Gleichnis des Totentanzes fasziniert die zeitgenössischen Künstler noch immer. Nach Horst Janssen und Nikolaus Heidelbach hat sich nun auch der Stuttgarter Dieter Groß diesem Thema zugewandt. Seine 31 farbigen Zeichnungen „Ein Totentanz" zeigt das Wilhelm-Busch-Museum in Hannover in einer Kabinettausstellung bis zum 6. Oktober. Gleichzeitig erschien im Merlin-Verlag, Gifkendorf, ein Buch-Katalog (20 Mark), in dem ein Großteil der Blätter farbig reproduziert wurde.

Ludwig-Hohl-Stiftung in Zürich gegründet

dpa, **Frankfurt/Zürich**

Eine Stiftung soll Werk und Leben des Schweizer Schriftstellers Ludwig Hohl (1904–1980) würdigen. Die Ludwig-Hohl-Stiftung mit Sitz in Zürich wird die Veröffentlichung der gesammelten Werke vorbereiten, die Edition einzelner Nachlaß-Schriften und der Korrespondenz ermöglichen und Studien fördern. Die Stiftung wird außerdem Manuskripte und Briefe sammeln, erwerben und archivieren.

„Noema" künftig auch in Deutschland

DW. **Salzburg**

Die Kunstzeitschrift „Noema – Magazin für Gegenwartskunst", die vor einem Jahr in Salzburg gegründet wurde, wird künftig auch in der Bundesrepublik Deutschland vertrieben. Die Zeitschrift beschränkt sich nicht auf die Bildende Kunst, sondern bezieht auch Musik, Literatur und Theater ein. Außerdem enthält jedes Heft ein komplettes Theaterstück. Die neueste Ausgabe steht unter dem Motto „Krankheit" und behandelt u. a. die Künstler aus Gugging und Rihms „Wölfli-Liederbuch". Das Einzelheft kostet 10 Mark, ein Jahresabonnement mit 6 Ausgaben 48 Mark. (A-5021 Salzburg, P.O.B. 59.)

Goethe änderte Schillers „Wallensteins Lager"

dpa, **Berlin**

Zur Weimarer Uraufführung von Schillers „Wallensteins Lager" hat Goethe 1798 im Prolog wesentliche Änderungen vorgenommen. Über diese Neuentdeckung wurde auf dem internationalen Kolloquium zum 100jährigen Bestehen des Goethe-und-Schiller-Archivs in Weimar informiert. Danach hat Goethe unter anderem Schillers vielzitierte Schlußzeile „Ernst ist das Leben, heiter ist die Kunst" in „Heiter sei die Kunst" umgewandelt. Als Regisseur habe Goethe „Schillers Neigung zum Theoretisieren" dem Geschmack und Horizont des Weimarer Publikums entsprechend geändert und verständlichere Formulierungen gesucht.

Der Arzt gerät zunehmend in Konflikte

JOCHEN AUMILLER, Karlsruhe

In seiner Grundsatzrede setzte sich der Nestor der deutschen Internisten, Professor Hans Eberhard Bock, zu Beginn der 37. deutschen Therapiewoche in Karlsruhe mit den ethischen Problemen auseinander, in die der Fortschritt den Arzt zunehmend verstrickt. Bock zeigte dies am Beispiel der Abtreibungsdiskussion. Alle Definitionen des Lebensbeginns und alle Fristenlösungen, so Bock, können daran nicht vorbei, daß jeder Schwangerschaftsabbruch Tötung bedeutet – auch wenn er durch Parlamentsbeschlüsse und Paragraphen abgesegnet sei.

Bock hält es für Nötigung, einen Arzt zu zwingen, gegen seine Überzeugung abzutreiben. Als Fanal sieht er die Tatsache an, daß 70 bis 80 Prozent aller Abtreibungen aus sozialer Notlage vorgenommen werden. Dieser hohe Anteil erscheint ihm fragwürdig, zumal in einem Staat, der einer der sozial abgesichertsten sei.

Dagegen zeigte Bock Verständnis für die Nöte kinderloser Ehepaare, die mit den neuen medizinischen Möglichkeiten wie künstliche Befruchtung, Embryotransfer und Leihmutterschaft zu ihrem Wunschkind kommen wollen. Immerhin bleiben in den Zivilisationsländern zwölf bis 15 Prozent der Ehen kinderlos. Bock setzt das „Recht" auf ein eigenes Kind, auch wenn nur einer der Ehepartner an der Zeugung beteiligt ist, höher als das Adoptionsrecht.

Seit langem diskutiert wird die Frage, was dem Patienten medizinisch zumutbar ist. Eine wesentliche Konfliktfrage dabei sei die Aufklärungspflicht des Arztes, die grundsätzlich nicht angezweifelt werde. Es gebe aber Einschränkungen. So könne man ängstlichen Patienten, die allein durch die Lektüre der Beipackzettel verunsichert werden, die Präparate ohne Auflistung möglicher Nebenwirkungen verordnen.

Manchmal sei es falsch, mit der vollen Wahrheit einer Diagnose herauszurücken. Dazu Bock: Mancher Arzt rücke gleich mit der vollen Wahrheit heraus, „ohne zu bedenken, daß diese Aufklärung ein langwieriger Prozeß mit wechselnder Bereitschaft ist, der Geduld und sehr viel persönliches Einfühlungsvermögen verlangt".

Entschieden sprach sich Bock gegen Ärztestreiks aus. „Aus meiner Sicht widerspricht Streik von Ärzten und Pflegepersonal dem Geist des Arzttums, weil er doch zu Lasten des Patienten geht, selbst wenn eine vorgesehene Notversorgung die gröbsten Mängel behebt."

Ein Forschungsteam entdeckte mit Hilfe eines Roboters das Wrack des Luxusliners „Titanic"

„Die Titanic ist eben mehr als nur ein Schiffswrack"

DW. Toronto

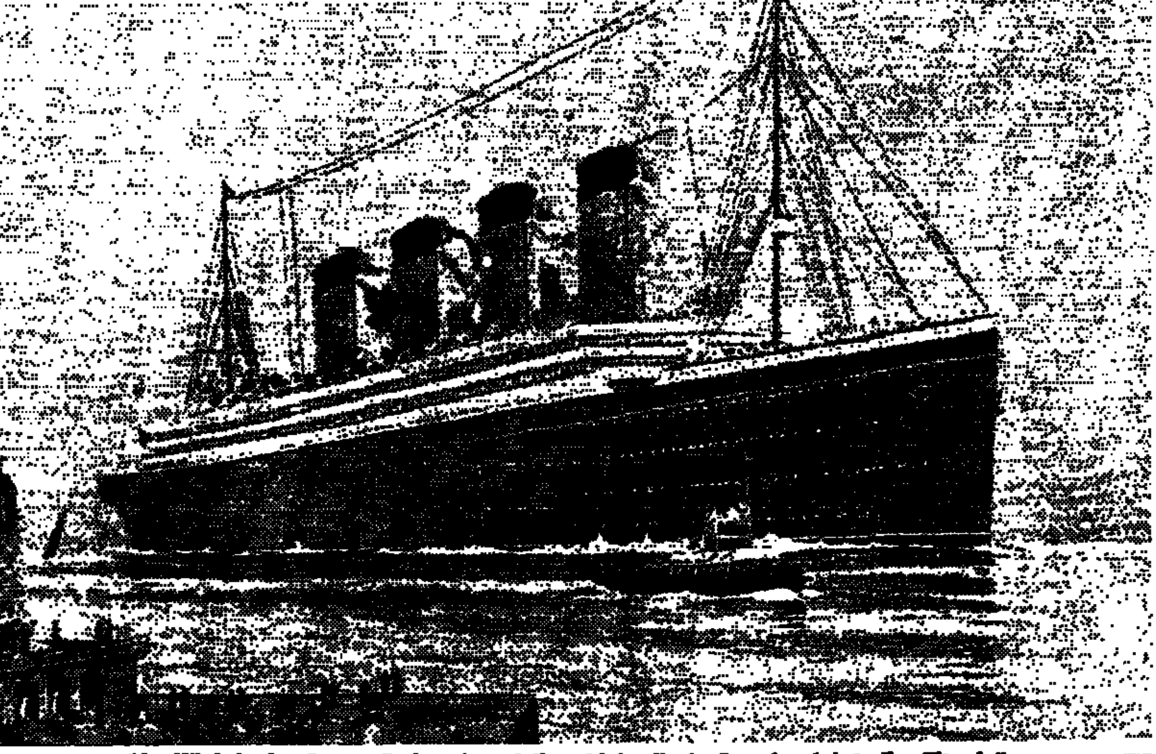
Trümmer des Wracks des 1912 nach einer Kollision mit einem Eisberg gesunkenen Luxusdampfers „Titanic" sind nach Angaben des Leiters der amerikanisch-französischen Suchexpedition, Robert Ballard, auf einer Fläche von 500 mal 300 Meter verstreut. Über die Gefühle der Expeditionsteilnehmer im Moment der Wrackentdeckung, sagte Ballard im kanadischen Fernsehen: „Zunächst waren wir ganz aufgeregt. Erst allmählich wurde uns bewußt, daß wir das Schiff gefunden haben, in dem 1500 Menschen den Tod fanden. Viele von uns haben jahrelang danach gesucht. Die Titanic ist eben mehr als nur ein Schiffswrack – wir haben es mit einer wirklichen Katastrophe zu tun."

Die Forscher beabsichtigen nicht, das Wrack zu heben. Sie wollen die Vereinten Nationen ersuchen, die Unglücksstelle zu einer internationalen Gedenkstätte zu erklären.

Mit dem Auffinden des Wracks geht eine jahrzehntelange Suche vieler Forscher und Privatleute zu Ende. Erst vor zwei Jahren war eine von dem texanischen Ölmillionär Jack Grimm finanzierte Suchaktion gescheitert. Im Tresor der „Titanic" werden Diamanten und andere Gegenstände im Wert mehrerer hundert Millionen Mark vermutet. Die Spekulationen stützen sich auf den Umstand, daß sich unter den Passagieren des Luxusdampfers mehrere prominente Bankiers befunden haben, darunter John Jacob Astor und Benjamin Guggenheim.

Der 45 000-Bruttoregistertonnen-Dampfer der britischen Reederei White Star Line aus Southampton sank in der Nacht zum 15. April 1912 auf seiner Jungfernfahrt. Am 10. April war die „Titanic" von Southampton aus nach New York aufgebrochen. Auf der Jagd nach dem Blauen Band für die schnellste Nordatlantik-Überquerung wählte der Kapitän damals die kürzere Sommerroute, die Schiffe in dieser Jahreszeit normalerweise wegen der Eisberggefahr meiden. Von den 2224 Passagieren überlebten den Untergang nur 703.

Der Eisberg auf den die „Titanic" prallte, hatte mindestens siebenmal soviel Masse wie das 269 Meter lange Schiff. Mühelos und nahezu ohne jeden Laut schlitzte er den Schiffsboden auf einer Länge von mehr als 100 Metern auf, während sich im Tanzsalon der Luxusklasse die Paare nach den Klängen eines Foxtrotts drehten.



Als „Königin des Ozeans" ging sie auf die schicksalhafte Jungfernfahrt: die „Titanic" FOTO: DIE WELT

Wer ist der Besitzer eines Wracks?

R.Z. Bonn

Falls eine Bergung der „Titanic" in Betracht gezogen werden sollte, erhebt sich die Frage nach den Besitzansprüchen auf Schiff und Ladung.

Multilaterale Verträge um die Eigentumslage an Wracks gibt es nicht. Um die Eigentumslage an Wracks auf dem Hohen Meer festzustellen, besteht aber die Möglichkeit, an die Staatsangehörigkeit des Schiffes anzuknüpfen. Dazu ist es allerdings nötig, daß der Staat, unter dessen Flagge das Schiff früher gefahren wurde, Vorbereitungen für eine Bergung trifft. Man spricht vom Fortbestand der Flaggenhoheit.

Die Hamburger Seerechts-Expertin Heidi Engert-Schüler bemerkt dazu in ihrer Abhandlung „Völkerrechtliche Fragen des Eigentums an Wracks auf dem Hohen Meer": „Die Konsequenz der Nachwirkung der Flaggenhoheit liegt nicht nur darin, daß die Eigentumslage an dem Wrack ausschließlich nach der Rechtsordnung des Flaggenstaates zu beurteilen ist, sondern vor allem darin, daß die so bestehenden Eigentumsverhältnisse unter dem Schutz des Flaggenstaates stehen, so daß unberechtigte Zugriffe Dritter rechtlich ausgeschlossen sind."

Ein Anhaltspunkt für eine zeitlich genau begrenzte Dauer der Nachwirkung der Flaggenhoheit läßt sich dem Völkerrecht nicht entnehmen. Weder kann die Überlegung, daß völkerrechtliche Pachtverträge nach 1848 häufig auf 99 Jahre abgeschlossen wurden, ein brauchbarer Ausgangspunkt sein, noch der Artikel 19 des Konventionsentwurfes „on the Sea-Bed and the Ocean Floor and the Subs-Soil", wie er der dritten UN-Seerechtskonferenz 1975 vorlag. Im Absatz 2 dieses Entwurfes ist vorgesehen, daß die Disposition über Wracks, die älter als 50 Jahre sind, einer internationalen Behörde unterliegen, wobei aber die Rechte des Eigentümers ausdrücklich vorbehalten bleiben.

Nach Auskunft der Londoner „Salvage Association" ist nach wie vor die Titanic-Reederei „physisch und rechtlich" Eigner des Wracks. Und das, obwohl das Seeversicherer-Konsortium seinerzeit die nach dem Untergang des Ozeanriesen fällig gewordene Summe ausgezahlt hatte. Als international übliche Praxis gilt: Die Versicherungsgesellschaften (in diesem Fall die britische Commercial Union als Rechtsnachfolger des damaligen Konsortium) melden ihre Ansprüche erst dann an, wenn es nach einer geglückten Bergung noch etwas „zu holen gibt", das heißt, wenn die Bergungskosten nicht höher sind als der Schrottwert des Wracks. Diese Regelung bezieht sich auf die reine „hull insurance", also die Versicherung von Schiffsrumpf und -technik ohne die getrennt versicherte Ladung und persönlichen Gegenstände von Passagieren und Crew.

Die Schiffseigner haben die Möglichkeit, ein gesunkenes Schiff „vor aller Welt" aufzugeben, also auf ihre Rechte am Wrack zu verzichten. Damit ist jedermann, dem als ersten die Bergung des Wracks gelingt, auch dessen juristischer Eigentümer. Bei der „Titanic" ist von dieser Möglichkeit laut „Salvage Association" kein Gebrauch gemacht worden. Die „Titanic" gehört deshalb nach wie vor der „White Star Line", beziehungsweise deren Rechtsnachfolgerin, der Reederei „Cunard".

In welcher Höhe Versicherungen Ansprüche nach einer Bergung geltend machen können, wird in jedem einzelnen Fall gesondert entschieden. Dies und die Bemessung des Lohns, der dem Bergungsteam zusteht, richtet sich nach dem Seerecht desjenigen Landes, in dem das Wrack angelandet wird. Eine solche Bemessung ist dann Gegenstand einer oft langwierigen Untersuchung durch eine Expertenkommission. Der Bergelohn richtet sich übrigens nicht nach dem versicherten Wert des Schiffes, sondern nach dem aktuellen Wert des geborgenen Wracks.

Ein Zwilling half bei der Suche nach dem Wrack

WOLFGANG WILL, New York

Ohne den kleinen Unterwasser-Roboter „Argo" hätten die Forscher an Bord des US-Forschungsschiffes „Knorr", das dem Ozeanographischen Institut Woods Hole gehört, das Wrack der „Titanic" in 3600 Meter Tiefe wohl nicht gefunden. „Argo" ist einer der „Zwillinge", einer Gemeinschaftsentwicklung ozeanographischer Institute und der US-Marine, die beide an der Erschließung der Meerestiefen interessiert sind:

- „Argo" heißt der größere der „Zwillinge", etwa mit den Ausmaßen eines Mercedes 190,
- „Jason", nur etwa einen Meter lang und zylindrisch, hat in „Argo" seine „Garage", wird von dort aus- und eingefahren, geht von da aus auf „Pirsch" oder Expedition.

Dieser unbemannte Unterwasser-Doppelroboter wird von einem Überwasserschiff aus geführt und geleitet, und eine neuartige Fernsteuerung ermöglicht bei Unterwasser- und Meeresbodeneinsatz größte Präzision. „Argo" hält rund 20 Meter über dem Meeresboden an und schwebt dort – denn aus dieser Position läßt sich der Meeresboden dank der „Argo"-Hochleistungsscheinwerfer am besten illuminieren, so daß die Wissenschaftler und Techniker auf dem Überwasserschiff mittels hochsensitiver Fernseh-„Augen" des „Argo" einen guten Überblick haben.

Sie lassen jetzt „Jason" frei und dirigieren diesen Roboter in jede beliebige Richtung – er kann auch über den Meeresboden „krabbeln" und dort mit seinen Greifarmen Objekte aufklauben oder mit Stahlseilen vertäuen, so daß sie nach oben gezogen werden können. „Argos" Scheinwerfer und Fernsehkameras ermöglichen den Wissenschaftlern und Technikern auf dem Überwasserschiff stets einen „Weitwinkelblick" bis zu 35 Meter Entfernung.

Die US-Marine hofft auf die baldige Einsatzbereitschaft des „Zwillings"-Systems. Sie will „Argo" und „Jason" vorrangig zur „Kartographierung" bestimmter Unterwassercanyons oder -täler einsetzen, in der Hoffnung, sichere „Schlupfwinkel" für ihre Nuklear-Unterseeboote zu finden. Ein anderes Navy-Projekt soll prüfen, ob die neuen MX-Raketen möglicherweise in stählerne Abschußröhren „gesteckt" werden können, die auf dem Meeresgrund stationiert werden. Ein weiterentwickeltes „Zwillings"-System könnte zur Bewachung eingesetzt werden.

3,9 Millionen Verkehrssünder registriert

dpa, Flensburg

Zwei Jahre nach Reform des Verkehrszentralregisters (VZR) – der sogenannten Verkehrssünderkartei im Flensburger Kraftfahrt-Bundesamt (KBA) – hat sich die Zahl der dort eingetragenen Namen auf gut 3,9 Millionen Personen eingependelt. Zum 1. Juni 1983 war die Eintragungsgrenze für Bußgeldbescheide von 40 auf 80 Mark heraufgesetzt worden. Seitdem war der Bestand an Verkehrssündern von rund 4,9 Millionen (Ende 1982) über 4,3 Millionen (Mitte 1983) auf 3,87 Millionen (1984) geschrumpft und liegt nun bei 3,94 Millionen. In der ersten Hälfte 1985 wurden mehr als 657 000 Namen neu in das VZR eingetragen. Das waren 2,4 Prozent weniger als in der Vergleichshälfte des Vorjahres. Gleichzeitig wurden fast 631 000 Namen aus der Computerdatei und den entsprechenden Akten der Behörde gelöscht. Das waren 5,2 Prozent weniger Tilgungen als im ersten Halbjahr 1984. Am 1. Juli 1985 waren mit insgesamt 3 946 464 Verkehrssündern 1,9 Prozent mehr im VZR eingetragen als vor einem Jahr. Die meisten (43,3 Prozent) der zur Zeit im VZR erfaßten Personen sind 30 bis 40 Jahre alt. 32,4 Prozent sind 21 bis 29 Jahre alt, 18,3 Prozent sind älter als 50 Jahre und sechs Prozent jünger als 21 Jahre. Im Vergleich zur Altersstruktur der strafmündigen Bevölkerung von 14 Jahren an ist damit nach den Feststellungen der Flensburger Bundesbehörde der Anteil der 21- bis 50jährigen im VZR größer. Ihr Einwohneranteil liegt bei 49 Prozent, während die Quote in der Punktedatei 75,7 Prozent beträgt. Die über 50jährigen sowie die unter 21jährigen sind im Verhältnis zur Bevölkerungsstruktur anteilsmäßig weniger im Sündenregister vertreten.

Sturz nach Osten

F. D. Berlin

Die „DDR"-Behörden hielten auch gestern noch eine 17jährige Berlinerin fest, die am Sonntag abend im Bezirk Reinickendorf auf die Mauer geklettert und dabei auf Ostberliner Gebiet gestürzt war. Zwei „DDR"-Grenzsoldaten hatten das Mädchen zu einem Militärfahrzeug geführt und den Sperrstreifen verlassen. Unklar ist auch, ob sich das Mädchen bei dem Sturz verletzte. Ein Versuch Westberliner Polizeibeamter, über Megaphon mit der anderen Seite Kontakt aufzunehmen, blieb erfolglos. Nach Angaben eines Westberliner Polizeisprechers muß die Aktion des Mädchens als Mutprobe mit ungewissem Ausgang gewertet werden.

Panscher hingerichtet

dpa, Peking

In der chinesischen Provinz Sichuan sind drei Männer hingerichtet worden, weil sie aus Gewinnsucht Schnaps in großen Mengen aus Methylalkohol hergestellt und verkauft haben sollen. Nach dem Genuß des Gebräus waren 25 Menschen gestorben und weitere elf erblindet.

Bergsteiger abgestürzt

AFP, Aosta

Vier deutsche Bergsteiger sind bei der Besteigung der „Festi"-Flanke des 4545 Meter hohen Matterhorns abgestürzt. Sie stürzten etwa 250 Meter tief. Ihre Leichen wurden von einem Hubschrauber geborgen.

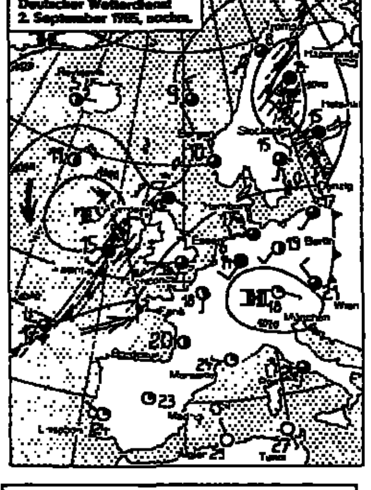
„Langer Marsch"

AFP, Peking

Eine Gruppe Fotografen und Kameramänner ist aufgebrochen, um die rund 9600 Kilometer des von Mao Zedong geführten „langen Marsches" abzufahren, für den die Rote Armee vor 50 Jahren ein Jahr brauchte. Ihre Eindrücke sollen in Zeitung und Fernsehen schon im September veröffentlicht werden.

WETTER: Regen

Wetterlage: Atlantische Tiefausläufer überqueren am Dienstag mit ihrem Niederschlagsfeld ganz Deutschland. Dabei wird nur vorübergehend etwas mildere, dann wieder kühlere Meeresluft nach Mitteleuropa gelenkt.



Vorhersage für Dienstag:
Nur im Südosten anfangs noch heiter, später auch hier wie im übrigen Deutschland überwiegend stark bewölkt und zeitweise Regen. In der zweiten Tageshälfte von Westen her Übergang zu wechselnder, vielfach starker Bewölkung und einzelnen, zum Teil gewittrigen Schauern. Temperaturen zwischen 16 und 21 Grad.

Weitere Aussichten:
Wechseln von starker und aufgelockerter Bewölkung und gelegentlich Schauer. Für die Jahreszeit zu kühl.

Temperaturen am Montag, 13 Uhr:

Berlin	19°	Kairo	30°
Bonn	16°	Kopenh.	16°
Dresden	19°	Las Palmas	23°
Essen	14°	London	16°
Frankfurt	17°	Madrid	23°
Hamburg	17°	Mailand	24°
List/Sylt	16°	Mallorca	28°
München	18°	Moskau	21°
Stuttgart	18°	Nizza	25°
Algier	29°	Oslo	14°
Amsterdam	17°	Paris	18°
Athen	29°	Prag	17°
Barcelona	28°	Rom	24°
Brüssel	15°	Stockholm	15°
Budapest	24°	Tel Aviv	30°
Bukarest	24°	Tunis	27°
Helsinki	15°	Wien	21°
Istanbul	26°	Zürich	20°

Sonnenaufgang* am Mittwoch: 6.39 Uhr, Untergang: 20.02 Uhr; **Mondaufgang:** 21.45 Uhr, Untergang: 12.04 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel

Aids-Test für Soldaten?

Bundeswehr erwägt Pflichtuntersuchung bei Einstellung

rmc. Bonn

In der Bundeswehr wird gegenwärtig geprüft, ob vom nächsten Jahr an alle jungen Männer bei der medizinischen Einstellungsuntersuchung einem Aids-Test unterzogen werden sollen. Der Inspekteur für das Sanitäts- und Gesundheitswesen folgt damit entsprechenden Maßnahmen der US-Streitkräfte, die Aids-Tests in den kommenden Wochen, spätestens aber am 1. Oktober für Bewerber zwingend vorschreiben werden. Vorgesehen ist ein Bluttest und gegebenenfalls gründlichere Untersuchungen. Falls diese ergeben, daß die Rekruten mit Viren, die die Immunschwäche bewirken, in Kontakt gekommen sind, wird ihre Bewerbung abgelehnt. Man rechnet in den amerikanischen Streitkräften mit etwa 75 solchen Fällen pro Monat. Die Kosten des US-Testprogramms werden auf rund eine Million Dollar pro Jahr veranschlagt.

Die Bundeswehr läßt jetzt bereits das Blut aller Soldaten, die als Spender auftreten, auf Aids-Viren hin untersuchen. Nach Angaben aus der Inspektion für das Sanitätswesen sind auf diese Weise bereits rund 6000 Aids-Tests gemacht worden. Auf das ganze Jahr hochgerechnet, erwarten die Fachleute etwa 50 000 Tests dieser Art. Darüber hinaus wird dem Personal in den Krankenhäusern und Sanitätszentren der Bundeswehr eine derartige Blutuntersuchung offeriert, weil sie durch den Umgang mit dem Blut von Patienten einer möglichen Infizierung ausgesetzt sein könnten.

Gegenwärtig konzentrieren sich die Ärzte bei der Musterungsuntersuchung von Wehrpflichtigen und der Einstellung von Soldaten in der Truppe auf sogenannte Risikogruppen, bei denen der Verdacht, sie könnten mit Aids-Viren in Berührung gekommen sein, latent ist. Auch folgt die Inspektion für das Sanitätswesen der Bundeswehr der kürzlich gegebenen Empfehlung des Bundesgesundheitsamtes, für die Immunimpfung nicht mehr Spritzpistolen zu verwenden. Auch dadurch soll das nach Ansicht von Experten äußerst geringe Risiko der Aids-Infektion weiter reduziert werden. Pro Aids-Test rechnet die Bundeswehr mit einem Kostenaufwand von etwa fünf Mark.

„Elena" wird heftiger

Bedrohung verlagert sich in den westlichen Golf

AFP, Pensacola

Der gewaltige Hurrican „Elena" der Sonntag weite Küstenstreifen Floridas verwüstete, ist gestern in Richtung auf den westlichen Golf von Mexiko abgedreht. Danach waren vor allem die Städte New Orleans und Mobile bedroht. Tausende Menschen wurden in den Staaten Alabama, Louisiana und Mississippi evakuiert.

Bewohner besonders gefährdeter Küstenregionen Floridas mußten deshalb zum zweiten Mal innerhalb von drei Tagen ihre Häuser verlassen. Wenn der Sturm seinen unberechenbaren Kurs beibehält, bedroht das Zentrum den Nordwesten Floridas. Dagegen konnte ein großer Teil der Personen, die südlichere Küstengebiete Floridas verlassen hatten, wieder in die Häuser zurückkehren. „Elena" forderte bisher einen Toten und Schäden in Millionenhöhe.

In Florida sind vor allem an der Küste Dutzende von Häusern, Hunderte von Autos, Wohnwagen und Wohnheime zerstört worden. In vielen Städten standen die Straßen infolge der schweren Regenfälle unter Wasser. In weiten Bereichen sind Strom und Telefon ausgefallen.

Wie die Behörden mitteilten, erreicht der Sturm, der seit dem Wochenende die Wetterforscher wegen seines unberechenbaren Kurses narrt, Spitzengeschwindigkeiten von mehr als 200 Stundenkilometern. Gestern rechneten Wetterforscher sogar noch mit einer Verstärkung.

*

AP, Tokio

Dem Taifun „Pat", der am Wochenende mit starken Regengüssen und Windgeschwindigkeiten bis 200 Stundenkilometer über weite Teile Japans hinwegfegte, sind nach Angaben der Polizei mindestens 23 Menschen zum Opfer gefallen. Nach Angaben der Polizei handelt es sich bei 16 Opfern aus der Region Kyushu um Fischer, die von dem Taifun auf dem Meer überrascht wurden, und um sieben Personen, die von herumfliegenden Trümmern erschlagen wurden. Sechs Personen, darunter fünf Fischer, werden noch vermißt. Bei dem Taifun sind ein 486 Tonnen großes japanisches Frachtschiff und über 20 Fischerboote gesunken.

ZU GUTER LETZT

„Computer schwitzen nicht." Aus dem Wirtschaftsdienst „Giesel-Briefe".